

Preussische Allgemeine



Nr. 33 · 20. August 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Totale Aufgabe

Die Afghanistan-Katastrophe und das Scheitern des Westens **Seiten 1, 6 und 24**



Potsdam Klassiktage im wiedereröffneten Schlosstheater **Seite 9**



Augustputsch gegen Michail Gorbatschow vor 30 Jahren **Seite 11**

AUFGEFALLEN

Feindbild Ungeimpfte

Mit roter Farbe ist es groß an eine weiße Wand geschrieben: „Ungeimpfte ins Gas“. Ein Foto davon fand schnell seinen Weg in die sozialen Medien. Es ist ein erschreckendes Zeichen dafür, welche Fronten innerhalb Deutschlands entstanden sind. Anderweitige, wenn auch nicht ganz so extreme Ausgrenzungsforderungen für diejenigen, die einer Impfung gegen Corona skeptisch gegenüberstehen, waren zuletzt Legion. Man gefällt sich – wieder – darin, eine Gruppe als Gefahr, wenn nicht gar als Feind zu definieren und ihr verminderte Rechte zuzugestehen.

Forciert wurde das Ganze aus der Politik. Der Unionsfraktionschef im Bundestag, Ralph Brinkhaus, goss Öl ins Feuer, indem er fragte, „inwieweit die Nicht-Geimpften das Leben von Geimpften einschränken“. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder sprach von einer „Pandemie der Ungeimpften“. Die Spaltung der Bevölkerung wird auf diese Weise weiter massiv vorangetrieben. Abgelenkt werden soll vom Problem der Verantwortlichkeiten. Nicht „Corona“ und schon gar nicht die Ungeimpften haben die derzeitige verfahrenere, wirtschaftlich und gesellschaftlich katastrophale Lage verursacht, sondern die planlosen „Lockdown“-Maßnahmen der Regierung, die sich an recht willkürlichen, über wenig Aussagekraft verfügenden Inzidenz-Zahlen orientiert.

Hinzu kommt nun die für die bisherigen Entscheider unangenehme Erkenntnis, dass die – schnell zugelassenen – Impfstoffe wohl doch nur bedingt schützen und wenn, dann ohnehin immer nur den Geimpften. *E.L.*

DIE NIEDERLAGE

Kabuls Fall ist ein Schlag ins Gesicht der deutschen Politik

Berlin hat auf ganzer Linie versagt: Das afghanische Desaster lässt tiefblickende Schlüsse auf die politische Elite der Bundesrepublik zu

VON HANS HECKEL

Auch Deutschland hat am Hindukusch einen Krieg verloren. Afghanistan ist eine militärische und politische Katastrophe auf ganzer Linie. Die Versuche, dem Schrecken nachträglich doch noch einen Sinn zu geben, entspringen einer Mischung aus Hilflosigkeit und Heuchelei. Am vergangenen Wochenende, als auch Kabul von der radikal-islamischen Finsternis verschlungen wurde, blieb eine Akteurin zunächst verblüffend unsichtbar: Angela Merkel. Die Kanzlerin ließ sich nicht sehen, äußerte sich erst am Montag. Zuerst selbst dann nicht vor ihrem Volk, dem auch die 59 gefallenen Bundeswehrosoldaten angehörten, sondern im CDU-Präsidium, vor ihren Parteifunktionären. Dort redete sie davon, dass es nun gelte, vor allem die afghanischen Mitarbeiter der Bundeswehr und anderer deutscher Institutionen zu retten. Das sagte sie am Montag, als bis auf den Flughafen die ganze afghanische Hauptstadt längst in der Hand eines bestialischen Feindes lag.

In ihrer „Willkommenskultur“ öffnete die Kanzlerin 2015 jedem, der hereinwollte, die deutschen Grenzen. Sie begründete dies mit „unserer Verantwortung“, und jeder, der diese Grenzöffnung kritisierte, geriet schnell in die ultrarechte Ecke. Nun aber, da die Verantwortung Deutschlands für mehrere Tausend vom Tode bedrohte

afghanische Ortskräfte und für deren Familien für niemanden von der Hand zu weisen ist, hat sich die Bundesregierung offenbar über Monate Zeit gelassen. Warnungen der deutschen Botschaft in Kabul, die eine baldige, rechtzeitige Evakuierung nahelegten, prallten an Heiko Maas' Auswärtigem Amt ab, und auch das Kanzleramt schien sich kaum für das Schicksal jener Afghanen zu interessieren.

Dieses tödliche Versäumnis schrillt in den hohen Ton der Moral hinein, mit dem die Kanzlerin und ihre Anhänger 2015 ihre „Willkommenskultur“ gegen Kritik abgedichtet hatten. Merkels Verunsicherung erscheint da durchaus erklärlich.

Washingtons Horror-Prognose

Die Führungsmacht USA steht nicht minder blamiert da. US-Präsident Joe Biden hatte den „bedingungslosen“ Abzug seiner Truppen bereits im April angekündigt. Am Dienstag vor dem Zusammenbruch, am 10. August, platzte dann die Nachricht in die Welt, dass US-Geheimdienste der afghanischen Regierung nur noch 30 bis 90 Tage gäben, bis die Taliban sie hinweggefegt haben dürften.

Am folgenden Sonntag gab sich die westliche Welt dann komplett überrascht, wie schnell die afghanische Armee kollabiert ist. Dabei liegt der Zusammenhang nahe: Mit der Äußerung seiner Geheimdienste hat Washington allen Soldaten, Polizisten und anderen afghanischen

Staatsdienern eine Art Todesfrist gesetzt. Sie konnten nun wählen, ob sie bis zum (von den USA quasi offiziell für unausweichlich erklärten) blutigen Ende für eine hoffnungslose Regierung kämpfen oder ob sie so schnell wie möglich zu den Taliban überlaufen, abtauchen oder das Weite suchen sollten. Ab jetzt ging alles rasend schnell, die Provinzhauptstädte fielen im Stundentakt.

Berlins hilflose Reaktion auf das Inferno von Kabul zeugt auch von der ideologischen Abgehobenheit und Realitätsferne der deutschen Politik. Als Deutschland und der gesamte Westen längst dabei waren, diesen Krieg folgenschwer zu verlieren, arbeitete sich die politische Elite des Landes an Themen wie Gender, Geschlechterparität in Parlamenten oder ähnlichem Firlrefanz ab. Die größte Bedrohung für das Land schien von Kritikern der Corona-Maßnahmen auszugehen, welche in Berlin mit erschreckender Härte von der Polizei auseinandergelassen wurden – propagandistisch reflexhaft eingebaut in den „Kampf gegen Rechts“.

Die Apokalypse von Kabul, die dem fernen Beobachter das Blut in den Adern gefrieren lässt, holt die abgehobene, selbstverliebte und in eitler Borniertheit verfangene politische Elite auf den harten Boden der Wirklichkeit zurück. Ob die Verantwortlichen daraus allerdings die richtigen Schlüsse ziehen, muss bezweifelt werden.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Das Immigrationsthema interessiert die Bürger, aber nicht den Wahlkampf **Seite 4**

Ausland

Das verheerende Scheitern der 20 Jahre dauernden Mission in Afghanistan **Seite 6**

Das Ostpreußenblatt

Touristen-Boom treibt die Preise auf das Niveau von Nizza oder Venedig **Seite 13**

Lebensstil

Bis in die 70er beherrschte deutsches Industriedesign den Weltmarkt **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

CO₂-Belastung Fridays for Future? Darüber können die Asiaten nur lachen. In China, Indien oder Indonesien will man neue Kohlekraftwerke bauen. Mit ihrem Energiehunger überflügeln sie den Westen

Asien sorgt für schlechte Luft

Mehr Kohlekraft statt weniger – Vor allem asiatische Staaten widersetzen sich den Klimazielen der UN

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kohlekraftwerke gelten als die großen Kohlendioxidschleudern schlechthin und somit auch als Hauptursache für den angeblich vom Menschen verursachten Klimawandel. Deshalb fordern Umweltaktivisten sowie beispielsweise auch der UN-Generalsekretär António Guterres, dass die Kohleverstromung baldmöglichst eingestellt wird.

Doch China, Indien, Indonesien, Japan und Vietnam planen genau das Gegenteil. Statt ihre Kohlekraftwerke abzuschalten, wollen diese Länder in den nächsten Jahren 600 neue derartige Anlagen errichten und dafür Investitionen im Wert von 150 Milliarden US-Dollar tätigen – in der Hoffnung, anschließend über insgesamt 300 Gigawatt Strom zu verfügen.

Dabei stehen bereits drei Viertel aller Kohlekraftwerke weltweit in asiatischen Staaten, wobei China der unangefochtene Spitzenreiter ist (siehe auch Artikel rechts). Danach folgt Indien, das derzeit 250 Gigawatt Kohlestrom erzeugt. Japan und Indonesien bringen es aktuell jeweils auf 45 Gigawatt und Vietnam auf 24 Gigawatt.

29.000 „dreckige“ Kraftwerke

Gleichzeitig ist nun klar, dass sich in Asien nicht bloß die meisten, sondern vielfach auch die „dreckigsten“ Kohlekraftwerke befinden, wenn man den Kohlendioxid-(CO₂)-Ausstoß als Maßstab nimmt. Das ergab eine Untersuchung von Wissenschaftlern der University of Colorado in Boulder, in deren Verlauf die Kohlendioxid-Emissionen von 29.000 Kraftwerken, in denen man fossile Brennstoffe verwendet, in sämtlichen Ländern der Erde erfasst wurden.

Hierbei kamen Don Grant, David Zelinka und Stefania Mitova zu folgendem Ergebnis, das sie kürzlich im Fachblatt „Environmental Research Letters“ veröffentlichten: Auf Platz Eins steht das Braunkohle-Kraftwerk Belchatów in Polen, welches eine Leistung von 5420 Megawatt hat und jährlich mehr CO₂ produziert als die Schweiz, nämlich 37,6 Millionen Tonnen.

Es folgt die Vindhychal Thermal Power Station im Singrauli-Distrikt des zen-



Gilt als leistungsstärkstes Kohlekraftwerk Europas: Das Braunkohle-Kraftwerk Belchatów in Polen. Es darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass knapp zwei Drittel der CO₂-Emissionen in Asien verursacht werden

Foto: Mauritius

tralindischen Bundesstaates Madhya Pradesh mit 4760 Megawatt Maximalleistung beziehungsweise einem Ausstoß von 33,9 Millionen Tonnen CO₂.

Auf Platz Drei und Vier landen die Kohlekraftwerke von Dangjin und Tæan in Südkorea, wobei eine weitere Anlage in dem ostasiatischen Land, nämlich Yonghungdo, auf Platz Neun rangiert – die CO₂-Emissionen betragen hier zwischen 33,5 und 27 Millionen Tonnen.

Asiaten sind größte Umweltsünder

Platz Fünf und Sechs belegen Taichung auf der Insel Taiwan und Tuoketuo in der Volksrepublik China mit jeweils knapp 30 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Auf Platz Sieben findet sich dann ein deutsches Kohlekraftwerk, nämlich das von der RWE Power mit Braunkohle betriebene Grundlastkraftwerk in Bergheim-Niederaußen im Rhein-Erft-Kreis, dessen neun Blöcke über 3000 Megawatt Strom beziehungsweise 27,3 Millionen Tonnen Kohlendioxid produzieren.

Danach liegen auf den Plätzen Acht und Zehn die Kraftwerke Sasan Ump in Indien und Hekinan in Japan (27,2 und 26,4 Millionen Tonnen). Acht der zehn größten Kohlendioxidschleudern der Welt stehen also in Asien und sind für immerhin knapp zwei Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen im Zusammenhang mit der Stromerzeugung verantwortlich.

Südafrika zieht nach

Nach Einschätzung der in London ansässigen Nichtregierungsorganisation Carbon Tracker, welche die finanziellen Auswirkungen des postulierten Klimawandels untersucht, dürften die Investitionen in weitere Kohlekraftwerke in China, Indien, Indonesien, Japan und Vietnam zu gigantischen finanziellen Verlusten führen, da 90 Prozent der geplanten Anlagen nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Und tatsächlich sind bereits heute 27 Prozent der bestehenden Kohlekraftwerke in Asien unrentabel, und wei-

tere 30 Prozent erzielen lediglich einen Gewinn von weniger als fünf US-Dollar pro Megawattstunde.

Trotzdem macht das Beispiel der asiatischen Staaten Schule, wie unter anderem die gerade erfolgte Inbetriebnahme des nunmehr weltweit viertgrößten Kohlekraftwerkes Medupi nahe der südafrikanischen Ortschaft Lephalale in der Provinz Limpopo zeigt. Zum einen braucht das Land am Kap der Guten Hoffnung dringend die 4760 Megawatt Strom, welche die sieben Milliarden Euro teure Anlage erzeugt. Denn es befindet sich in einer Energiekrise, welche die Wirtschaft schwächt und ausländische Investoren abschreckt. Zum anderen besitzt Südafrika enorme Steinkohlevorkommen, weswegen die Regierung in Pretoria trotz aller Umweltschutzbedenken auf Kohlestrom setzt, der 75 Prozent des einheimischen Energiebedarfs deckt. Und so wird die Medupi Power Station bis 2070 wohl mehr als 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ausstoßen.

CHINA

Trotz Kohlekraft klimaneutral?

China ist der größte Kohlekraftwerksbetreiber der Welt. Im Reich der Mitte laufen aktuell bereits rund 1100 solcher Anlagen. Damit liegt es weit vor Indien und den USA, wo knapp 300 beziehungsweise rund 260 Kohlekraftwerke arbeiten. Nicht zuletzt deshalb führt China auch die Rangliste der Länder mit den größten CO₂-Emissionen an – mit einem Anteil von rund 30 Prozent an der Weltproduktion. Deutschland liegt im Vergleich dazu nur bei zwei Prozent.

Aufgrund des hohen Kohlebedarfs hat die Regierung in Peking jetzt verfügt, dass 53 bereits geschlossene Kohlebergwerke wieder in Betrieb genommen werden. 38 davon befinden sich in der Inneren Mongolei und 15 in den Provinzen Shanxi und Xinjiang. Dadurch sollen 44 Millionen Tonnen Kohle mehr für die Energieerzeugung zur Verfügung stehen.

Interessanterweise wird der so hergestellte „schmutzige“ Strom auch in großem Umfang dazu benutzt, um Silizium für Solarzellen auf den Markt zu werfen. Drei Viertel der Silizium-Weltproduktion kommen aus China. Eine angeblich umweltfreundliche Technologie kurbelt also die CO₂-Emissionen im Reich der Mitte an.

Andererseits nutzt China aber auch selbst Erneuerbare Energien. Mit 530 Gigawatt installierter Kapazität steht das asiatische Land hier weltweit an der Spitze, und 2030 sollen es dann sogar 1200 Gigawatt sein. Das ist auch dringend nötig, wenn China sein selbst gestecktes Ziel vom September 2020 erreichen will, im Jahre 2060 „klimaneutral“ zu sein.

Allerdings werden weder die Wind- und Wasserkraft noch die Strahlung der Sonne ausreichen, um alle Kohlekraftwerke im Land zu ersetzen. Deshalb gehört auch die Kernenergie zum chinesischen Energiemix der Zukunft. China verfügt derzeit bereits über 49 Atomreaktoren zur Stromerzeugung, womit es hinter den USA und Frankreich auf Platz Drei liegt. Und dabei soll es nicht bleiben: Weitere Nukleareiler sind bereits im Bau. W.K.

ATOMENERGIE

Renaissance der Kernkraft

In Deutschland werden Atommeiler stillgelegt – In anderen Teilen der Welt geschieht das Gegenteil: Es werden neue gebaut

Vor dem Hintergrund des Kampfes gegen den Klimawandel erlebt die Atomenergie derzeit eine fulminante Renaissance – außer in einigen wenigen Ländern wie Deutschland, wo man zwar auch „das Klima retten“ möchte, aber lieber Kohle statt Kernkraftwerke betreibt. Selbst Japan will zehn Jahre nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima, wegen der Ende 2022 die letzten drei deutschen AKW vom Netz gehen sollen, zwei weitere Reaktoren in Betrieb nehmen.

Insgesamt sind derzeit 51 neue Kernkraftwerke im Bau: 13 in China, sechs in Indien, vier in Südkorea, zwei in den USA und so weiter. Bemerkenswert ist darüber hinaus die Tatsache, dass sich auch

28 Staaten für einen Neueinstieg in die Stromerzeugung mittels nuklearer Energie entschieden haben. Hierzu zählen unter anderem die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Polen, Bangladesch, Ägypten, Jordanien, Nigeria und Vietnam.

Besonders ehrgeizig sind dabei die polnischen Pläne. Warschau hat vor, nicht weniger als sechs Atomkraftwerke zu errichten – in der engeren Auswahl sind Orte wie Belchatów (Belchatow), Pątnów (Pathenau), Żarnowiec (Zarnowitz) und Kopalino (Koppalin).

Aktuell führen drei Länder die Liste der Staaten mit den meisten in Betrieb befindlichen Kernreaktoren an. Die USA besitzen 94 davon, Frankreich 56 und China

49. Damit vermochte das Reich der Mitte bereits Russland zu überholen, das 38 Atommeiler hat.

Um die Kernkraftwerke weniger stör anfällig zu machen, wird mittlerweile verstärkt auf Small Modular Reactors (Kleine Modulare Reaktoren, SMR) gesetzt. Diese besitzen eine systeminhärente Sicherheit und können darüber hinaus den strahlenden Abfall aus herkömmlichen Kernkraftwerken als Brennstoff benutzen. Allein Großbritannien plant, bis 2030 insgesamt 15 solcher Mini-Reaktoren zu errichten, welche jeweils 440 Megawatt Strom erzeugen sollen. Und 17 weitere Länder wollen gleichfalls um die 70 SMR bauen. Die Bundesrepublik Deutschland, einst

„Die Bundesrepublik Deutschland, einstmals führend auf dem Gebiet der Kernkraftwerkstechnologie, gehört natürlich nicht dazu“

führend auf dem Gebiet der Kernkraftwerkstechnologie, gehört natürlich nicht dazu. Hierzulande gilt das auf Betreiben der Grünen verabschiedete gesetzliche Verbot der Schließung des Brennstoffkreislaufs durch Wiederaufbereitung. Also haben sich andere Staaten an die Spitze des SMR-Booms gesetzt.

In Kalifornien arbeiten bereits 50 Unternehmen an der Entwicklung neuer Nukleartechnologien, weswegen inzwischen in Analogie zum „Silicon Valley“ vom „Nuclear Valley“ die Rede ist. Mit von der Partie ist auch die vom Multimilliardär Bill Gates gegründete und von der Investmentlegende Warren Buffet co-finanzierte Firma TerraPower. W.K.

Breaking News für Deutschland

Die auflagenstärkste Zeitung legt sich einen Fernsehsender zu. „Bild TV“ dürfte mit Live-Formaten unsere Sehgewohnheiten weiter verändern und die regierungsfrommen Öffentlich-Rechtlichen mit kritischem Journalismus vor sich her treiben

VON HOLGER FUSS

Als die Hochwasser im Westen und Süden des Landes durch Städte und Dörfer wüteten, als mehr als 170 Menschen ihr Leben verloren, Dutzende vermisst waren und noch mehr ihr gesamtes Hab und Gut verloren – da schlug auch die Stunde von „Bild Live“, dem Bewegtbildkanal im Online-Angebot der Boulevard-Zeitung.

Während sich die öffentlich-rechtlichen Sender WDR und SWR in der Schreckensnacht vom 14. auf den 15. Juli zunächst schwer taten, die behördlichen Warnmeldungen aufmerksamkeitswirksam im Programm zu platzieren, scheute Springers Flaggsschiff „Bild“ für sein Videoprojekt keinen Aufwand, mietete einen Hubschrauber an, schickte Reporter in die verwüsteten Regionen und sendete ohne Unterlass. „Bild“-Journalisten kletterten durch die Trümmerlandschaften, drangen in abgeschnittene Ortschaften vor, entdeckten nach Tagen ausharrende Überlebende, stapften durch überflutete Wohnungen und sprachen vor der Kamera mit Ruinenbewohnern am Rande des Nervenzusammenbruchs.

Gut möglich, dass sich im Nachhinein das Sendematerial von „Bild“ als umfangreichste Chronik dieser Flutkatastrophe erweisen wird. Für „Bild Live“ war es eine Art Generalprobe für den bevorstehenden Start von Deutschlands neuem Fernsehkanal: „Bild TV“.

Leitmedium der Republik

Am 22. August geht der Springer Verlag mit seiner Boulevard-Marke auf Sendung und ist dann über Kabel, Satellit und Internet empfangbar. Die „Neue Zürcher Zeitung“ spricht von einem „der ehrgeizigsten Projekte der jüngeren deutschen Mediengeschichte“. Es ist Springers zweiter TV-Kanal – der Verlag hat schon N24 übernommen und auf „Welt“ umgetauft.

Auch wenn, wie beinahe überall, bei „Bild“ die Auflage kontinuierlich sinkt, ist sie noch immer das Printmedium mit der größten Reichweite und dem stärksten Einfluss. Galt der „Spiegel“ jahrzehntlang als das meistzitierte Leitmedium der Republik, so hat die „Bild“-Zeitung dem Nachrichtenmagazin längst den Rang abgelaufen. Doch da die Auflage schmilzt, sinken die Erlöse. Also gilt es, neue Einnahmequellen zu erschließen.

Mit „Bild TV“ will sein Programmchef Claus Strunz einen schnellen Vertriebsweg schaffen, „der uns in die Lage versetzt, Geld zu verdienen, wo wir es bis jetzt nicht tun“. Und „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt hält es für „nicht hinnehmbar, dass die größte Medienmarke in Deutschland vom größten Werbekuchen des Landes nichts hat“. Dieser „Werbekuchen“ (Gesamtvolumen 2019: 32,6 Milliarden Euro) wird zu 48 Prozent ins Fernsehen verteilt und nur zu zwölf Prozent ins Internet. Kein Wunder, dass die „Bild Live“-Macher lukrative Wachstumschancen für ihre Werbeeinblendungen erwarten, die bislang aus Spots von Bierbrauerei, Brokern und Mineralwasserabfüllern bestehen.

Vakante Nische

Und die Nische eines Boulevard-Senders ist in Deutschland bislang noch vakant. Entsprechend aufbruchsfreudig sollen 2021 an die 22 Millionen Euro in das Projekt investiert und rund 70 neue Mitarbeiter zusätzlich eingestellt werden. Was Boulevard-Fernsehen bedeuten kann, hat „Bild Live“ bislang aber nicht nur anlässlich der Hochwasser-Tragödie vorgeführt.

Als am vergangenen Sonntag die Taliban Kabul einnahmen und in Afghanistan ein historischer Machtwechsel stattfand, war „Bild Live“ über Stunden hinweg auf Sendung. „Bild“-Chef Reichelt und sein Vize Paul Ronzheimer, beides erfahrene Reporter in



Herzstück des neuen Senders: Das „Bild TV“-Newsroom-Studio

Foto: BILD

Krisengebieten, analysierten die Lage, eingespielte Politiker und Experten lieferten weitere Informationen. In der ARD lief zeitgleich ein Unterhaltungsfilm und im ZDF nach dem musikalischen Fernsehgarten eine Sport-Übertragung des Sommer-Biathlon und Triathlon. Es entbehrt nicht der Ironie, dass ausgerechnet die Trivialmarke „Bild“ den Ernst der Weltlage als Erster sendet.

Was der deutschen Fernsehlandschaft fehlt, ist ein Breaking News-Sender, und „Bild“ rüstet sich, um diese Marktlücke zu füllen. Für nachrichtliche Ausnahmesituationen mussten bei den Öffentlich-Rechtlichen bislang ein „ARD-Brennpunkt“ und „ZDF Spezial“ ausreichen, die oft nur eine Viertelstunde dauern. „Bild“ will jetzt auch als Television eine Art „Talk of the Nation“ bieten – aggressiver, regierungskritischer und schneller als es bei den Öffentlich-Rechtlichen in der Regel denkbar ist. Als der CDU-Bundesvorstand in der Nacht zum 20. April fast sieben Stunden lang um Armin Laschet als Kanzlerkandidaten gerungen hat, sendete „Bild Live“ bis weit nach Mitternacht und „Bild“-Vize Ronzheimer moderierte mit seinem Smartphone in der Hand, auf das die Informanten aus dem Parteigremium laufend den Zwischenstand durchstachen.

Zurück zu engagiertem Journalismus

Chefredakteur Reichelt nennt sowas lakonisch: „Eine der größten Marktlücken im deutschen Journalismus ist derzeit Journalismus: hingehen, unideologisch schauen, was passiert, und darüber berichten.“ Damit positioniert er „Bild“ entschieden gegen den Haltungsjournalismus, den sein WDR-Gegenpart und „Monitor“-Leiter Georg Restle als Leitbild ausgerufen hat: „Ein wertorientierter Journalismus also, statt blinder Neutralität.“

Dass diese Werteorientiertheit nur ein Code-Wort für tendenziöse Obrigkeitseigenschaft und Regierungsnähe ist und mit „blinder Neutralität“ vom linksliberalen Mainstream abweichende Meinungen denunziert werden, fällt immer mehr Zuschauern unangenehm auf. Laut „ZDF Politbarometer“ vom Juli 2021 schwankt das Misstrauen in die Berichterstattung der Öffentlich-Rechtlichen zwischen 42 Prozent (Januar 2016) und 26 Prozent (Oktober 2020), gegenwärtig sind 30 Prozent unzufrieden. Die Medienwissenschaftler Dennis Gräf und Martin Hennig von der Universität Passau haben im Vorjahr öffentlich-rechtlichen Sondersendungen zur Corona-Krise vorgeworfen, eine „Verengung der Welt“ zu betreiben und ein permanentes Krisen- und Bedrohungsszenario zu vermitteln.

„... die bessere „Anne Will““

Entsprechend wohlthuend kritisch erscheinen die „Bild“-Interviewer in der Talkshow „Die richtigen Fragen“, die am Sonntagabend zeitgleich zu „Anne Will“ im Ersten in Stellung gebracht wird. Bei „Bild“ fehlt die ungenierte Einseitigkeit der ARD-Politalkerin mit ihrer gegenderten Schnappatmung und staatstragend servilen Fragetechnik, die im Gespräch mit der damals frischgekrünten grünen Kanzlerkandidatin Baerbock ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Für die „Neue Zürcher Zeitung“ ist der „Bild“-Talk „an guten Abenden schon heute die bessere „Anne Will““. Einer der Moderatoren ist Kai Weise, der zuvor die Redaktion des ARD-Politik-Talks „Günther Jauch“ leitete und heute vorführt, wie man richtig gute Gespräche führt, ohne Politiker mit Samthandschuhen anzufassen.

Überhaupt geht es bei „Bild Live“ rustikal zur Sache. Wer dort auftritt, muss sich schon

„Eine der größten Marktlücken im deutschen Journalismus ist derzeit Journalismus: hingehen, unideologisch schauen, was passiert, und darüber berichten“

„Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt

mal gefallen lassen, von den Fragestellern gegrillt zu werden. Legendar ist die Auseinandersetzung zwischen Moderator Ronzheimer und dem Europa-Parlamentarier Peter Liese (CDU) über die Impfstoff-Beschaffung: „Haben Sie sie noch alle?“, bellte Liese seinen Gesprächspartner an. Dabei unterstellt „Bild“-Chef Reichelt seinen Sendungen „in so politisierten Zeiten, wie wir sie haben, einen durchaus entspannenden Effekt“. Der erstaunten „Süddeutschen Zeitung“ erläuterte er: „Die Leute sehen: Unsere Politiker sind da und stellen sich den Fragen!“

Reichelt will die Arbeit seiner Mitarbeiter von Grund auf revolutionieren. Ohnehin sind seine Leute darin erprobt, nah dran am Geschehen zu sein. Nun soll eine „Live-Reporter-Mentalität“ etabliert werden, um die neue Haus-Parole „TV first“ in die Tat umzusetzen. „Bild“-Reporter müssen nicht mehr nur die tägliche Print-Ausgabe bestücken, sondern darüber hinaus jederzeit mit der Handkamera filmen, Aufseher mit dem eigenen Smartphone improvisieren und sich von den Kollegen im Studio zu den Ereignissen vor Ort befragen lassen. Schlimmer noch: Die Sendetage sollen mit einer frühmorgentlichen Redaktionskonferenz um 6 Uhr beginnen.

Clips und ätzende Schlagzeilen

Auf Youtube, einem der Abspielkanäle im Internet, lässt sich das Angebot auf jedem Smartphone und Computer nutzen: Das Format „Bild-Doku“ etwa über die „Die Isis-Braut“ Derya, eine Rückkehrerin aus Syrien nach Deutschland: „Hinrichten war normal, Hand abschneiden war normal.“ Über die „Clans von Berlin“, über den „Schneekönig – Koks, Kartelle, Knast“, über „Blinder Hass: Der Halle-Attentäter“. In Kurz-Videos kommentiert „Bild“-Chef Reichelt die Corona-Regeln: „Es ist der Weg in den Endlos-Lockdown“, sein Vize Paul Ronzheimer flankiert: „Die Regierung ist im Dauer-Alarm-Modus.“ Dazwischen Clips über Verkehrsunfälle oder Live-Streams über Lokführer-Streik und Afghanistan: „Taliban erobern Kundus: Sind unsere Soldaten in Afghanistan umsonst gestorben?“

„Bild TV“ wird als digitales Angebot außerdem zunehmend aus „user generated content“ bestehen, aus Inhalten also, die von den Nutzern geliefert werden. Mehr als die Hälfte des Programms wird in ein paar Jahren aus User-Hand stammen. Reichelt will damit 40 Millionen Menschen erreichen, rechnerisch halb Deutschland.

Natürlich werden gegen ein solches Rasanz-Fernsehen auch Einwände laut. So gibt die „Süddeutsche Zeitung“ zu Protokoll: „Denkbar ist, dass die stetige Unruhe und die Öffentlichkeit auch kleiner Zwischenschritte politischer Verhandlungen vieles beeinträchtigt.“ Das Münchner Blatt sieht „die Qualität dieser Politik selbst beeinträchtigt, weil durch die Begleitung in Echtzeit der Fokus weiter verschoben wird vom tatsächlichen Ereignis auf den Prozess seiner Entstehung“. Doch selbst wenn es so wäre – ist die Begleitung des Prozesses politischer Entscheidungen nicht ein wesentlicher Bestandteil politischer Willensbildung?

Das Boulevardblatt, dass Verleger Axel Springer vor bald 70 Jahren erfand, gilt für seine Gegner als Zentralorgan der Niedertracht. Sich selbst verstand die Redaktion stets als „Sprachrohr des kleinen Mannes“. Nun ist die Flüsterküche in der Welt des digitalen bewegten Bildes angekommen.

● Holger Fuß schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag). www.m-vg.de

MELDUNGEN

Wahlfälschung befürchtet

Erfurt – Das Markt- und Meinungsforschungsinstitut INSA in Erfurt hat jetzt eine Umfrage unter volljährigen Deutschen durchgeführt, welche jeweils folgenden Satz vorgelegt bekamen: „Ich rechne bei der kommenden Bundestagswahl im September mit weitreichender Wahlfälschung.“ 18 Prozent der Probanden stimmten dieser Aussage zu. Weitere 18 Prozent gaben zur Antwort „Weiß nicht“ und acht Prozent verweigerten jedwede Angabe. Hieraus ergibt sich im Umkehrschluss, dass nur die reichliche Hälfte der wahlberechtigten Bundesbürger fest an einen regulären Ablauf der Bundestagswahl glaubt. Besonders hoch ist der Anteil jener, die eine Wahlfälschung befürchten, in den neuen Bundesländern. Ebenso gehen 67 Prozent der AfD-Anhänger von Manipulationen bei der Wahl aus. Eine Wahlfälschung für möglich halten allerdings auch neun Prozent der potentiellen SPD-Wähler und sechs Prozent derer, die ihr Kreuz bei den Grünen machen wollen. W.K.

Panzer-Verkauf in die USA

Kiel – Ein Panzermuseum in den USA kann sich in Kürze über einen bedeutenden Zuwachs freuen. Ein selten gewordener deutscher Weltkriegspanzer des Typs „Panther“ wertet in Kürze die Sammlung eines Museums in Seattle auf. Möglich wird das durch eine deutsche Justizposse. Vor dem Landgericht Kiel setzte der Staatsanwalt Thorsten Wolke eine Verurteilung des 84-jährigen Waffensammlers Gerald Goecke durch, weil er gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen habe. Goecke wurde zur Zahlung einer Summe von 250.000 Euro sowie einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten verurteilt und musste sich verpflichten, sein Sammlerstück zu verkaufen. Nachdem im Jahr 2015 im Keller des Anwesens des Verurteilten verschiedenes Kriegsgerät sichergestellt wurde, darunter auch eine Flugabwehrkanone, musste er sich wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verantworten. F.B.

Wärter wieder mit Schlagstock

Potsdam – Bedienstete in den vier Justizvollzugsanstalten Brandenburgs sollen gemäß einem neuen Sicherheitskonzept künftig wieder mit Schlagstöcken ausgerüstet werden. Nachdem in der Amtszeit des früheren Justizministers Volker Schöneburg (Linke) in den Anstalten Schusswaffen abgeschafft worden waren, ist Brandenburg bislang das einzige Bundesland, in dem das Gefängnispersonal völlig unbewaffnet ist. Justizministerin Susanne Hoffmann (CDU) begründete das neue Sicherheitskonzept mit einer steigenden Zahl gefährlicher und gewaltbereiter Gefangener. Dank des neuen Sicherheitskonzeptes sollen die Dienstwaffen von Bediensteten benutzt werden, die als Teil sogenannter Einsatzgruppen besonders geschult sind. Neu schaffen will das Justizministerium in den Gefängnissen spezielle Sicherheitsstationen, in denen besonders gefährliche Gefangene untergebracht werden sollen. N.H.



Bewährte Wahlkampfthemen: Um heiße Themen wie Zuwanderung machen die etablierten Parteien einen großen Bogen

Foto: pa

ZUWANDERUNGSPOLITIK

Die Parteien schaffen das!

Hohle Phrasen in Wahlprogrammen – Immigrations-Thema bewegt die Bürger, aber nicht den Wahlkampf

VON BODO BOST

Obwohl das Thema Zuwanderung die vergangene Legislaturperiode mehr als alle anderen dominiert hat und nach dem Ende der Pandemie neue Einwanderungswellen nicht nur aus Afghanistan bevorstehen, findet sich wenig Neues dazu in den Wahlprogrammen der großen Parteien.

Fast scheint es, als habe bei den Parteien nach anderthalb Jahren Pandemie die Phantasie ausgesetzt, wenn es um die Steuerung der wichtigen gesellschaftspolitischen Frage der Gegenwart geht, nämlich der Immigration. Obwohl die „Wir schaffen das!“-Kanzlerin nicht mehr zur Wahl steht, scheint es, als schwebte ihre Zuwanderungspolitik weiter über der CDU/CSU. Denn im Unionswahlprogramm steht zwar etwas von einer „grundlegenden Reform“ des europäischen Asylsystems, aber gleichzeitig auch, dass „bereits bestehende Instrumente der Migrations- und Asylpolitik fortgeführt beziehungsweise verschärft werden“ sollen.

Am Grundrecht auf Asyl will die Union, auch wenn sich bis zu drei Millionen Afghanen auf den Weg nach Deutschland

machen sollten, nicht rütteln. Zum Glück baut die Türkei gerade eine Mauer entlang ihrer 400 Kilometer langen Grenze zum Iran, von wo Afghanen erwartet werden.

Mutige Österreicher und Dänen

Wenn die Union künftig „Bleiberechtigkeitsmöglichkeiten“ für Geduldete von Integrationsnachweisen abhängig machen will, ist dies zwar ein von Migrationsforschern geforderter sinnvoller Ansatz. Aber was geschieht mit der steigenden Zahl von bereits Asylberechtigten, die sich nicht integrieren wollen? Es heißt im Programm der Union auch, dass „Straftäter konsequenter abgeschoben und der Druck auf Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer erhöht werden sollen“, dabei handelt es sich wie so oft um Absichtserklärungen ohne Hinweise auf konkrete Maßnahmen.

Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme lehnen die beiden Unionsparteien, wie sie in ihrem Programm behaupten, ab. Aber an dem Rechtsanspruch auf Sozialleistungen wollen sie in keiner Weise rühren. Dabei hat der Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman bereits gesagt, man könne offene Grenzen haben oder einen Wohlfahrtsstaat, aber nicht beides.

Massenzuwanderung in die Sozialsysteme und eine zunehmende Veralterung der Gesellschaft sind der Sprengstoff der Zukunft, der den Gesellschaftsvertrag zwischen Bürger und Staat zerreißen kann. Dies wird jedoch – anders als die Rettung des Klimas – im Wahlprogramm keiner Partei thematisiert.

In Österreich müssen Zuwanderer seit 2018 eine Integrationsverpflichtung unterschreiben, die bei einem Verstoß (etwa durch Integrations- oder Arbeitsverweigerung) zum Entzug der sozialen Sicherheitsansprüche führt. In Dänemark müssen Kinder aus Zuwandererfamilien 25 Stunden pro Woche außerhalb ihrer Familie verbringen, um dänische Werte zu erlernen, sonst wird ihren Eltern die Sozialhilfe gekürzt. In beiden Ländern regieren christliche und sozialdemokratische Parteien mit mehr Phantasie und Mut im Bereich der Einwanderungspolitik.

Grünes Migrationsministerium

Viele Probleme der Zuwanderungspolitik werden in den Wahlprogrammen auf die europäische Ebene verlagert. Falls dies nicht gut gehen sollte, fordert die Union bereits jetzt den weiteren Ausbau der Sicherheitskräfte im Inneren. Von einer

grundlegenden Wende in der Asyl- und Migrationspolitik kann daher im neuen Wahlprogramm der Union keine Rede sein. Die Grünen forderten in ihrem Wahlprogramm eine „einladende Migrationspolitik“. Ob darunter die für alle offenen Grenzen zu verstehen sind, sagten sie nicht. Jetzt verlangen sie zusätzlich noch ein eigenes Migrationsministerium mit Zuständigkeiten im Bereich der Multikultigesellschaft. Seenotrettung soll im Programm der Grünen staatlich finanziert werden.

Die AfD fordert dagegen ein Recht auf Grenzsicherung, und diese soll wieder zur nationalen Aufgabe gemacht werden. Sozialleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige sollen nach dem Programm der AfD nur noch als Sachleistungen erbracht werden. Die FDP will den Wechsel vom Asyl- ins Einwanderungssystem ermöglichen: „Gut integrierte Schutzsuchende sollen die Chance zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt erhalten“ und nicht mehr vom Arbeitsplatz aus abgeschoben werden. Für Kriegsflüchtlinge aber soll der Schutzstatus auf die Dauer des Krieges begrenzt sein. Zur Flüchtlingsaufnahme unwillige EU-Länder sollen finanziell sanktioniert werden.

OPPOSITION

Persiflage oder Provokation?

Grabenkämpfe in der AfD nehmen kein Ende – Wieder bringen NS-Vergleiche der Parteispitze Probleme

Sechs Wochen vor der Bundestagswahl kommt die Alternative für Deutschland nicht zur Ruhe. Wieder einmal musste sich der Bundesvorstand mit Ordnungsmaßnahmen beschäftigen, wieder einmal wurde die Spaltung des Führungsgremiums sichtbar. Was war geschehen?

Der nordrhein-westfälische Landesvize Matthias Helferich hatte sich in einer internen Chatgruppe als „freundliches Gesicht des NS“ sowie als „demokratischer Freisler“ bezeichnet und mit guten Kontakten ins Dortmunder Neonazi-Milieu geprahlt. Öffentlich wurde der Vorfall, der im Übrigen schon Jahre zurückliegt, von einem Kommunalpolitiker, der

zum rechten Flügel der Partei gehört. Helferich zählt zum engsten Umfeld des NRW-Vorsitzenden Rüdiger Lucassen, der als Wortführer der „Gemäßigten“ gilt.

Für den früheren Bundeswehr-Offizier war die Angelegenheit entsprechend peinlich, hatte er doch bisher bei ähnlichen Vorfällen stets harte Sanktionen gefordert. So war Lucassen nicht ganz unzufrieden, dass Bundessprecher Jörg Meuthen in die Bresche sprang und das Thema auf die Agenda des Bundesvorstandes setzte. Es endete mit einer Niederlage für Meuthen. Sein innerparteilicher Gegner und Co-Parteichef Tino Chrupalla brachte mit Unterstützung der

bisherigen Meuthen-Anhängerin Beatrix von Storch einen Antrag gegen ein Parteiausschlussverfahren Helferichs durch, mit acht zu sechs Stimmen. Mit den Beisitzern Joachim Paul und Norbert Haug stimmten ebenfalls zwei bisherige Meuthen-Gefolgsleute gegen den Parteichef.

Die Intention des Abstimmungsverhaltens ist dabei unklar. Chrupalla erklärte, bei den Äußerungen Helferichs habe es sich um eine Persiflage gehandelt. Mit einer zweijährigen Ämter Sperre habe der Bundesvorstand ein angemessenes Strafmaß gefunden. Innerhalb der Partei kursiert die Annahme, eine Mehrheit habe sich gegen einen Ausschluss entschieden,

um Indiskretionen nicht Tür und Tor zu öffnen. Peinlich ist die Angelegenheit für Meuthen allemal. Denn selbst Lucassen geht mittlerweile auf Distanz zum Parteivorsitzenden.

Meuthen wiederum erklärte, er halte die Mehrheitsentscheidung für ein fatales Signal. Dass sein Co-Sprecher Chrupalla keine Notwendigkeit für einen Ausschluss gesehen hatte, bezeichnete Meuthen als „problematisch“. Helferich wollte sich bislang nicht öffentlich äußern. Mit der Sanktion kann er im Übrigen gut leben. Als siebter der NRW-Landesliste wird er den neuen Bundestag mit ziemlicher Sicherheit angehören. Peter Entinger

VERKEHRSPOLITIK

„Vom Senat hinters Licht geführt“

Warum Tegel umsonst starb: Immer neue Facetten des Berliner Flughafen-Desasters kommen ans Licht

VON HERMANN MÜLLER

Während der jahrelangen Hängepartie um die Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens ist der Umstand in den Hintergrund gerückt, dass dem Berliner Senat überzeugende Konzepte zur Nutzung der stillgelegten Flughäfen Tempelhof und Tegel fehlen. Nach dem Milliardendebakel am BER drohen den Steuerzahlern damit neue Kosten.

Im Fall des denkmalgeschützten Gebäudes des früheren Flughafens Tempelhof ist für das Land Berlin kaum zu vermeiden, dass es viel Geld in die Hand nehmen muss. Der Sanierungsbedarf an dem ein Kilometer langen Flughafengebäude aus den 30er Jahren wird mittlerweile auf zwei Milliarden Euro geschätzt. Ein eher vage gehaltenes Entwicklungskonzept des Senats namens „Vision 2030+“ sieht vor, den Mammutkomplex zu einem zentralen Ort für Kunst, Kultur, Büro- und Kreativnutzungen zu machen.

Zeitgeist-gemäße Nachnutzung

Relativ klare Vorstellung hat der Senat bereits für das ehemalige Flughafenareal in Tegel. Hier soll auf fast 500 Hektar mit dem „Schumacher Quartier“ ein Wohngebiet und mit der „Urban Tech Republic“ ein Forschungs- und Industriepark entstehen. Ganz zum propagierten Zeitgeist passend, soll in der „Urban Tech Republic“ unter anderem an der Entwicklung „klimaneutraler Energiesysteme“ geforscht werden. Das „Schumacher Quartier“ haben die Planer wiederum als Modellprojekt für „klimaneutrale Bauweisen“ angekündigt.

Durch eine Pressemeldung des SPD-Finanzsenators Matthias Kollatz vom 22. Juni wurde die Absicht bekannt, über die reguläre Neuverschuldung hinaus in den Jahren 2022 und 2023 einen Kredit über insgesamt eine Milliarde Euro für Landesunternehmen aufzunehmen. Insgesamt 397 Millionen Euro sind dabei für die Tegel Projekt GmbH vorgesehen.

Damit das landeseigene Unternehmen die Pläne für die „Urban Tech Republic“ auch umsetzen kann, muss Berlin zudem vom Bund dessen Anteile an dem Flughafenareal aufkaufen. Laut einem Pressebericht soll ein Gutachten den Wert des



Einst pulsierender Knotenpunkt: Flughafen Berlin-Tegel vor seiner Schließung

Foto: imago/Frank Sorge

Bundesanteils auf immerhin 275 Millionen Euro taxiert haben. Allein für den Umbau des früheren Flughafengebäudes zu einem Hochschulstandort werden mittlerweile Kosten von 150 Millionen Euro veranschlagt.

Dabei hätte es den kostspieligen Plänen durchaus eine weit günstigere Alternative zur teuren Umnutzung des Flughafenareals gegeben. Parallel zur damaligen Bundestagswahl fand 2017 ein Volksentscheid zum Weiterbetrieb des Flughafens Tegel statt. Mehr als 56 Prozent der Teilnehmer hatten sich dabei für eine Weiterentwicklung als Flughafen ausgesprochen. Im Juni 2018 befand eine Mehrheit im Berliner Landesparlament jedoch, der Volksentscheid sei vom Senat nicht umsetzbar.

Gut drei Jahre später hat überdies nun ein Untersuchungsausschuss zum BER seine Arbeit beendet. Im Fokus des Ausschusses, mittlerweile der zweite des Berliner Abgeordnetenhauses zum BER, standen Themen wie Baupfusch, die Kostenexplosion und die mehrfache Verschiebung der Eröffnung des Großflughafens.

In einem Sondervotum zum Abschlussbericht hat sich die AfD-Fraktion aber auch intensiv mit dem beschäftigt, was der Untersuchungsausschuss zur Tegel-Problematik zu Tage förderte. Frank-Christian Hansel, zuständiger Obmann der AfD-Fraktion, sieht die Berliner hinsichtlich des Volksentscheids zum Weiterbetrieb des Flughafens vom Senat ganz massiv „hinters Licht geführt“.

Handlungspflicht ignoriert?

Hansels Fraktion weist in ihrem Sondervotum unter anderem auf ein Rechtsgutachten von Professor Jan Ziekow, Direktor Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer, hin, der durch den Volksentscheid eine unbedingte Handlungspflicht für den Berliner Senat zur Umsetzung gesehen hatte. Gleich mehrere Zeugen hatten im Ausschuss jedoch ausgesagt, dass die Offenhaltung von Tegel in der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg ein „Unthema“ gewesen sei, oder dass die politisch Verantwortlichen in Berlin relativ schnell deut-

lich gemacht hätten, „dass man diesen Volksentscheid nicht umsetzen wolle“.

Welche Chancen damit vergeben wurden, zeigt ein Gutachten der renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC. Laut Berechnungen der Wirtschaftsprüfer wäre ein Weiterbetrieb von Tegel parallel zum BER selbst bei einem reduzierten Flugbetrieb rentabel gewesen. Ein Teilbetrieb hätte zudem nur geringere Investitionen für Schallschutz und eine Modernisierung von Tegel erfordert, gleichzeitig wären aber die Kapazitätsprobleme am BER und der Druck zum schnellen Ausbau entschärft worden.

Für Fluggesellschaften wäre der Flughafen unschlagbar attraktiv gewesen. Tegel hätte parallel zum BER nämlich als zentraler Premiumflughafen betrieben werden können, der üppige Gewinne für den Berliner Landeshaushalt generiert: „Wenn man in Tegel investiert, kann man Tegel im Grunde beliebig teuer machen“, so die Einschätzung des Flughafenmanagers Elmar Kleinert als Zeuge im Untersuchungsausschuss.

WAHL ZUM ABGEORDNETENHAUS

Berliner Krankenhäuser fürchten die Grünen

Laute Kritik von Medizinern an der Partei: „Unterschätzen die Bedeutung der Medizin seit Jahren“

Die Mitarbeiter der Berliner Krankenhäuser haben ein Problem mit den Grünen. Der Chef des Personalrates der Charité, Jörg Pawlowski, ist einer der wenigen, der sich damit in die Öffentlichkeit traut. Sehr vorsichtig formuliert er: „Die Grünen unterschätzen die Bedeutung der Medizin für Berlin seit Jahren.“ Andere wollen ihren Namen nicht in der Zeitung lesen. Die Chefin eines Hauses fürchtet ein „ökoliberales Regime“, ein anderer meint, die Grünen würden für „wenig Bauen und Soziales, dafür Umwelt- und Nischenprojekte“ stehen.

Pawlowski: „Von den großen Parteien fielen die Grünen bislang am wenigsten damit auf, Krankenhäuser gut ausstatten, den Pflegekräften helfen und die Forschung unterstützen zu wollen. Wenn Berliner Grüne die Charité besucht haben, stand unsere Kernaufgabe, die mas-

senhafte Versorgung von Patienten, kaum im Mittelpunkt.“ Sollte Bettina Jarasch von den Grünen tatsächlich Regierende Bürgermeisterin werden, unterstände ihr auch die landeseigene Charité.

Keine Rücksicht auf Klinik-Personal

Selbst während der Belastungsspitze in der Corona-Pandemie zeigte die grüne Verkehrssenatorin Regine Günther kaum Fürsorge und Entgegenkommen gegenüber den an Limit arbeitenden Beschäftigten der Charité. Auf den betriebseigenen Parkplätzen der Charité werden bis zu 20 Euro Parkgebühr je Schicht verlangt. Als das dort nachts eingesetzte Personal verlangte, kostenlos parken zu können, zeigte sich Günther bemerkenswert uneinsichtig. Neben Bahn und Bus könnten die Mitarbeiter ja auch mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen und auf das Auto

verzichten. Später gab es wenigstens reduzierte Gebühren.

Auch Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) erwies sich in der Vergangenheit als hinderlich. Behrendt ist unter anderem für Verbraucherschutz zuständig. In dieser Eigenschaft versuchte er, in der Tierversuchskommission möglichst viele fundamentalistische „Tierschützer“ unterzubringen, was nicht nur die Charité sowie die Freie Universität Berlin, sondern auch den Wissenschaftsstaatssekretär Steffen Krach (SPD) auf die Barrikaden brachte.

Krach warf Behrendt „ideologisches Wunschdenken“ vor: „Ich habe es satt, dass die Wissenschaftler für ihre Forschung kritisiert werden ... Auch für den Corona-Impfstoff waren Tierversuche erforderlich.“ Weiter heißt es aus der Charité: Einige Grüne hätten in der Pandemie

eher über „fleischlose Krankenhauskosten“ gesprochen als über die Pflegenot.

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) befragte mit seinen „Wahlprüfsteinen“ die drei möglichen Regierungsparteien in Berlin. Daraus hat sich laut dem Verband ergeben, dass die Grünen kaum vom „profitorientierten Gesundheitssystem“ abrücken wollten und wenig zur „Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung“ böten.

Die SPD beantwortete DBfK-Fragebogen offenbar bisher nicht, die CDU schnitt besser ab als die Grünen. Zu Charité und Vivantes kommentierte die SPD, diese hätten „Vorbildfunktion“, die CDU meinte, beide Häuser böten „Spitzenmedizin auf Weltniveau“. Jarasch erklärte nur allgemein, eine „innovationsstarke Gesundheitsbranche“ sei wichtig. Frank Bücker

● KOLUMNE

Sommernachts-Ereignis

VON VERA LENGSELD

Es gibt sie noch – die Lichtblicke mitten im Corona-Frust, wo sich der von Politikwillkür und Behördenversagen geplagte Zeitgenosse erholen und wieder Hoffnung schöpfen kann. Einer dieser Lichtblicke ist das Globe Berlin, ein ganz besonderes Theaterprojekt. Nach eigener Aussage möchten die Betreiber zu einem „kulturellen Höhepunkt“ Berlins werden.

Das ist ihnen gelungen. Sie bieten Theater vom Feinsten. Bis zum Wiederaufbau des hölzernen Theaterhauses bespielt das Ensemble einen aus Versatzstücken des künftigen Baus zusammengesetzten offenen Ort, dessen runder Innenraum eine unmittelbare Verbindung zwischen Schauspielern und Publikum herstellt. Das funktioniert so gut wie im nachgebauten Globe aus Shakespeares Zeiten in London, nur ist es noch intimer, unmittelbarer. Die magische Wirkung der Vorstellungen, die das Publikum von Anfang an in ihren Bann ziehen, beruht allein auf der Darstellungskunst der Schauspieler.

Wenn es nach der Pause dunkel wird und der Mond der Szenerie zusätzliche Reize verleiht, gibt es nichts mehr, das ein solches Theatererlebnis noch steigern könnte. Tatsächlich ist gelungen, was sich die Akteure vorgenommen hatten: Wie in Shakespeares Zeiten die darstellende Kunst in direktem Kontakt zu erfahren. Was Globe bietet, ist echtes Volkstheater. Also: Wer sich etwas Gutes tun und gleichzeitig dem um sein Überleben spielenden Projekt Unterstützung zukommen lassen möchte, sollte sich nach Berlin-Charlottenburg aufmachen.

In diesen Corona-Zeiten sind wir alle aufgefordert, uns zum Stellenwert von Kunst und Kultur zu positionieren, wozu die Betreiber auffordern. Künstlerisches Schaffen gehört essenziell zur Lebensqualität. Wir wären geistig, emotional und seelisch ärmer, wenn es Kunst und Kultur nicht mehr gäbe. Wir dürfen nicht zulassen, dass „Andere darüber entscheiden wollen, ob, wie, wo und was wir leben, relevant sei“ (Globe-Programm). Es ist an uns, das unmissverständlich klar zu machen!

● MELDUNG

Giffey im Schlepptau

Berlin – Mehrere öffentliche Auftritte der SPD-Politikerin Franziska Giffey an der Seite von Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) haben bei Oppositionspolitikern und Medien zu der Frage geführt, ob die SPD ihre Stellung als Regierungspartei ausnutzt, um im Wahlkampf in unzulässiger Weise Werbung für ihre Spitzenkandidatin zu machen. Bereits Mitte Juli hatte Geisel die Polizeiwache am Alexanderplatz besucht, um sich über „städtebauliche Kriminalprävention“ zu informieren. Mit von der Partie war seine Genossin Giffey. Auch als der Senator am 7. August bei der Freiwilligen Feuerwehr Lichtenrade zu Besuch war, wurde er von der SPD-Spitzenkandidatin und vom Bundestagskandidaten Kevin Kühnert begleitet. Laut „Tagesspiegel“ war Giffey auch als einzige Landeschefin einer Berliner Partei zum „Freedom Dinner“ auf dem ehemaligen Flughafen Tegel geladen. N.H.

● MELDUNGEN

Präventive Haftstrafen

New York – Wie die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtet, geht die chinesische Justiz immer unerbittlicher gegen tibetische Geistliche vor. So wurde Choegyal Wangpo, der Vorsteher des Klosters Tengdro, unlängst in einem Geheimprozess zu 20 Jahren Haft verurteilt. Ebenso erhielten sein Stellvertreter Lobsang Jinpa 19 Jahre und die Mönche Norbu Dondrub und Ngawang Yeshe 17 beziehungsweise fünf Jahre Haft. Die Richtersprüche erfolgten nach dem in China geltenden Prinzip der „präventiven Sicherheit“. Das erlaubt es, Menschen auch dann ins Gefängnis zu werfen, wenn sie noch gar keine kriminelle Handlung begangen haben. Dazu generieren die Gerichte einfach hypothetische Bedrohungsszenarien, was die Verfahren zur Farce macht. Im Falle der Tibeter aus Tengdro basierten die Urteile auch auf dem Fund von Bildern des Dalai Lama auf einem Mobiltelefon. **W.K.**

Impfskepsis in Afrika

Addis Abeba – In Afrika wurden bisher 6,8 Millionen Menschen positiv auf das SARS-CoV-2-Virus getestet, von denen 174.000 starben. Nun stehen auch für die afrikanischen Staaten Vakzine zur Verfügung, doch die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, ist relativ gering. Das ergab eine Umfrage der Gesundheitsorganisation Africa Centres for Disease Control and Prevention (Africa CDC). Im Durchschnitt will jeder fünfte Afrikaner die Spritze verweigern, sofern sie ihm überhaupt angeboten wird. Besonders hoch ist der Anteil der Impfskeptiker in der Demokratischen Republik Kongo, wo sich 38 Prozent der Bevölkerung gegen eine Impfung entschieden haben, sowie in Nigeria, Niger und dem Senegal. Viele Afrikaner fürchten Nebenwirkungen und halten die vom Corona-Virus ausgehende Gefahr für vergleichsweise gering. Infolgedessen mussten im Kongo bereits 300.000 Impfdosen wegen der Überschreitung des Haltbarkeitsdatums vernichtet werden. **W.K.**

„Stalins Nanny“ wird Beraterin

London – Der Journalist Jeremy Clarkson hat auf Times Radio den Vorwurf erhoben, kommunistische Berater der Regierung würden in Großbritannien die Bevölkerung für immer in einem Pandemie-Lockdown behalten wollen. Mit seiner Aussage spielt der ehemalige BBC-Journalist auf die Wissenschaftlerin Susan Mitchie an. Diese hatte auf dem Sender Channel 4 auf die Frage, wie lange eine Maskenpflicht und das Abstandhalten beibehalten werden sollen, geantwortet: „für immer“. Als Wissenschaftlerin ist Mitchie seit 2009 Mitglied der „Scientific Advisory Group for Emergencies“, einem wissenschaftlichen Beratungsgremium der britischen Regierung. Zugleich ist die Professorin aber auch langjähriges Mitglied der kommunistischen Partei. Aufgrund ihres Engagements für den Kommunismus wird Mitchie mitunter sogar als „Stalins Nanny“ (zu deutsch: Stalins Kindermädchen) bezeichnet. **N.H.**

AFGHANISTAN

Das verheerende Scheitern einer Mission

Nach 20 Jahren internationalem „Kampf gegen den Terror“ fällt die Bilanz ernüchternd aus

VON BODO BOST

Zwanzig Jahre waren westliche Streitkräfte in Afghanistan, um nach dem 11. September 2001 das Land aus der Rolle eines sicheren Rückzugsorts der islamischen Terroristen zu befreien. 20 Jahre lang hat der Westen mehrere Billionen Dollar Aufbauhilfe in das Land investiert, mehrmals wurden demokratische Wahlen abgehalten, um das Land aus der islamischen Steinzeit herauszuholen. Aber nur acht Wochen nach dem Abzug der letzten NATO-Soldaten ist dies alles wie ein Kartenhaus zusammengefallen, obwohl neben der zivilen Aufbauhilfe auch eine Armee von 300.000 Mann aufgestellt und ausgebildet worden war.

Schulen, Krankenhäuser, Flughäfen, Ministerien, mit die modernsten ganz Asiens, dies alles fällt jetzt als Prämie den

nur 80.000 Taliban mit in die Hände. Wie in Mossul, wo nur wenige Hundert IS-Kämpfer eine Armee von Zehntausenden überwältigt hatten, konnten die Taliban auf ihren Motorrädern die Panzer der Armee überwältigen, weil die Armee, wie in Mossul, gar nicht kämpfen wollte.

300.000 Afghanen ausgebildet

Präsident Biden hat in seiner naiven Betrachtung des Untergangs, dieser Verweigerungshaltung der Armee nicht kämpfen zu wollen, die Verantwortung für den Untergang des westlichen Afghanistan zugeschrieben. Alle etablierten islamischen Staaten tun sich schwer, gegen vorgebliche Gotteskrieger zu kämpfen, sogar Erdoğan wollte nicht gegen den IS kämpfen. Allein die muslimischen Kurden, die noch gar keinen Staat haben, unterstützen allein in der Hoffnung, diesen Staat zu bekommen, den westlichen Kampf gegen

die islamischen Terrorkrieger. Das ist diesem Volk dennoch hoch anzurechnen. Ohne sie hätte der IS heute noch die Oberhoheit über weite Teile „islamischen“ Territoriums in Syrien und dem Irak. Dass die afghanische Armee nicht kämpfen wollte, hätte man allerdings schon an den vielen Anschlägen von Armeeinghörigen gegenüber westlichen Soldaten ablesen können.

Die Mär von den geläuterten Taliban

Die Taliban hatten offenbar schon sehr früh ihre Anhänger in die Armee eingeschleust, zuletzt wurde auch klar, dass von den 300.000 Soldaten der Armee die Hälfte etwa nur auf dem Papier existierte, um die Zuwendungen für sie von den USA zu bekommen. Und dies alles sollen westliche Geheimdienste, die sich in Afghanistan tummelten, wie sonst nirgendwo auf der Welt, nicht mitbekommen haben?

Noch am Tag des Untergangs vertrauten viele westliche Kommentatoren die Meinung, die heutigen Taliban hätten sich geändert gegenüber den Taliban von 1996, die das Land bereits einmal in die Steinzeit zurückbugsiert hatten. Die Religionskrieger seien nicht mehr dieselben wie die damaligen, die Frauen aus dem öffentlichen Leben, Mädchen aus Schulen und die Musik aus den Häusern verbannten.

Klüger sind sie vielleicht geworden, das zeigt ihr rasanter Siegeszug von nur zwei Monaten an allen Fronten. Seltsam nur, dass fast alle aus der Region stammenden Kommentatoren diese Meinung nicht teilen. Am Islam und der Scharia, der Grundlage ihrer Herrschaft, werden die Taliban nichts ändern, auch die Al-Kaida genießt weiterhin in dem Land Gastrecht, obwohl die USA deren Chef vor zehn Jahren im benachbarten Pakistan neutralisierten und nicht in Afghanistan.

Am schlimmsten sind die Perspektiven jetzt für die schiitische Minderheit der Hazara im Zentrum Afghanistans, die zehn Prozent der Bevölkerung ausmacht. Die Hazara sind die Todfeinde der sunnischen Taliban. Hier kämpfen wirklich noch ganze Selbstschutzeinheiten gegen die Taliban, allerdings auf verlorenem Posten. Auch für die Frauen und Mädchen Afghanistans bedeutet der Sieg der Taliban eine schlimme Nachricht.

Wie die somalische Muslimin Ayaan Hirsi Ali, die den Rückfall Somalias in die Islam-Steinzeit am eigenen Leibe erfahren hatte, in ihrem neuesten Buch beschrieben hat, das den Titel „Beute“ trägt, sind die Frauen und Mädchen Afghanistans jetzt die Beute der 80.000 Taliban-Kämpfer. Wie die Selbstmord-Attentäter im Jenseits mit Jungfrauen (Huris) belohnt werden, so werden jetzt die Kämpfer der Taliban im Diesseits schon mit Jungfrauen belohnt.

Die Jungfrauentests und Zwangsehen werden nun in Afghanistan Hochkonjunktur haben. Dazu kommt noch, dass das Land in den letzten Monaten auch Corona-Hotspot war.



Einsatz in Afghanistan: Bundeswehrosoldaten in der Nähe von Feyzabad im Norden des Landes

Foto: pa

BRÄNDE IN DER TÜRKEI

Tee-Almosen für die Opfer

Erdoğan gerät wegen mangelnden Krisenmanagements und zunehmender Realitätsferne in die Kritik

Die Türkei wird von den verheerendsten Feuerstürmen seit Menschengedenken heimgesucht. Regierung und Behörden wirken in der Krise völlig überfordert. Staatschef Recep Tayyip Erdoğan wirft bei einem Besuch im Brandgebiet aus dem fahrenden Bus Teepäckchen heraus für die Menschen, die ihre Häuser verloren haben.

Seit Tagen lodern die Brände in den Wäldern an der Westküste der Türkei bis zur türkischen Riviera im Süden. Einwohner und Touristen sind auf der Flucht vor den Flammen. Funktionierende Wasserlöschflugzeuge, die einzige Hoffnung gegen die Katastrophe, besitzt die Türkei keine und musste sie bei Nachbarstaaten anfordern, mit denen das Land dank Erdoğan Politik eigentlich verfeindet ist. Anstatt mit Löschflugzeugen hatte der türkische Präsident sein Land in den letzten Jahren mit Drohnen aufgerüstet, die es im Krieg gegen Armenien um Berg Karabach im Herbst 2020 eingesetzt hatte.

Angesichts der fehlenden Löschflugzeuge in der Türkei war das Volk gegen die eigene Regierung aufgebracht. Das zeigte

sich bei einem Besuch Erdoğan in Marmaris, einer von den Bränden stark beeinträchtigten Stadt an der Ägäis.

Drohnen statt Löschflugzeuge

Erdoğan wollte sich vor Ort ein Bild von den Ausmaßen der Zerstörung machen und mit den Betroffenen sprechen. Dabei ereignete sich bei dem Konvoi des türkischen Präsidenten ein kurioses Schauspiel, das auf einem Video festgehalten wurde, welches seitdem auf Twitter kursiert und dort für ordentlich Spott über Erdoğan sorgt. Darauf zu sehen ist, wie der Konvoi des Präsidenten bei Nacht durch die Straßen von Marmaris fährt.

Der 67-Jährige steht im Urlaubshabit dabei an der offenen Tür eines großen Reisebusses und blickt auf die am Straßenrand stehenden Opfer. Viele Nutzer mokieren sich darüber, dass Erdoğan die – nach den teilweise existenzbedrohenden Waldbränden – erhitzten Gemüter der Einheimischen offenbar glaubt, mit Tee-Almosen beruhigen zu können.

Dass Erdogan, der die Muslime weltweit gerne als Opfer instrumentalisiert,

keinerlei Empathie gegenüber wirklichen Opfern kennt, hatte er bereits bei einem Besuch nach dem Grubenunglück mit 300 Toten in dem Ort Soma im Jahr 2014 gezeigt, als er dort einen demonstrierenden Bergarbeiter, der gegen die Korruption in der Bergwerksverwaltung demonstrierte, einen Tritt versetzte und ihn verhaften ließ.

Auch Soma liegt in der Ägäisregion der Türkei, die bis 1923 von christlichen Griechen besiedelt war. Obwohl die Griechen vertrieben wurden, gilt auch heute noch die Region als sehr liberal, Erdoğan Partei AKP erhält in dieser Region traditionell ihre schlechtesten Wahlergebnisse.

Die Demonstranten in den Brandgebieten halten dem Präsidenten vor, dass er kein einziges einsatzfähiges Löschflugzeug besitzt und zunächst auch Hilfsangebote aus westlichen Ländern abgelehnt habe, weil „alles unter Kontrolle“ sei. Erdoğan wählte bei der Brandkatastrophe „Sabotage“ und „Verräter“ am Werk, „die unser Land in Brand stecken“. Regierungstreue Medien griffen die Verschwörungserzählung begeistert auf, um nicht

die wahren Schuldigen zu suchen. Der von seinen Kritikern als „Sultan“ verspottete Staatschef hatte sich in den letzten Jahren zu seinem offiziellen Palast in Ankara, auch an der Ägäis einen Sommerpalast mit 300 Zimmern bauen lassen, das Geld für den 62 Millionen Euro teuren neo-osmanischen Palast fehlte für den Brandschutz.

Geld für Brandschutz fehlt

Viele Türken fragen sich angesichts dieser Bilder, ob Erdoğan den Kontakt zur Realität verloren hat. Seine Protzpaläste und Prestigeprojekte wie immer größere Moscheen, die leer stehen, und der ökologisch gefährliche und ökonomisch unsinnige „Kanal Istanbul“, das chaotische Corona-Krisenmanagement und nun das flammende Inferno in den türkischen Wäldern treiben das Land immer mehr in die Krise und viele Türken in den Ruin. Die Inflation erreicht täglich neue Rekordmarken. Die schlechte Wirtschaftslage spiegelt sich in den Meinungsumfragen, in denen die Regierungspartei AKP nur noch bei 25 Prozent liegt. **B.B.**

VON NORMAN HANERT

Die Deutsche Bank und das Kölner IW-Institut haben Untersuchungen vorgelegt, in denen Zweifel an der Effizienz der Förderpolitik des Bundes in der sogenannten Klimapolitik deutlich werden. In einer Studie mit dem Titel „Vorfahrt der E-Mobilität vom Staat teuer erkaufte“ zeigt die Bank auf, dass der Umstieg der Automobilbranche auf E-Mobilität für den deutschen Staat teuer wird, als bislang angenommen. Danach ergeben sich für die Steuerzahler im Laufe der Zeit Kosten von mehr als 20.000 Euro pro E-Auto.

Käufer von batteriebetriebenen Autos erhalten vom Staat bis zu 6000 Euro als Kaufprämie. Zusätzlich sind die Elektroautos auch noch zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Einbezogen haben die Ökonomen der Bank weitere fiskalische Effekte. Für den Staat fallen bei den E-Autos auch Einnahmen durch die Mineralölsteuer und die CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel weg. Teilweise verringern sich sogar die Mehrwertsteuereinnahmen. Zusätzlich zum „Umweltbonus“ und der „Innovationsprämie“ vom Staat zahlen auch noch die Hersteller von E-Autos beim Kauf eine Prämie von 3000 Euro. Dieser Zuschuss wird nicht nachträglich erstattet, sondern gleich beim Kauf abgezogen. Damit verringert sich die Kaufsumme, die der Mehrwertsteuer unterliegt.

Mehrwertsteuer verringert sich

Die Höhe der Einbußen für den Fiskus rechnete DB Research an konkreten Fahrzeugmodellen durch. Einmal verglich man einen VW Golf Life mit Verbrennungsmotor mit einem elektrischen VW ID.3 Pure. Die Forscher legten für beide Kompaktwagen eine Nutzung über zwölf Jahre und eine Laufleistung von 15.000 Kilometern jährlich zugrunde.

Beim VW ID.3 Pure ergab die Modellrechnung eine Stromsteuer in Höhe von 550 Euro. Beim Golf mit Verbrennungsmotor kassiert der Fiskus laut der Modellrechnung für den Kraftstoffverbrauch dagegen Energiesteuern in Höhe von 6500 Euro. Beim Golf kommen noch 1600 Euro für die CO₂-Abgabe und 1000 Euro Kfz-Steuer hinzu. Beim E-Fahrzeug verzichtet der Staat bis 2030 auf die Kfz-Steuer. Auch die CO₂-Abgabe entfällt. Nach den Berechnungen der Autoren führt dies während der angenommenen Nutzungsdauer von zwölf Jahren zu einem Unterschied bei den Steuereinnahmen von 9500 Euro. Wird die staatliche Kaufprämie hinzugerechnet, ergeben sich für den Bund Kosten in Höhe von 15.500 Euro. Der Vergleich eines Audi SQ5 und eines Audi E-Tron ergab sogar



Gefördert mit dem Geld aller Steuerzahler: Audi E-Tron, ein Mittelklasseauto, das sich nur Besserverdiener leisten können

E-MOBILITÄT

Wirtschaftsstudien entzaubern Öko-Mythen

Der Umstieg der Automobilbranche auf die Elektromobilität wird für den Staat teurer als bislang angenommen

einen Unterschied von 22.000 Euro. Die Bundesregierung begründet die Förderung von E-Autos mit dem Argument, aus Klimaschutzgründen die CO₂-Emissionen verringern zu wollen. Nach den Berechnungen der DB Research wird dieses Ziel allerdings sehr teuer erkaufte. Die Forscher ermittelten über die gesamte Nutzungsdauer der E-Autos eine CO₂-Einsparung von 15 Tonnen in der Kompaktklasse und 27 Tonnen in der Mittelklasse. Die Studienautoren schreiben dazu: „Setzt man diese Einsparungen ins Verhältnis zum fiskalischen Effekt, resultieren daraus CO₂-Vermeidungskosten (beim Staat) in Höhe von etwa 1000 bzw. 800 Euro pro Tonne.“ Zum Vergleich: Im Emissionshandel notiert der Preis für eine Tonne Kohlendioxid derzeit bei rund 50 Euro.

Die DB Research macht auch auf eine soziale Schieflage aufmerksam. Von den Förderungen profitieren aktuell am meis-

ten Käufer mit einem höheren Einkommen. Bereits eine Auswertung der bundeseigenen KfW-Förderbank vom Mai hatte gezeigt, dass die staatliche Förderung sehr stark von Besserverdienern in Anspruch genommen wird. Sie weist darauf hin, dass Geringverdiener mit eigenem Auto relativ zu ihrem Einkommen für einen recht hohen Teil der Förderungen aufkommen. Der Bund hat sein Kaufprämienprogramm für E-Autos zunächst bis Ende 2025 befristet. Dahinter steht die Grundannahme, dass die Preise für E-Autos und die Batteriekosten in den nächsten Jahren deutlich sinken werden. Geht diese Kalkulation der Bundesregierung auf, handelt es sich bei der Förderung quasi um eine Anschubsubventionierung. Ein ähnliches Denken der Politik lag bereits bei der Förderung von Solarenergie und Windkraft zu Grunde.

Das IW-Institut veröffentlichte einen Bericht, in dem es um die Exportchancen

deutscher Firmen geht, die Güter zur Erzeugung erneuerbarer Energien anbieten. Laut den Wirtschaftsforschern ist es Deutschland speziell bei Solarmodulen trotz Anfangserfolgen und intensiver Förderung nicht gelungen, „bis auf enge Nischen eine dauerhaft wettbewerbsfähige Produktion zu erhalten“.

China profitiert

Indem in Deutschland die Betreiber und Nutzer von Solarmodulen subventioniert wurden, konnten chinesische Hersteller von der deutschen Förderpolitik profitieren. Auch bei Windkraftanlagen konnte China seine Weltmarktposition deutlich ausbauen. Am Standort Deutschland macht aus Sicht des IW-Instituts eine Förderung klimafreundlicher Wertschöpfung nur bei Produkten Sinn, die technologisch anspruchsvoll sind und eine dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit versprechen.

KOMMENTAR

Der Schatten von 1971

Das Ende kam mit einer Lüge. Am 15. August 1971 gab US-Präsident Richard Nixon bekannt, dass die Goldbindung des Dollar aufgehoben werde, um die US-Währung vor dem zerstörerischen Angriff von Spekulanten zu schützen. Damit war das Weltwährungssystem von Bretton Woods abgeschafft. Das 1944 vereinbarte System band jede beteiligte Währung an den Dollar, der wiederum über einen festen Kurs von 35 Dollar je Feinunze jederzeit von den USA in Gold umgetauscht wurde.

Doch nicht Spekulanten ruinierten das System. Um den Vietnamkrieg zu finanzieren, druckten die USA viel zu viel Geld. Der Flucht aus der Goldverankerung folgten drei historische Phasen der Währungsgestaltung. Die 1970er Jahre waren von hohen Inflationsraten geprägt. In Phase zwei hoben dann die großen Notenbanken Anfang der 80er Jahre die Leitzinsen in gewaltige Höhen. Das sorgte zwar für eine harte Wirtschaftskrise, stabilisierte aber das Geld.

Dann folgte die Phase des „politischen“ Geldes. US-Notenbankchef Alan Greenspan hielt ab Ende der 80er Jahre die Zinsen künstlich niedrig, um die Wirtschaft anzukurbeln. In Europa wurde aus rein politischen Gründen 1999 eine Einheitswährung über völlig unterschiedliche Währungskulturen gestülpt. Damit wurden schwächere EU-Staaten der Möglichkeit beraubt, ihre Wettbewerbsfähigkeit per Währungsabwertung zu stabilisieren. Heute kann das Euro-Konstrukt nur noch mit gigantischen Hilfszahlungen der stärkeren an die schwächeren Länder und per realem Negativzins aufrecht erhalten werden. So rundet sich das Verhängnis, das 1971 seinen Anfang nahm.

Jetzt springt, wie nach 1971, die Inflation wieder an. Der Ausweg, sie durch massive Zinsanhebung zu stoppen – wie Anfang der 1980er – aber ist insbesondere in Europa verbaut. Schon moderate Erhöhungen würden Staaten wie Italien in den Bankrott treiben. Somit könnte mit 50-jähriger Verspätung eintreten, was Pessimisten schon für die Zeit nach 1971 prognostizierten: die Zerstörung des Währungssystems mit unabsehbaren Folgen für die Wirtschaft und vor allem für die Sparer. *Hans Heckel*

BIONTECH

Milliardengewinne dank Corona

Dem Mainzer Unternehmen winken durch Nachimpfungen weitere Umsätze

Im ersten Halbjahr 2021 lieferte die in Mainz-Oberstadt „An der Goldgrube 12“ ansässige Kleinfirma BioNTech gemeinsam mit ihrem US-Partner Pfizer mehr als eine Milliarde Dosen des mRNA-Impfstoffes Comirnaty beziehungsweise Tozinameran in rund 100 Staaten der Welt. Über die dadurch erzielten Einkünfte gab das von Uğur Şahin und Özlem Türeci gegründete Unternehmen am 9. August Auskunft: Während BioNTech im ersten Halbjahr 2020 noch 141 Millionen Euro Verlust gemacht hatte, lag der Nettogewinn im Zeitraum von Januar bis Juni 2021 bei 3,9 Milliarden Euro. Davon entfielen 2,8 Milliarden auf das zweite Quartal. Zum Vergleich: Der Pharma-Konzern Bayer AG erwirtschaftete mit rund 130 Produkten in etwa die gleiche Summe.

BioNTech schätzt, dass bis Jahresende nochmals 1,2 Milliarden Impfdosen hinzukommen, was zu einem Jahresumsatz von

knapp 16 Milliarden Euro führen könnte. Das wären dann acht Millionen Euro Umsatz pro Mitarbeiter binnen zwölf Monaten. Bei Autokonzernen wie VW liegt dieser Wert in der Größenordnung von 380.000 Euro.

Nach der Verkündung der Gewinnzahlen schnellte der Aktienkurs des Mainzer Unternehmens im Tagesverlauf um etwa fünf Prozent nach oben. An der Technologiebörse Nasdaq in New York betrug der Preis für eine BioNTech-Aktie somit rund 400 US-Dollar. Angesichts des Umstandes, dass das Wertpapier beim Börsengang von BioNTech im Oktober 2019 noch mit 15 Dollar gehandelt wurde, können sich Şahin und Türeci über ein gigantisches Kursplus durch die Corona-Pandemie freuen. Şahin allein hält derzeit 17 Prozent der Firmenaktien, wodurch er nun knapp 14 Milliarden Euro besitzt. In der Rangliste der vermögendsten Personen in Deutsch-

land steht der 1965 im südtürkischen İskenderun geborene Mediziner damit auf Platz Neun – noch vor Michael Otto, der Oetker-Familie und Guenther Fielmann.

Und dabei muss es keineswegs bleiben. Mittlerweile ist immer öfter die Rede davon, dass zwei Impfungen mit Comirnaty keineswegs ausreichend seien. Daraus könnte leicht ein dauerhaftes „Impf-Abonnement“ resultieren, das BioNTech aufgrund der ständig eingehenden Nachbestellungen kontinuierliche weitere Gewinne in der bisherigen Größenordnung beschert. Deshalb prophezeite der Kapitalmarktexperte Christian Röhl gegenüber dem „Business Insider“ einen möglichen Anstieg des Börsenwertes von BioNTech bis 2026 auf 500 Milliarden Dollar. Wenn Şahin dann immer noch 17 Prozent der Aktien besitzt, wäre er sicherlich der mit Abstand reichste Mensch in der Bundesrepublik. *Wolfgang Kaufmann*

ANZEIGE



Unser Land. Unsere Werte.

Wofür mein Vater damals nach Deutschland kam?

Für deutsche Leitkultur.

Viele Menschen, die in Deutschland eine Heimat gefunden haben, schätzen unsere Kultur und unsere Werte. Dennoch: Fehler bei der Integration und die Grenzöffnung 2015 überfordern unser Land bis heute.

Die Folgen spüren wir jeden Tag. In manchen Großstadtvierteln herrschen mittlerweile Clans. Wohnraum ist knapp geworden. An vielen unserer Schulen ist es nicht mehr selbstverständlich, dass die Kinder Deutsch können. Mehr und mehr Menschen fühlen sich nachts nicht mehr sicher auf der Straße. All das sind keine Verhältnisse, mit denen wir uns abfinden können.

Nur die AfD geht diese Probleme an. Wer illegal nach Deutschland kommt, darf kein Recht haben, dauerhaft zu bleiben. Wer legal nach Deutschland kommt, muss sich unseren Werten anpassen. Ein Staat, der seine eigenen Regeln nicht ernstnimmt, wird nicht ernstgenommen.

Für die deutsche Leitkultur – am 26. September AfD wählen.

Deutschland. Aber normal.



Herausgeber: AfD Bundesverband, Schillstraße 9, 10785 Berlin.

ZUM TODE VON KURT BIEDENKOPF

Einer, der fehlen wird

WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Zwei Politiker haben Deutschland in den 1980er und 90er Jahren in besonderer Weise geprägt, die nicht nur der Jahrgang 1930 und der Geburtsort Ludwigs- hafen, sondern auch die politische Heimat, die CDU, verband. So sehr Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf zu Beginn in der Gestaltung deutscher Politik vereint waren (der Größere holte den Kleineren als Generalsekretär an die Spitze der Partei), so unheilbar zerstritten waren sie in den Schicksalsjahren vor, während und nach der deutschen Einheit. Beiden aber gebührt Respekt und Anerkennung für ihren beispiellosen Einsatz für unser Land: Kohl für sein mutiges Zupacken, als sich die Chance zur Einheit auftat, und Biedenkopf für den Wiederaufbau des Freistaats Sachsen und die erfolgreiche wissensbasierte Transformation eines vom Sozialismus zertrümmerten Landes.

Der Wissenschaftler, Politiker, Institutsgründer, Universitätsrektor und zeitweilige Industriemanager Kurt Biedenkopf

brachte dafür die besten Voraussetzungen mit. In seinem mit Meinhard Miegel gegründeten Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft IWG entwickelte er jene Zukunftsprojekte, welche die gesellschaftspolitischen Diskussionen im Lande beherrschen sollten: für Generationengerechtigkeit und gegen überbordende Staatsverschuldung, die er „Ausbeutung der Enkel“ nannte, gleichberechtigte Stellung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft, Gestaltung des demographischen Wandels durch Reform der Altersversorgung, ökologische Ausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft und ein Energiekonzept, das ausgewogene Versorgungssicherheit und Umweltschonung zum Ziel hatte. Auf dieser Linie sprach sich Biedenkopf später gegen den übereilten deutschen Ausstieg aus der Kernenergie aus.

Politik auf Basis soliden Wissens

1985 stellte er seine Vorstellungen in dem Buch „Die neue Sicht der Dinge. Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ dar, das leider nicht zur Pflichtlektüre vieler heute tätiger Politiker gehörte.



Kurt Biedenkopf (1930–2021)

Wenn jemals ein Mann für eine große Herausforderung zur rechten Zeit am rechten Ort war, ist dies Kurt Biedenkopf 1990 bei der Übernahme der Regierungsgeschäfte in Sachsen gewesen. Für die Aufgabe, den Freistaat aus den Zerrüttungen des Sozialismus in die Soziale Marktwirtschaft zu überführen, hätte es keinen Kundigeren und keinen Engagierteren geben können. Er war ein Reformierender mit Weitsicht und Bodenhaftung, der sich gut auf die Mentalität der Sachsen einzustellen verstand. Sie haben es ihm mit absoluten Mehrheiten bei seinen drei Landtagswahlsiegen gedankt.

Ein ständiges Anliegen war ihm, das Selbstwertgefühl seiner „Landeskinder“ zu stärken, indem er auf die brillanten Phasen der Landesgeschichte verwies, in denen Sachsen sowohl in Kunst und Kultur als auch in der industriellen Entwicklung führend war. Sein strategischer Ansatz war, daran anzuknüpfen und statt in traditionellen Strukturen zu verharren, die Umwandlung der überkommenen Industrie- in eine moderne Wissensgesellschaft zu for-

ciieren. So machte er Sachsen zum führenden Standort der Halbleiterindustrie in Europa und zog massenhaft Startups der nachgelagerten Wertschöpfungsketten aus aller Welt ins Land. Dieser Transformationsprozess ist auch Gegenstand meines 1996 erschienenen Buches „Die Informationsgesellschaft im Aufbruch“, zu dem Kurt Biedenkopf ein ausführliches Vorwort schrieb.

Auch nach dem Ausscheiden aus seinem Regierungsamt blieb Kurt Biedenkopf seinem Lebensthema, der deutschen Einheit, treu. In der 1993 von Altkanzler Helmut Schmidt und Freunden gegründeten, der Förderung des Zusammenwachsens der Menschen in Ost und West gewidmeten Deutschen Nationalstiftung stand er dem Senat vor.

● **Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis** hat Kurt Biedenkopf in diversen Funktionen nahegestanden: als Kuratoriumsmitglied in seinem Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft IWG, als Energiebeauftragter der Sächsischen Staatsregierung, als Direktor der Stiftung Frauenkirche Dresden und als Fundraisingbeauftragter der Deutschen Nationalstiftung.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimitarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Folgen einer gescheiterten Integrationspolitik: Immer wieder werden junge Frauen aus Migrantenfamilien von Angehörigen ermordet, weil sie wie die einheimischen Deutschen leben wollen

Foto: SZ photo

KOLUMNE

Irrwege der Zuwanderung

FLORIAN STUMFALL

In Berlin sollen vor wenigen Tagen zwei afghanische Brüder ihre Schwester ermordet haben, weil sie sich an deren westlichen Lebensstil störten, jedenfalls lässt die Sachlage keinen anderen Schluss zu. Dieses abscheuliche Verbrechen wirft einige Fragen auf. So etwa: Gemeinhin wird eine landesübliche Lebensführung als ein Beleg für die gelungene Integration genommen. Wie aber verhält es sich damit, wenn diese Integration zumindest fallweise mit Lebensgefahr einhergeht?

Wieso will die Berliner Integrations-Senatorin Breitenbach von der Linkspartei nicht von Ehrenmord sprechen, sondern von „Femizid“, also Frauenmord? Was wird dadurch besser? Und warum in aller Welt sollen zwei Brüder ihre Schwester hinhängen, weil sie eine Frau ist? Will man hier ein kulturelles Milieu schonen? Wer solchen Unsinn redet, zeigt, dass er keine Argumente hat.

Genau 20 Jahre stand und kämpfte die Bundeswehr in Afghanistan, um dort „westliche Werte“ einzurichten. Wieso werden diese westlichen Werte hier in Deutschland nicht besser verteidigt? Wenn man uns aber predigt, die Zuwanderung sei eine kulturelle Bereicherung, so werden Multikulti-Politiker, Schwarmgeister, Kirchenleute, werden alle Linke in diesem Land samt Gutmenschen und Konstrukteuren ethnischer und kultureller Phantasie-Gebäude eines Tages nicht umhinkönnen, eine entscheidende Frage zu beantworten: Worin besteht diese Bereicherung, über die sich die Deutschen freuen sollen?

Ehrenmorde, die Amputation der rechten Hand bei Diebstahl oder die Prügelstrafe für Frauen können es ja nicht sein. Doch wer meint, mit Wasserpeifen und Burkas im Schwimmbad komme er weiter, wird auch bald seinen Irrtum kennen müssen.

Die nächste Flüchtlingswelle naht

Der aktuelle Fall aus Berlin erhält zusätzliche Dringlichkeit durch die Entwicklung innerhalb Afghanistans. Der Sieg der Taliban, welcher den Abzug der NATO-Truppen mit sich bringt, wird zu einer neuen Welle von Flüchtlingen führen, die im schlimmsten Fall mit jener von 2015 vergleichbar sein wird, als Kanzlerin Merkel Deutschlands Grenzen geöffnet und eine wahre Völkerwanderung ausgelöst hat.

Wie sowohl die Bundeszentrale für politische Bildung als auch das Online-Portal Statista ausweisen, sind im Jahre 2015 rund 2,13 Millionen und bis 2020 weitere 6,8 Millionen Immigranten nach Deutschland gekommen, hauptsächlich aus Afrika, den arabischen Ländern und dem Mittleren Osten. Ein Großteil kam illegal, ohne Papiere und ohne, dass die Leute kontrolliert worden wären. Von denen, die auf dem Landweg oder übers Mittelmeer gekommen sind, und das sind die allermeisten, steht in Deutschland keinem das Asylrecht zu, denn sie haben alle zuvor eines oder mehrere sichere Drittländer der EU durchquert.

Wieso werden die westlichen Werte hier in Deutschland nicht besser verteidigt?

Dies hat neben anderen Problemen unmittelbare Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Das Bundesfinanzministerium gibt an, der Bund habe von 2016 bis 2019 mehr als 87 Milliarden Euro für Aufnahme, Registrierung und Unterbringung von Asylbewerbern ausgegeben, eingeschlossen Aufwendungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen, die man allerdings angesichts des anhaltenden Zustroms als verloren wird abschreiben müssen. Am 20. August 2020 schreibt dazu die „Augsburger Allgemeine“: „Diese insgesamt 87 Milliarden Euro allerdings bilden nur einen Teil der tatsächlichen Kosten ab, weil auch die Länder und die Kommunen noch Leistungen für Flüchtlinge finanzieren.“

Dass es indes so gut wie unmöglich ist, die wahren Kosten des unkontrollierten Zustroms zu erheben, zeigt folgende Rechnung: Von 2016 bis 2020 sind 6,8 Millionen Immigranten zugezogen, nach Ausweis des Bundesinnenministeriums aber haben nur knapp eineinhalb Million von ihnen Asylantrag gestellt. Diese werden in den Kostenrechnungen aufgeführt.

Doch niemand stellt die Frage, wo die anderen über fünf Millionen Menschen bleiben, welchen Status sie haben, wer sie finanziert, welche Haushalte solche Aufwendungen ausweisen, wo und wovon sie

leben, ob sie in den Parallel-Gesellschaften verschwunden sind und was sie dort treiben. All das scheint die deutschen Behörden nicht zu beschäftigen.

Vielmehr erschöpft sich seit jeher die Berliner Regierung – so angeleitet und angeführt von der Kanzlerin persönlich – in fragwürdigen Aussagen, dass die Zuwanderung das probate Mittel sei, den Fachkräftemangel in Deutschland zu beheben. Doch das sind Sonntagsreden, in den Wind gesprochen, denn die Wirklichkeit sieht völlig anders aus.

Die Fachkräfte blieben aus

Das sogenannte Fachkräfte-Barometer der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau stellt fest: „Im 1. Quartal 2021 wurde die Geschäftstätigkeit von 20,6 Prozent der Unternehmen in Deutschland von Fachkräftemangel behindert. Trotz des Lockdowns waren das 5,6 Prozent mehr als noch im 3. Quartal 2020.“ Bei den besonders wichtigen Sparten wie Architektur und Ingenieurwesen sowie Informationstechnik waren 30 bis 50 Prozent der Unternehmen betroffen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kommt zum ähnlichen Ergebnis. Der Mangel an geschultem Personal „betrifft vor allem die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik und den Gesundheitsbereich“.

Wenn sechs Jahre nach einer beispiellosen Zuwanderung der Mangel an Arbeitskräften nicht nur nicht gemildert worden ist, sondern sich noch verschärft hat, dann zeigen sich alle einschlägigen Ankündigungen und Versprechen, allen voran diejenigen der Kanzlerin, endgültig als das, was sie immer waren: ein leeres, opportunistisches Gerede, frei von Sinn, Inhalt und Wahrhaftigkeit. Dennoch entblödet sich beispielsweise die Kreditanstalt für Wiederaufbau nicht, zum Zwecke der Behebung des Fachkräftemangels weitere Zuwanderung zu veranlassen.

Natürlich könnte man das machen, unter einer Voraussetzung: dass es so geschieht wie in den klassischen Einwanderungsländern von Kanada bis Neuseeland. Wer dort keine Sprachkenntnisse, kein Vermögen oder keinen benötigten Beruf nachweisen kann, der setzt keinen Fuß ins gelobte Land.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Diener dreier Herren

Die Kunstsammlung der Veste Coburg stellt Lucas Cranach d. Ä. als kursächsischen Hofmaler vor

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der anno 1472 in Kronach geborene Lucas Cranach der Ältere musste 33 Jahre auf die große Chance seines Lebens warten. Der Künstler nutzte sie, indem er 1505 die Berufung zum kursächsischen Hofmaler annahm. Cranach blieb bis zu seinem Tod 1553 im Amt.

In diesen 48 Jahren diente er zunächst Kurfürst Friedrich dem Weisen sowie dessen Bruder und Nachfolger Johann dem Beständigen, auf den dessen Sohn Johann Friedrich der Großmütige folgte. Attraktive Beispiele der künstlerischen Produktion, die er und seine Werkstattmitarbeiter im Dienste des Hofes hervorbrachten, breitet die Ausstellung „Lucas Cranach – Kunst im Dienste des Hofes“ der Kunstsammlungen der Veste Coburg aus. In der nach Themenkreisen geordneten Schau überwiegen Holzschnitte. Zu ihnen treten Gemälde und einige historische Objekte, zum Beispiel die den Lanzen bei Ritterturnieren aufgesetzten Spitzen.

Cranach kannte die Veste Coburg gut. Im Gefolge Friedrichs des Weisen hielt er sich dort von August 1506 bis zum nächsten Februar auf. Im Hintergrund seines Holzschnittes „Das Martyrium des heiligen Erasmus“ (1506) tritt die Veste in Erscheinung. Sie war Ausgangspunkt prunkvoll inszenierter Jagden. Die galten damals als unverzichtbares Mittel fürstlicher Repräsentation und waren daher eine Bildaufgabe für Cranach, wie der mit überbordendem Detailreichtum aufwartende Holzschnitt „Sächsisch-kurfürstliche Hirschjagd“ (um 1506) zeigt.

Höhepunkte der adeligen Festkultur waren Ritterturniere. Ihnen hat der Hofkünstler vier mit turbulenten Massenszenen angefüllte Holzschnitte gewidmet. Zum Zeichen, dass Cranach die Blätter im kurfürstlichen Auftrag schuf, weisen sie die beiden sächsischen Wappen auf: gekreuzte Schwerter und den Rautenkranz.

Wir finden die kursächsischen Wappen auf erotischen Darstellungen wie auf dem auf 1506 datierten, aber vermutlich erst 1509 geschaffenen Blatt „Venus und Amor“. Es soll zur Mäßigung aufrufen,



Großzügiger Förderer der Künste: Friedrich der Weise von Sachsen um 1513 in einem Porträt von Lucas Cranach d. Ä. Foto: Kunstsammlungen der Veste Coburg

denn Venus bedeutet Amor, den Bogen mit dem Liebespfeil zu senken. Neben Dürer war Cranach der erste Künstler nördlich der Alpen, der sich an die Darstellung des weiblichen Aktes heranwagte. Besonders reizvoll ist das aus Cranachs Werkstatt hervorgegangene kleine Rundbild „Ruhende Quellnymphe“ (um 1525). Die nackt vor einer von Steinblöcken eingefassten Quelle liegende Nymphe scheint uns ebenso wie der im Vordergrund dargestellte Biber und der rechts ruhende Hirsch zu beobachten.

Der Hirsch war zu Cranachs Zeiten ein beliebtes Symbol für die Sehnsucht der menschlichen Seele nach Gott. Der Biber galt als Sinnbild der Keuschheit und der Absage an das Laster. Die erotische Note der Darstellung wird also übertönt von der Mahnung, sinnlichen Versuchungen zu widerstehen.

Die verscherbelten Reliquien

Die wichtigsten Aufgabenbereiche des Hofkünstlers waren religiöse Darstellungen sowie Fürstenporträts. Aufs Schönste

hat er sie in den beiden Gemälden von 1513 erfüllt, die Friedrich den Weisen und Johann den Beständigen als edel gekleidete Halbfiguren beim Gebet zeigen. Die beiden Prachtwerke dienten vermutlich als Flügel eines von den Brüdern gestifteten Altaraufsatzes. Eine seitenverkehrte Version dieses Porträts von Friedrich dem Weisen entdecken wir auf dem farbig ausgemalten Holzschnitt wieder, der ihn im Gebet vor der Madonna und dem Jesuskind (um 1515) darstellt.

Der von tiefer Frömmigkeit erfüllte Herrscher legte einen der größten Reliquienschatze der westlichen Christenheit an. Dessen Reliquiare dokumentierten Cranach und seine Werkstatt auf den Holzschnitten des erstmals 1509 erschienenen „Wittenberger Heiltumsbuches“.

Bald nach Friedrichs Tod 1525 machte sich sein nunmehr als Kurfürst regierender Bruder Johann daran, die in der Wittenberger Schlosskirche Allerheiligen aufbewahrte Sammlung aufzulösen. Die Reliquiare ließ er zur Tilgung seiner Schulden einschmelzen. Was mit den Reliquien geschah, ist unbekannt. Mit einer Ausnahme: Der Kurfürst machte Luther den der Überlieferung zufolge aus dem Besitz der heiligen Elisabeth von Thüringen stammenden „Hedwigsbecher“ zum Geschenk. Er wird heute im zweiten der beiden auf der Veste Coburg eingerichteten Lutherzimmer aufbewahrt. Sie erinnern daran, dass sich der für vogelfrei erklärte Reformator 1530 auf der Veste aufhielt, um so aus sicherer Entfernung vom südlichsten Zipfel des kursächsischen Herrschaftsgebietes aus die Ereignisse des Augsburger Reichstags zu verfolgen. Auf dem übergeben die Protestanten Kaiser Karl V. ihre von Philipp Melanchthon verfasste Bekenntnisschrift „Confessio Augustana“.

In der Sonderschau sind Luther und seine Gattin Katharina von Bora mit Porträtmalereien (1528) vertreten, die wegen ihrer exzellenten Ausführung als eigenhändige Werke Cranachs gelten.

● Bis 12. September in den Kunstsammlungen der Veste Coburg. Täglich geöffnet von 9.30 bis 17 Uhr, Eintritt 9 Euro. Internet: www.kunstsammlungen-coburg.de

KINOKRITIK

Altersloser Martin Eden

Liebhaber von Büchern des US-Autors Jack London („Der Seewolf“) mussten viel Geduld aufbringen. Ursprünglich für den 3. Dezember 2020 vorgesehen, startet die Romanverfilmung „Martin Eden“ jetzt erst am 26. August in den Kinos. Grund: die ewigen Lockdowns.

Doch gute Filme sind wie guter Wein: Sie altern nicht. Das trifft besonders auf diese neapolitanische Version von Londons autobiographisch gefärbtem Werk zu, in dem sich ein aus proletarischen Verhältnissen stammender Seemann unter dem Einfluss einer jungen Schönheit aus gutem Haus das Schreiben beibringt und zum gefeierten Schriftsteller aufsteigt.

Regisseur Pietro Marcello ist das Kunststück gelungen, den Film zeitlos erscheinen zu lassen. Die Einordnung in eine bestimmte historische Epoche schlägt fehl. Obgleich sich die Handlung auf nur wenige Jahre beschränkt, versetzen einen die Kostüme und Requisiten nach jeder Szene in eine andere Ära des 20. Jahrhunderts.

Dieser Gang durch ein wildes Jahrhundert wird ergänzt durch privates historisches Filmmaterial, das Leben und Alltag in Neapel dokumentiert. Auf diese Weise ist ein Kunstwerk entstanden, in dem der schon 2019 beim Filmfest von Venedig als bester Hauptdarsteller ausgezeichnete Luca Marinelli als Martin Eden von famosem Lokalkolorit begleitet wird. H. Tews



Beschirmte Liebende: Luca Marinelli (als Martin Eden) und Jessica Cressy

● MELDUNGEN

Drei Fliegen auf einmal

Berlin – Nach sechsjähriger Sanierung feiert die Neue Nationalgalerie ihre Wiedereröffnung an der Potsdamer Straße 50 vom 22. August an mit drei Ausstellungen. Mit „Die Kunst der Gesellschaft 1900–1945“ präsentiert das Museum bis zum Sommer 2023 erstmals wieder die Hauptwerke der klassischen Moderne mit 250 Gemälden und Skulpturen unter anderem von Otto Dix, Hannah Höch, Ernst Ludwig Kirchner, Lotte Laserstein und Renée Sintenis. Bis zum 13. Februar 2022 ist eine Sonderausstellung Alexander Calder (1898–1976) gewidmet, dessen Außenskulptur „Têtes et Queue“ auf die Terrasse des Museums zurückkehrt. Ebenfalls bis 13. Februar präsentiert die in Berlin lebende Künstlerin Rosa Barba verschiedene Arbeiten unter dem Titel „In a Perpetual Now“. Infos: www.smb.museum tws

THEATER

Friedrichs des Großen kleine Bühne

Klassiktage und „Poetenpack“ im wiedereröffneten Schlosstheater des Neuen Palais von Sanssouci

Das historische Schlosstheater im Neuen Palais von Sanssouci hebt nach sieben Jahren Restaurierung und anschließender Corona-bedingter Schließung in diesem Sommer wieder seinen Vorhang. Zum Auftakt werden noch bis zum 28. August die „Klassiktage Berlin-Brandenburg“ zu Gast sein. Im September folgt mit dem Theaterstück „Faust – von Johann Wolfgang von Goethe“ vom Theater Poetenpack Potsdam ein Bühnenklassiker.

Das barocke Theater wurde im Auftrag Friedrichs des Großen im Neuen Palais, Sommerresidenz und Gästeschloss des Königs, neben prächtigen Festsälen und aufwendig dekorierten Wohnräumen in den Jahren 1763 bis 1769 erbaut. In den vergangenen 250 Jahren wurde es mehrfach umgebaut, saniert und modernisiert. Der Charakter des Schlosstheaters und die künstlerisch gestaltete Originalsubstanz wurden dabei nicht verändert. Neu

sind nun der Bühnenboden, eine moderne Lichtstallanlage, bühnentechnische Anlagen und aktuelle Brandschutzmaßnahmen. Im außergewöhnlichen Ambiente des Schauspielortes können nun wieder Veranstaltungen stattfinden, Theater gespielt werden oder Konzerte erklingen.

Die Klassiktage Berlin-Brandenburg, veranstaltet vom Verein „Musik in Brandenburgischen Schlössern e.V.“, gehen inzwischen ins 21. Jahr ihres Bestehens. Zum ersten Mal gehört auch das Schlosstheater als außergewöhnlicher Veranstaltungsort zum Programm mit klassischer Musik. So werden an diesem Wochenende Werke von Mozart und Chopin dargeboten. Am 21. August sind um 16 Uhr zwei Klavierkonzerte von Mozart im zeitgenössischen Arrangement von Johann Nepomuk Hummel mit dem Mozartensemble Berlin und Maria-Magdalena Pitu-Jokisch am Klavier zu erleben. Um 19.30 Uhr folgt

Chopins Klavierkonzert Nr. 2 mit dem Mozartensemble Berlin und Naoko Fukumoto am Klavier. Dieselben Künstler füh-



Das Schlosstheater im Neuen Palais

ren am 22. August um 18.00 Uhr auch Chopins erstes Klavierkonzert auf.

Am darauffolgenden Wochenende erklingen im Schlosstheater „Mozartklänge“ (28. August, 16 Uhr) sowie „Mozarts letzte Sinfonien“ in der zeitgenössischen Bearbeitung von Jean Baptiste Cimarosa mit dem Mozartensemble Berlin (28. August, 19.30 Uhr). Nach den Klassiktagen folgen vom 16. September bis 3. Oktober insgesamt 14 Aufführungen der „Faust“-Bearbeitung des Potsdamer Theaters Poetenpack. H. Tews

● Wegen der Pandemie kann es zu kurzfristigen Programmänderungen kommen. Das aktuelle Veranstaltungsprogramm im Internet: www.spsg.de/aktuelles/kalender-schlusstheater. Eintrittskarten: www.eventim.de und an der Abendkasse; „Klassiktage“: www.berliner-schlussskonzerte.de; „Faust“: www.theater-poetenpack.de

KRUSENSTERN

Weltumsegler
im Dienste
des Zaren

Es war ein deutsch-baltischer Admiral, der im Dienst der russischen Flotte die erste Weltumseglung durchführte. Johann von Krusenstern wurde am 8./19. November 1770 als achtetes Kind eines estnischen Landedelmanns geboren und trat 1785 ins Seekadettenkorps in Kronstadt ein. Eigentlich hätte die Ausbildung dort sechs Jahre gedauert, aber wegen der Kriege Russlands mit der Türkei (1787–1792) und Schweden (1788–1790) war der Bedarf an Offizieren groß, und so wurden im Mai 1787 insgesamt 142 Kadetten zu Unterleutnanten befördert, darunter auch Krusenstern.

Wegen „Tapferkeit vor dem Feinde“ nach einem Gefecht mit den Schweden wurde Krusenstern zum Leutnant befördert. Von 1793 bis 1799 wurde er gemeinsam mit elf weiteren Offizieren zur weiteren Ausbildung nach England geschickt – ein damals üblicher Vorgang –, um im Dienst der britischen Flotte Erkundungsfahrten nach Nordamerika, Afrika und Asien zu unternehmen. Dabei lernte er die Handelsbeziehungen der Briten kennen. Der Grundstein zur Entwicklung der russischen Handelsmarine war damit gelegt. Doch es sollte noch ein paar Jahre dauern, die der ehrgeizige Offizier dazu nutzte, Pläne für seine lange erträumte Forschungsreise zu entwerfen. Er hatte vor, einen Seeweg zu den ostasiatischen Besitzungen Russlands und nach Alaska zu finden.

Nachdem Alexander I. 1801 den Thron bestiegen hatte, stachen die Schiffe „Nadjeschda“ und „Njewa“ im August 1803 in See, um die zu Russland gehörenden Gebiete an der Nordwestküste Amerikas zu untersuchen und Handelsverbindungen mit Japan aufzunehmen. Diese Expedition erwies sich als Glücksfall für die Großmacht Russland, brachte sie doch wichtige geographische und naturwissenschaftliche Erkenntnisse. Krusenstern selbst hielt Beobachtungen über Gezeiten, Strömungen und Wetterverhältnisse fest und erarbeitete einen Atlas der Südsee. Nach seiner Rückkehr nach Kronstadt 1806 wurde er zum Admiral, zum Leiter des Seekadettenkorps, dessen Direktor er später wurde, und zum Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg ernannt. Der Admiral, dessen humane Einstellung, seine Zielstrebigkeit und sein Reformwille gelobt wird, erhielt neben zahlreichen Auszeichnungen auch den preußischen Orden Pour le Mérite.

Noch heute genießt Krusenstern in Russland ein hohes Ansehen. Davon zeugt nicht zuletzt das Interesse an dem nach ihm benannten Segelschiff, dessen Heimathafen Königsberg ist. Vor 175 Jahren, am 12./24. August 1846, starb Adam Johann Baron von Krusenstern auf Schloss Ass in Estland. Er wurde in der Domkirche zu Reval beigesetzt. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Bis heute als Held verehrt: Admiral Johann von Krusenstern

„ERZBERGER-JAHR 2021“

Verspottet, gehasst
und am Ende doch gefeiert

Vor 100 Jahren wurde der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger ermordet, weil er 1918 den Waffenstillstand unterzeichnete – Wie verhalten sich Staat und Gesellschaft am Jahrestag?



Intensive Gedenkkultur, aber kaum im Sinne eines kritisch-reflektierten Geschichtsverständnisses: Matthias-Erzberger-Gedenkstätte in Gomadingen-Buttenhausen *Foto: pa*

VON ERIK LOMMATZSCH

In einem 2002 veröffentlichten biographischen Porträt konstatierte der Historiker Peter Grupp noch, obwohl Matthias Erzberger „ohne jeden Zweifel zu den wichtigsten Gründervätern der Weimarer Republik und zu den Ahnherrn des deutschen Staates“ zähle, „steht er seltsam im Schatten, erfährt recht wenig öffentliche Ehrungen durch Gedenkstätten, Festschriften, Fernsehsendungen oder Ausstellungen“. In diesem Monat jährt sich das Attentat, welches auf Erzberger am 26. August 1921 von seinen politischen Gegnern verübt wurde, zum 100. Mal. Davon, dass das erinnernde Gedenken an den prägenden, aber auch sehr umstrittenen Politiker vernachlässigt werde, kann seit einiger Zeit nicht mehr die Rede sein.

Der im September 1875 auf der Schwäbischen Alb geborene Erzberger arbeitete zunächst als Volksschullehrer, war aber bald Redakteur, engagierte sich in der Zentrumsparterie und in katholischen Verbänden. 1903 wurde er als jüngster Abgeordneter im Alter von 27 Jahren in den Reichstag gewählt. Er hatte sich beachtliche finanz-, wirtschafts- und militärpolitische Sachkenntnisse angeeignet, war ehrgeizig und gilt als einer der ersten Berufspolitiker.

Tucholskys Spott

Kontrastiert wurde seine Begabung durch immer wieder zur Schau gestellte Besserwisserie, die ihm auch Feindschaft in den eigenen Reihen eintrug. Er schätzte Gegner gering, galt als oberflächlich, vulgär und aufdringlich, wie selbst ihm wohlgesonnene, moderne Forschungsarbeiten anmerken. Erzberger prangerte Missstände in der Kolonialverwaltung an, was 1907 zu vorzeitigen Neuwahlen führte, wobei

er die Kolonialpolitik an sich guthieß. Er entwarf nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges „ein Kriegszielprogramm, das den Phantasien der rabiatesten Alldeutschen in nichts nachstand“, so Grupp.

Später erfolgte ein Sinneswandel, die Friedensresolution des deutschen Reichstages vom Juli 1917 ging wesentlich auf ihn zurück. Für die Parlamentarisierung machte er sich stark, am 11. November 1918 unterzeichnete er für das Reich den Waffenstillstand und setzte sich für die Annahme des Versailler Friedens ein, den er für alternativlos hielt. 1920 wurde er Minister und führte die mit seinem Namen verbundene große Finanzreform durch.

Sein Zeitgenosse Harry Graf Kessler zeigte sich in einem Tagebucheintrag beeindruckt von Erzbergers Fähigkeit, als Redner die Stimmung zu seinen Gunsten zu wenden, kam aber nicht umhin, ihn als „fetten, schwitzenden, unsympathischen, kleinbürgerlichen Kerl“ zu beschreiben. Kurt Tucholsky verfasste 1919 ein Gedicht mit dem Titel „Erzberger“, in dem es heißt: „Was bist du alles schon gewesen! / Ein wilder Weltannexionist / (man kann es leider heut noch lesen) / dann, als es schief ging, Pazifist.“

Erzbergers politische Linie hatte starken Widerspruch und Anfeindungen zur Folge. In einem Beleidigungsprozess setzte er sich zur Wehr, etwa gegen die Beschuldigung, private finanzielle Interessen nicht von seiner politischen Arbeit getrennt zu haben. Das Gericht entschied letztlich zu seinen Gunsten.

Erzberger fühlte sich aber durch die Art der Verhandlung vorgeführt. Der beklagte DNVP-Politiker Karl Helfferich hatte zudem nur eine geringe Geldstrafe zu zahlen. Erzberger, dem die Zentrumsparterie kaum Rückhalt gab, trat im März 1920 als Minister zurück. Er betrieb seine

Rehabilitation, im Sommer des Folgejahres. Kurz vor seiner geplanten Rückkehr in die aktive Politik wurde er von zwei Mitgliedern der Organisation Consul erschossen. Historikern gilt er heute als das „meistgehasste Opfer nationalistischer Mordhetze gegen vermeintliche ‚Novemberverbrecher‘ und ‚Volksverräter‘“.

Anlässlich seines 50. Todestages erklärte der Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg Anfang der 1970er Jahre, dass es sich bei Erzberger um „eine der wenigen Märtyrergestalten in der deutschen Geschichte vor der Hitlerdiktatur“ handle. Anlässlich des 80. Todestages sprach unter anderem Wolfgang Schäuble. Der heutige Bundestagspräsident ist bis heute regelmäßiger Gast bei Erzberger-Gedenkveranstaltungen.

Berlin bekennt sich zum Patrioten

2004 eröffnete in Erzbergers Geburtshaus im baden-württembergischen Buttenhausen eine Erinnerungsstätte. Einer von zwei Teilen der 2007 produzierten Fernsehdokumentation „Verschwörung gegen die Republik“ ist dem Zentrumsolitiker gewidmet. Mit seinem 90. Todestag wurden die Dimensionen der Erinnerung deutlich erweitert. Damals erklärte das Stuttgarter Haus der Geschichte Baden-Württemberg 2011 zum „Erzberger-Jahr“. Es fanden zahlreiche Veranstaltungen statt mit Titeln wie „Ein Demokrat im Zeitalter des Hasses“.

Im selben Jahr wurde der Festsaal im Bundesfinanzministerium nach ihm benannt. Ein vom Bundestag genutztes Gebäude in der deutschen Hauptstadt heißt seit 2017 „Matthias-Erzberger-Haus“. Der Journalist Robert Leicht schrieb in der „Zeit“, dank dem – damaligen – Bundestagspräsidenten Norbert Lammert bekennete sich Berlin nun „öffentlich zu dem Patrioten“.

In der Verlagswerbung zu einer soeben erschienen Biographie ist zu lesen, Erzberger „beendete mit seiner Unterschrift unter den Waffenstillstandsvertrag den Ersten Weltkrieg“ (Benjamin Dürr, „Erzberger – Der gehasste Versöhner. Biografie eines Weimarer Politikers“, Ch. Links Verlag, 25 Euro). Man ist versucht zu fragen: Ganz allein?

Parallelen zum Mord in Kassel

Das gerade stattfindende, abermals vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg ausgerichtete „Erzberger-Jahr 2021“ lenkt den Blick mit einem umfangreichen Programm nicht nur indirekt stark auf die Gegenwart. Das Ganze steht unter dem Titel „Kampf und Tod für die Demokratie“. Angeboten wird beispielsweise die Podiumsdiskussion „Bedrohungen, Hetze, Mord. Die Ermordung Erzbergers im Kontext heutiger Angriffe auf Politiker/innen“. Hier wird in der Ankündigung ausdrücklich Bezug auf den 2019 erschienenen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke genommen. Vorträge, die Erzberger in den Mittelpunkt stellen, sind überschrieben mit „Hass, Hetze, Mord“, „Rechter Terror gegen die Demokratie“, oder „Mörder, Unterstützer, Sympathisanten“.

An Erzbergers Todestag im August findet, neben einer Gedenkveranstaltung, ein ökumenischer Gedenkgottesdienst für ihn statt. Anfang Dezember sucht ein Konzert „den musikalischen Zugang zu Person und Zeit“. Dass der Name Matthias Erzberger in Vergessenheit geraten könnte, steht gegenwärtig nicht zu befürchten. Schon eher, dass bezüglich seiner Person der Anspruch eines kritisch-reflektierten Geschichtsverständnisses einer offensichtlichen Stilisierung bis hin zur Verklärung oder gar einer Instrumentalisierungsabsicht immer weiter weicht.



Moskau, am 20. August 1991: Zigtausende Unterstützer der demokratischen Reformen stellen sich den Hunderten Panzern in den Weg. Tausende Soldaten waren in die russische Hauptstadt geschickt worden, um das „Weiße Haus“ einzunehmen, doch die überwiegende Mehrheit verweigerte den Befehl
Foto: imago/ITAR-TASS

AUGUSTPUTSCH

Ein Umsturzversuch, der nur drei Tage dauerte

Das Aufbegehren konservativer Bürokraten gegen Michail Gorbatschows „Glasnost“ und „Perestrojka“ vor 30 Jahren sollte die Sowjetunion vor ihrem Zerfall retten – stattdessen beschleunigte es ihn

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Hunderte Panzer rollten auf das Regierungsgebäude in Moskau zu, begleitet von 4000 Soldaten. Die Welt hielt den Atem an, als am 19. August 1991 die Nachricht von dem Putsch einer Gruppe hochrangiger Funktionäre der Kommunistischen Partei, die sich selbst Staatskomitee für den Ausnahmezustand nannte, gegen die Reformen des ersten Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, die Öffentlichkeit erreichte. Der Umsturzversuch kam für viele Beobachter völlig überraschend, obwohl er sich laut Beobachtern zuvor schon angekündigt hatte.

Gorbatschow hatte früh erkannt, dass der lähmende Stillstand der Breschnew-Ära zum Niedergang der Sowjetunion führen würde. Er setzte auf demokratische Reformen, die der UdSSR zum Aufschwung verhelfen sollten. Mit seiner Politik der Perestrojka (Umbau) öffnete er die Wirtschaft für Privatinitiativen, und mit Glasnost (Transparenz) gegenüber den Bürgern sollte der Staat modernisiert werden.

Die Ausgangslage war miserabel. Die Preise für Rohstoffe waren hoch, Wirtschaft und Verwaltung ineffektiv, die Sowjetbürger konnten für ihr Geld nichts kaufen. Schlangestehen vor den Läden war an der Tagesordnung. Die Waren des täglichen Bedarfs waren „defizitär.“

Nach den Jahren des Stillstands bis in die 1980er Jahre wurde 1985 die Perestrojka zunächst recht positiv aufgenommen, doch die Veränderungen blieben weitgehend ergebnislos. 1991 befand sich das Land in einer äußerst schwierigen Lage. Es war eine politische, wirtschaftliche, kultu-

relle und versorgungstechnische Krise entbrannt.

Während Gorbatschow im Westen als der Politiker gefeiert wurde, der die deutsche Einheit möglich gemacht hatte, kämpfte er zu Hause gegen konservative Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei. Zudem war dem Umbau des Systems kein Erfolg beschieden. Laut Zeitungen gab es viele Signale, die auf einen bevorstehenden Umsturz hindeuteten, auf die Gorbatschow jedoch nicht hören wollte. Schon Ende 1990 sollen zahlreiche Abgeordnete des sowjetischen Parlaments seinen Kopf gefordert haben, weil seine Politik den Weiterbestand der UdSSR bedrohe. In dieser Situation besetzte er ausgerechnet Schlüsselpositionen mit Gegnern der Perestrojka.

Unmittelbar vor dem Putsch hatte Gorbatschow unter dem Druck der in die Unabhängigkeit strebenden Länder der UdSSR die Bildung einer Union souveräner Staaten geplant, die den Republiken faktisch politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zusicherte. Das missfiel dem konservativen Teil der Regierung, der die Macht und seine Posten erhalten wollte. Die Republiken hatten dem neuen Unionsvertrag bereits zugestimmt, der sie zu unabhängigen Republiken in einer Föderation mit einem gemeinsamen Präsidenten, einer gemeinsamen Außenpolitik und gemeinsamen Streitkräften machen würde. Alle Teilnehmer sollten das Prinzip der Demokratie anerkennen sowie die Menschenrechtscharta der UN achten. Der Vertrag sollte am 20. August 1991 unterzeichnet werden.

Am 18. August wurde Gorbatschow in seinem Urlaubsort Foros auf der Krim festgesetzt, sämtliche Drähte zur Außenwelt

wurden gekappt. Am 19. August, dem Tag des Putschs, lief im Fernsehen auf allen Sendern das Ballett „Schwanensee“. Vize-Präsident Gennadij Janajew, einer der Drahtzieher der Verschwörung, erhob sich zum Interimsleiter und erklärte, Gorbatschow sei erkrankt und könne seinen Aufgaben nicht mehr nachkommen.

„Wir wussten, dass unsere Soldaten nicht auf die eigenen Leute schießen würden“

Marina Timofejewa
Demonstrantin 1991

Doch Janajews Rede brachte die Bürger auf. Zu Tausenden zogen sie auf die Straße, um ihre neu gewonnene Freiheit zu verteidigen. Etwa hunderttausend Bürger stellten sich am 20. August mutig den Panzern entgegen. „Werdet ihr auf uns schießen?“, fragten sie die Soldaten, „Moskau ist nicht Baku, Tiflis oder Wilna.“ Auf die Frage, warum sie sich mit ihren Freunden den Panzern in den Weg gestellt hatte, antwortete die damals 33-jährige Marina Timofejewa, Tochter eines pensionierten Offiziers, rückblickend: „Wir wussten, dass unsere Soldaten nicht auf die eigenen Leute schießen würden.“

Boris Jelzin, damals Präsident der russischen Teilrepublik, stellte sich gegen die

Putschisten. Das Weiße Haus, in dem er und seine Unterstützer sich befanden, war von Putsch-Gegnern belagert, die Barrikaden zum Schutz vor den Panzern aufbauten. Tatsächlich verweigerten Generäle, Soldaten und selbst Kämpfer der Elitetruppe Alfa den Befehl, auf einfache Bürger zu schießen. Dennoch waren drei Todesopfer zu beklagen, die beim Versuch, einen Panzer zu erklimmen, überfahren worden waren.

Am 21. August fiel der Putsch in sich zusammen. Als Gorbatschow einen Tag später nach Moskau zurückkehrte, war der Umsturz zwar abgewendet, seine Macht hatte er zu diesem Zeitpunkt aber bereits verloren. Jelzin führte den geschwächten Gorbatschow regelrecht vor: Er unterbrach dessen Rede vor der Versammlung des Obersten Sowjet am 23. August und unterzeichnete ein Dekret, mit dem die Kommunistische Partei aufgelöst wurde. Gorbatschow verlor seine Legitimation und am 25. Dezember 1991 trat er zurück. Am folgenden Tag wurde die Sowjetunion aufgelöst.

Über Gorbatschows Rolle beim Zerfall der Sowjetunion wird in Russland bis heute gestritten. Die einen lieben ihn, weil er demokratische Strukturen in Russland ermöglichte, die anderen sehen in ihm einen Verräter, der die Sowjetunion vernichtet hat.

Gorbatschow hatte nie die Absicht, die UdSSR abzuschaffen, sondern er wollte sie zu einem demokratischen Staat umbauen. Seine Vision von einem „Gemeinsamen Haus Europa“ machte ihn zur Symbolfigur des demokratischen Wandels in Ost- und Mitteleuropa. Nicht Gorbatschow, sondern der Putsch gegen ihn beschleunigten das Ende der Sowjetunion.

SANSIBAR

Der kürzeste Krieg

Am 1. Juli 1890 schlossen Berlin und London den sogenannten Helgoland-Sansibar-Vertrag. Das Empire überließ dem Reich die seit 1807 zum britischen Kolonialreich gehörende Nordseeinsel, und dafür verpflichtete sich Deutschland, „die Schutzherrschaft Großbritanniens anzuerkennen über die verbleibenden Besitzungen des Sultans von Sansibar mit Einschluss der Inseln Sansibar und Pemba sowie über die Besitzungen des Sultans von Witu und das benachbarte Gebiet bis Kismayu, von wo die deutsche Schutzherrschaft zurückgezogen wird“.

Sansibars damaliger Sultan Ali ibn Said fügte sich in sein Schicksal. Als er 1893 starb, machte die britische Protektormacht seinen Neffen Hamad ibn Thuwaini ibn Said zu seinem



Palast in Sansibar nach dem Beschuss

Nachfolger. Keine 40 Jahre alt, starb Hamad am 25. August 1896. Möglicherweise wurde er von seinem Vetter und Schwager Chalid ibn Barghasch vergiftet. Jedenfalls proklamierte sich dieser englandfeindliche und eher deutschfreundliche Vetter und Schwager ohne Zustimmung der Briten zum Nachfolger des Toten.

Die Schutzmacht war nicht bereit, das hinzunehmen. Sie forderte unter Androhung von Gewalt Chalids Abdankung. Aber der ließ sich davon nicht beeindrucken. Der britische Konsul in Sansibar fragte daraufhin in London nach und bekam vom Premier die Antwort: „Sie sind berechtigt, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, und werden in jeder Weise von Ihrer Majestät Regierung unterstützt werden.“

In klassischer Kanonenbootpolitik-Manier kreuzte bereits am 26. August vor 125 Jahren ein aus drei Kreuzern und zwei Kanonenbooten bestehendes britisches Geschwader vor der Hafeneinfahrt von Sansibar. Außer den Schiffen standen dessen Kommandanten, Konteradmiral Sir Harry Rawson, noch 150 Marineinfanteristen und 900 Askaris zur Verfügung.

Am Morgen des darauffolgenden Tages forderte Rawson von Chalid den Rückzug bis 9 Uhr. Andernfalls betrachte sich sein Land mit dem Sultanat im Kriegszustand. Chalid ließ das Ultimatum verstreichen.

Nach dem Ablauf der Frist ließ Rawson das Feuer auf die Gebäude an der Seefront, insbesondere auf Chalids Amtssitz, eröffnen. Innerhalb von 38 Minuten verschossen die Briten rund 500 Granaten, über 4000 Maschinengewehrsalven und 1000 Schuss Munition. Dann gaben die Afrikaner auf. Chalid floh ins deutsche Konsulat. Und die Briten installierten einen ihnen genehmen Nachfolger. Erst 1963 erlangte Sansibar die Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich.

In dem als kürzester Krieg der Geschichte geltenden Kolonialkrieg starben von den 2800 Mann Chalids 300 unter dem britischen Feuer. 200 wurden verletzt. Auf britischer Seite gab es einen Verwundeten.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Einwanderung wird hierzulande häufig als etwas Positives und Wünschenswertes hingestellt: Sie sei ein probates Mittel zur Lösung des Fachkräftemangels sowie zur Beseitigung demographischer Unwuchten infolge der Überalterung der deutschen Bevölkerung. Dabei geraten freilich die massiven Kollateralschäden der Immigration aus dem Blickfeld. So wird unsere Gesellschaft nicht nur unsicherer, sondern auch stärker mit psychischen Störungen beziehungsweise Erkrankungen konfrontiert. Diese bringen die Neuankömmlinge entweder bereits mit oder entwickeln sie nach der Ankunft hier aufgrund von seelisch belastenden Umstellungs- und Anpassungsprozessen.

Wie viele Immigranten in der Bundesrepublik psychisch nicht gesund sind, geht aus diversen Veröffentlichungen von Fachverbänden wie der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) oder der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) hervor. Darin heißt es unter anderem, dass im Rahmen von Stichproben in einer zentralen Aufnahmeeinrichtung in Bayern bei 63,6 Prozent der Bewohner eine oder mehrere psychiatrische Diagnosen gestellt worden seien. Zum Vergleich: Unter Deutschen beträgt die Häufigkeit psychischer Erkrankungen knapp 30 Prozent, wobei Angststörungen, Depressionen und Suchtprobleme an erster Stelle rangieren.

Latinos haben kaum Probleme

Innerhalb der Gruppe der Immigranten leiden je nach Studie zwischen 22 und 85 Prozent der Untersuchten unter Depressionen und zwischen 39 und 63 Prozent an Angstneurosen. Ähnlich häufig sollen Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) auftreten: Laut DGPPN ist die PTBS-Rate unter Einwanderern zehnmal höher als unter Deutschen – die tatsächlichen oder vorgeblichen Flüchtlinge aus Nordafrika rangieren hier übrigens ganz oben.

Auch sonst bietet sich mit Blick auf den kulturellen und ethnischen Hintergrund der Neuankömmlinge ein differenziertes Bild: Einwanderer aus Lateinamerika oder den südlichen und östlichen Teilen Asiens scheinen gegen psychische Störungen relativ immun zu sein. Sie weisen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung sogar geringere Erkrankungs-raten auf. Dahingegen kommt es unter Immigranten aus der Karibik, Ostafrika und Marokko übermäßig häufig zu schweren Psychosen wie Schizophrenien. Während das Risiko von Einwanderern, schizophoren zu werden, durchschnittlich 2,9 Mal höher liegt als bei Deutschen, steigt es in manchen Gruppen von Afrikanern bis auf das 2,5-fache.



Oft verfolgen traumatische Erlebnisse aus der Heimat die Neuankömmlinge: Afrikanischer Asylsucher in Deutschland

Foto: Mauritius

PSYCHIATRIE

Die verborgenen Leiden der Einwanderer

Kulturschock, Einsamkeit, Sprachbarriere und diverse Belastungen aus der Heimat: Warum Asylsucher und Immigranten in Deutschland viel häufiger seelisch krank werden als Einheimische

Unter denen, die aus Russland sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu uns übersiedeln, gibt es wiederum eine auffällige Neigung zu Suchterkrankungen, wobei hier nicht nur der Alkoholmissbrauch ins Auge sticht, sondern auch die Neigung zum exzessiven Spielen oder Konsumieren illegaler Drogen.

Türkinen stärker suizidgefährdet

Angehörige von Mittelmeervölkern hingegen entwickeln bei psychosozialen Stress oft psychosomatische Beschwerden wie Schmerzsyndrome, Verdauungsprobleme, Herzrasen, Migräne und Tinnitus, hinter denen sich nicht bewältigte oder verdrängte seelische Probleme verbergen.

Das gilt auch und gerade für Türkinen, wobei jüngere Frauen türkischer Herkunft noch durch etwas anderes auffallen: Die Suizidrate in ihrer Gruppe liegt um 50 Prozent über dem Durchschnitt aller Gleichaltrigen.

Wie eingangs erwähnt, zeigen viele Immigranten schon bei der Einreise nach Deutschland psychische Störungen. Das liegt an den Verhältnissen in den Herkunftsländern: Diese können aus mancherlei Gründen traumatisierend sein – insbesondere im Falle von Bürgerkriegen oder religiös bedingter gruppenspezifischer Verfolgung. Darüber hinaus befindet sich das Gesundheitswesen in zahlreichen Staaten der Dritten Welt in einem nach wie vor desolaten Zustand. Oder die landestypische Mentalität verhindert, dass aufkommende psychische Störungen angemessen und rechtzeitig behandelt werden, weswegen es zu einer fortschreitenden Verschlimmerung kommt.

Und dann wären da noch die Ehen unter Verwandten: In Ländern wie Marokko, Syrien, dem Irak und der Türkei sind 20 bis 40 Prozent der Heiratskandidaten blutsverwandte Cousins oder Cousinen, was die Wahrscheinlichkeit von Erbkrankheiten körperlicher beziehungs-

weise seelischer Art um mehr als 100 Prozent erhöht. Ansonsten kommen nach der Ankunft in der Bundesrepublik noch weitere Risikofaktoren hinzu, welche aber nicht von den hier herrschenden Bedingungen verursacht sind.

Schnelle Verfahren böten Linderung

Aufgrund des vielfach sehr geringen Bildungsniveaus der Immigranten und der mangelnden Fähigkeit oder Bereitschaft, die Sprache ihres Aufnahmelandes zu erlernen, misslingt oft die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das wiederum führt zu finanziellen Problemen sowie einem übermäßig langen Verweilen in Gemeinschaftsunterkünften – bei anhaltend frustrierendem Single-Dasein. Dies alles hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit und bietet einen idealen Nährboden für psychische Störungen. Gleichzeitig sorgt die Sprachbarriere dafür, dass ärztliche oder therapeutische Hilfe nicht gesucht wird, solange

die Symptome keine unerträglichen Ausmaße angenommen haben. Zudem verursacht auch die Anpassung an die Gepflogenheiten hierzulande reichlich seelischen Stress – vor allem, wenn die kulturellen Unterschiede sehr groß sind.

Die Immigration zählt in jedem Fall zu den sogenannten Kritischen Lebensereignissen, die zum Ausbruch seelischer Erkrankungen führen können, wenn hierzu eine gewisse Neigung besteht. Als besonders belastend gilt die Unsicherheit über den eigenen Status: Kann man sich gewiss sein, in Deutschland verbleiben zu dürfen oder nicht? Vor diesem Hintergrund wäre es auch ein Gebot der Humanität, Asylverfahren oder den Vorgang der Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung als Flüchtling drastisch zu verkürzen, um klare Verhältnisse zu schaffen. Ganz abgesehen davon natürlich, dass bei potentiellen Einwanderern auch keine Illusionen geweckt werden sollten, was die Risiken und Nebenwirkungen von Migration betrifft.

IDEOLOGIE

Der Abschied vom Begriff „Rasse“ ist ein Irrweg

Die Völkerfamilien der Erde sind alles andere als gleich. Das hat auch massive Folgen für die Medizin

Obwohl sich Union und SPD zunächst einig waren, wird das Wort „Rasse“ vor der Bundestagswahl nicht mehr aus dem Grundgesetz gestrichen. Wie der Justiziar der Unionsfraktion, Ansgar Heveling, im Juni erklärte, existiert kein Gesetzentwurf der Koalition zur Grundgesetzänderung zum Thema „Rasse“.

Der rechtspolitische Sprecher der Union im Bundestag, Jan-Marco Luczak, meldete zudem ganz grundlegende Bedenken an: „Das Grundgesetz ist ein historisches Dokument, dessen Sprache aus dem zeitgeschichtlichen Kontext heraus verstanden werden muss.“ Luczak weiter: „Der Begriff entspricht weder dem heutigen Sprachgebrauch noch ist er wissen-

schaftlich korrekt. Gerade daraus zieht er aber seine besondere Wirkkraft und Schutzwirkung.“

Auch die Befürworter einer Grundgesetzänderung verweisen regelmäßig darauf, dass der Begriff „Rasse“ wissenschaftlich nicht korrekt und widerlegt sei. Häufig wird dabei zum Beleg angeführt, alle Menschen hätten etwa 99,9 Prozent ihres Erbguts gemeinsam. Bei näherer Betrachtung entpuppt sich der Verweis auf die hohe genetische Übereinstimmung allerdings als kein besonders überzeugendes Argument: Auch bei Menschen und Schimpansen sind mehr als 98 Prozent des Erbguts identisch. Verblüffend hoch ist auch die genetische Ähnlichkeit von

Mensch und Maus. Beide besitzen jeweils insgesamt rund 20.000 Gene. Davon haben Forscher rund 15.000 sowohl bei der Maus als auch beim Menschen ausgemacht. Die hohe Gemeinsamkeit im genetischen Bauplan von Mensch, Schimpanse und Maus zeigt: Gemessen am Gesamtumfang des Erbguts sind es relativ wenige spezielle Gene und ihre Variationen, die für die Unterschiede sorgen.

Feiner Unterschied, große Wirkung

Den Forschern ist in den vergangenen Jahren immer stärker bewusst geworden, wie wichtig eine genaue Kenntnis solcher feinen Unterschiede beim Menschen ist, etwa in der Medizin, bei der Entwicklung

von Arzneimitteln und selbst in der Lebensmittelindustrie:

15 Prozent der Europäer vertragen beispielsweise Milchprodukte schlecht, weil das entsprechende Gen für das Enzym Laktase in der Kindheit inaktiv wird. Unter den Bewohnern Südostasiens beträgt der Anteil von Menschen mit Lactoseunverträglichkeit dagegen 98 Prozent.

Mediziner in den USA beschäftigen sich seit einigen Jahren mit der Problematik, dass etwa Asthmamittel oder Blutgerinnungspräparate bei schwarzen Patienten mitunter deutlich anders wirken als bei weißen.

Die Pharmakogenetik (Pharmaforschung unter Berücksichtigung der geneti-

schen Ausstattung von Patienten) kämpft bislang noch immer mit einem großen Manko: Im Jahr 2019 stammten fast 80 Prozent der bislang gemachten Erbgutanalysen von Europäern, nur etwa zehn Prozent von Asiaten. Und sogar nur rund zwei Prozent der Forschungsergebnisse lagen Genome von Afrikanern zugrunde.

Schon das wenige vorliegende Material lässt allerdings den Schluss zu, dass die genetische Vielfalt unter den Menschen Afrikas größer ist als die auf allen anderen Kontinenten. In Südafrika, Nigeria und Kamerun sind inzwischen Projekte angelaufen, den Rückstand in der afrikanischen Genomforschung abzubauen.

Norman Hanert

NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Preise wie in Nizza oder Venedig

Touristenboom treibt die Kosten für alles in die Höhe – Bürger reagieren verärgert

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Reiseveranstalter schätzen, dass Sotschi, Simferopol, St. Petersburg und Königsberg in diesem Sommer bei den Russen die beliebtesten Reiseziele sind. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass Sotschi und die Krim-Kurorte schon seit der Sowjetzeit die beliebtesten Urlaubsziele sind und dass die Hotel- und Sanatoriumsinfrastruktur dort um ein Vielfaches größer ist als im nördlichen Ostpreußen. Die Ferienorte in der westlichsten Region der Russischen Föderation haben inzwischen den gleichen Beliebtheitsgrad erreicht wie die Urlaubsgebiete am Schwarzen Meer. Rauschen und Cranz haben sich von kleinen und relativ ruhigen Urlaubsorten in ein wahres Touristenmekka verwandelt.

Inzwischen gibt es in der Region fast eintausend registrierte Reiseleiter. Und die Zahl derjenigen, die sich dazu entschlossen haben, ihr Hobby zum Broterwerb zu machen, lässt sich nicht genau abschätzen.

Setzt man sich auf eine Bank vor dem ehemaligen Ostpreußenarchiv in Königsberg, kommen in endlosem Strom Touristengruppen in Begleitung von Fremdenführern vorbei und schwärmen von der Bauhaus-Architektur. Die einzigen Orte, an denen man zuvor schon eine solche Menge Touristen beobachten konnte, sind der Kneiphof und das Bernsteinmuseum.

Die Touristen sind jedoch nicht nur gerne zu Fuß unterwegs. Ein beliebtes Verkehrsmittel für viele Besucher der Region ist ein Mietwagen. Vor einigen Jahren gab es in Königsberg nicht mehr als drei oder vier ständige Autovermietungsfirmen, heute sind es etwa 20.

Es kann vorkommen, dass man bei mehr als einem Dutzend Autovermietungen anruft, nur um zu erfahren, dass die gesamte Flotte für mehrere Wochen im Voraus ausgebucht ist. Und das, obwohl der Mindestpreis 50 Euro pro Tag beträgt. Für diesen Preis können Kunden einen Renault Logan oder einen Volkswagen Polo mieten. Da ist selbst eine Taxifahrt eine bessere Alternative. Eine Fahrt von Kö-



In diesem Jahr ist der Andrang besonders groß: Touristen in Rauschen

Foto: J.T.

nigsberg nach Rauschen beispielsweise kostet etwa 15 Euro.

Die Preise für Hotelübernachtungen haben im Königsberger Gebiet phantastische Höhen erreicht. Trotzdem gibt es bis zum Ende des Sommers keine freien Zimmer mehr. Selbst Sanatorien und Privatwohnungen sind ausgebucht. In guten 3-Sterne-Hotels, in denen man vor ein paar Jahren für ungerundet 60 bis 70 Euro übernachtete, muss man heute 200 bis 250 Euro pro Nacht berappen.

In Danzig hingegen gibt es inzwischen zahlreiche Unterkünfte für 80 bis 100 Euro pro Nacht. Ähnlich ist die Situation in den Urlaubsorten des benachbarten Litauen. Diese Möglichkeiten stehen den Russen jedoch aufgrund der Grenzschließungen nicht zur Verfügung, und sie müssen nun für eine Unterkunft an der Küste des Königsberger Gebiets genauso viel bezahlen wie in Hotels in Nizza oder Venedig.

250

Euro kann eine Übernachtung im 3-Sterne-Hotel an der Ostsee kosten

Steigende Preise für touristische Dienstleistungen haben auch die Kosten in Restaurants, Cafés und Lebensmitteläden in die Höhe getrieben. Die Einwohner der Königsberger Exklave sehen sich erstmals mit den gleichen Problemen konfrontiert wie die Bewohner der touristisch beliebten Städte Europas: Für fast alles steigen die Preise. Während diejenigen, die dank des Tourismusbooms Geld verdienen, eine positive Einstellung dazu haben, äußert die große Mehrheit der Be-

wohner der Region Besorgnis und sogar Wut über diese Entwicklung.

Die Lage der Urlauber in Nordostpreußen ist alles andere als beneidenswert. Sie ärgern sich darüber, dass sie selbst nicht mehr an die Strände ihrer Region gelangen können und für sie die einzige Möglichkeit, ein bisschen Ruhe zu finden, darin besteht, sich in ein Auto zu setzen und „wilde“ Strände zu suchen, die noch nicht von Touristen bevölkert sind. Die Bürger melden sich fast täglich über Instagram beim Gouverneur, um zu fragen, wozu die Region so viele Touristen brauche und wozu sie gut seien.

Zu denjenigen, die mit der Situation zufrieden sind, gehören die regionalen Regierungsbeamten, da sie die Vorgaben für die Anziehung von Touristen erfüllen, und die Immobilienfirmen, die in rasantem Tempo ganze Wohnblöcke an der Küste errichten.

KÖNIGSBERG

Lesen im Schatten jahrhundertalter Kastanien

Die Gebietsbibliothek verlagert einen Lesesaal ins Freie – Vor allem Reiseleiter zeigen Interesse

Die Temperaturen im Königsberger Gebiet brechen in diesem Sommer alle Rekorde: Das Thermometer kletterte auf bis zu 35 Grad Celsius. Da ist es nicht angenehm, sich im Lesesaal der städtischen Bibliothek aufzuhalten. Das Risiko, sich mit dem Coronavirus anzustecken, ist draußen auch nicht so groß, als wenn man sich ein oder zwei Stunden in einem geschlossenen Raum mit anderen Lesern aufhält.

So kam die Idee auf, einen improvisierten Lesesaal im Freien einzurichten. Auf dem Platz unter den jahrhundertalten Kastanienbäumen in der Nähe des Theaterbrunnens wurden hölzerne Bücherregale sowie bequeme, leuchtend gelbe Hocker und Tische für die Leser aufgestellt.

Die Regale werden von den Bibliotheksmitarbeitern bestückt, und das Bücherangebot ändert sich jeden Tag. Es werden historische und belletristische Romane, Kinderbücher und Brettspiele angebo-

ten. Wer möchte, kann einen Wunsch hinterlassen, und das Bibliothekspersonal wird das gewünschte Buch am nächsten Tag in das Angebot des Sommerlesesaals aufnehmen. Der Lesesaal im Freien ist von Montag bis Donnerstag von 12 bis 17 Uhr geöffnet. Zu den ersten Besuchern des Sommerlesesaals gehörten Studenten der

Kurse für Fremdenführer an der Kant-Universität. Sie interessierten sich für Literatur über die Geschichte der Region.

Die Königsberger Gebietsbibliothek ist Ausrichter vieler kultureller Veranstaltungen, Ausstellungen, Präsentationen und Vorträgen, die für Besucher verschiedener Altersgruppen von Interesse sein können. Die Bibliothek kann zu Recht als ein wichtiges kulturelles Zentrum der Stadt bezeichnet werden. Vor Kurzem wurde hier ein Zentrum für Regionalstudien eröffnet, in dem Mitarbeiter zusammen mit lokalen Historikern die Geschichte und Kultur der Region studieren.

Das Gebäude wurde 1929–1930 nach einem Entwurf des Architekten Robert Liebenthal im konstruktivistischen Stil errichtet. Vor dem Krieg war es der Sitz des Preußischen Staatsarchivs. Das Gebäude hat heute den Status eines Baudenkmals von regionaler Bedeutung.



In der Nähe des Theaters: Freiluft-Lesesaal der Gebietsbibliothek

Foto: J.T.

MELDUNGEN

Renovierung geht voran

Angerapp – Die Angerapper Pfarrkirche aus dem Jahr 1842 zählt zum kulturellen Erbe des nördlichen Ostpreußen und soll als solches erhalten und restauriert werden. Die bereits begonnenen Arbeiten werden zügig fortgesetzt. Zurzeit werden die Gewölbe des alten Gebäudes und der Glockenturm repariert sowie die Decken und das Mauerwerk saniert. Für die erhaltenen Maßnahmen hat die Gebietsregierung umgerechnet rund 75.000 Euro bereitgestellt. Die stellvertretende Leiterin der Gebietsregierung, Natalja Sibirjowa, lobte bei einem Besuch in Angerapp den Fortgang der Arbeiten sowie das Tempo, mit dem die Stadt das städtische Umfeld verbessert hat. Dazu zählt neben der Kirchenrestaurierung auch die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, Erholungseinrichtungen sowie die Beleuchtung öffentlicher Wege. MRK

Markt auf dem Hansaplatz

Königsberg – Seit dem 14. August findet an jedem Wochenende auf dem Königsberger Hansaplatz ein Markt statt, auf dem Obst und Gemüse der Saison, Fleisch und Milchzeugnisse aus ländlicher Produktion verkauft werden. Laut Angaben des regionalen Landwirtschaftsministeriums können dort landwirtschaftliche Betriebe und Genossenschaften ihre Waren präsentieren. Insgesamt gibt es 50 Stände. Es werde eine große Palette landwirtschaftlicher Produkte aus Eigenproduktion angeboten, heißt es seitens des Ministeriums. Neben Kartoffeln, Möhren, Rüben, Kohl, Gurken, Zucchini und Tomaten würden Grünkohl, Champignons sowie verschiedene Fleisch-, Milch- und Fischprodukte verkauft. Ebenso gebe es Fleischkonserven, Eier, Gebäck, Honig, Säfte und verschiedene Früchte. Marktbesucher können ihre Autos in der Nähe parken, wobei die erste Stunde kostenlos ist. Um den Verkehrsfluss nicht zu behindern, wird der Verkehr an den Markttagen umgeleitet. MRK

Verschönerung des Walls

Königsberg – Die Königsberger Stadtverwaltung plant, das Gebiet entlang der Litauer Wallstraße zu verschönern. Laut Jelena Djatlowa, der Leiterin der Behörde, soll die Umsetzung der Pläne im kommenden Jahr erfolgen. Analog den Arbeiten auf dem Kneiphof sollen Bänke, kleine architektonische Elemente sowie ein Fahrradweg und ein Zugang für Rollstuhlfahrer eingerichtet werden. Erste Aufräumarbeiten sind bereits 2016 erfolgt. Damals wurden vom Königstor bis zur Cranzler Allee die Grünflächen gesäubert, gepflegte Rasenflächen angelegt sowie ein geschotterter Fußgängerweg angelegt. 2018 beschloss die Gebietsregierung, einen Teil des geplanten 15 Kilometer langen Radwegs am Wall entlang zu führen. Die Behörden versprochen, einen „vollwertigen öffentlichen Raum“ zu schaffen. MRK

**ZUM 102. GEBURTSTAG**

Bähnisch, Alwine, geb. **Schindler**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 24. August

Westmeier, Karl-Heinz, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 22. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schergaut, Margarete, geb. **Wrase**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 22. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Feldten, Lisbeth, aus Lyck, am 26. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. **Palm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August

Skowronek, Herta, aus Lyck, am 22. August

Terzi, Hedwig von, aus Lyck, Falkstraße 11, am 22. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baumgardt, Werner, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August

Bressau, Heinz, aus Treuburg, am 21. August

Reiss, Else, geb. **Korsch**, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 23. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bratumil, Herbert, aus Lyck, am 22. August

Joswig, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. August

Medler, Annette, geb. **Krüger**, aus Medler, Kreis Lyck, am 25. August

Milpacher, Hildegard, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. August

Nelius, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 26. August

Rama, Eduard, aus Winken, Kreis Neidenburg, am 21. August

Ronneberger, Marga-Marta, aus Maschen, Kreis Lyck, am 26. August

Thomas, Karl, aus Windkeim/Adlig Pohnen, Kreis Heiligenbeil, am 24. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Beutel, Hildegard, aus Germau, Mohrungen und Tilsit, am 21. August

Fuest, Elisabeth, geb. **Jakubowski**, aus Neidenburg, am 26. August

Libuda, Christel, geb. **Steinert**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 26. August

Nuppenau, Herta, geb. **Nickel**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 22. August

Rimkus, Kurt, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 22. August

Theile, Anneliese, geb. **Scheffler**, aus Schupöhnen, Kreis Fischhausen, am 24. August

Waschkau, Charlotte, geb. **Demowski**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 24. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Beuck, Lucie, geb. **Bojahr**, aus Pöbthen, Kreis Fischhausen, am 24. August

Genz, Gerhard, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. August

Köper, Elise, geb. **Albers**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 26. August

Mertens, Ursel, geb. **Sarzio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. August

Przygoda, Paul, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. August

Schwiderski, Waltraut, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 21. August

Thies, Wilfried, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August

Wischniewski, Walter, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. August

Wronna, Heinz, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 22. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Conrad-Kowalski, Ilse, aus Osterode, Kreis Allenstein, am 21. August

Hensch, Edith, geb. **Mahler**, aus Wehlau, am 24. August

Kalisch, Oskar, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 26. August

Krause, Else, geb. **Kwieczinski**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 25. August

Litzbarski, Elly, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August

Mrozek, Käthe, geb. **Steinat**, aus Ebenrode, am 23. August

Raikowski, Irne, geb. **Radzimanowski**, aus Kreis Mohrungen, am 23. August

Sawatzki, Herta, geb. **Bagdanski**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 26. August

Schützhold, Herta, geb. **Stomber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 26. August

Wayland, Ruth, geb. **Schettler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 26. August

Wirtz, Gertrud, geb. **Lubeck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bark, Brigitte, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 23. August

Bünger, Renate, geb. **Boduschewski**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 23. August

Döhler, Gerda, geb. **Böhm**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. August

Langer, Irmgard, geb. **Bilda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 25. August

Lübke, Waltraut, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 20. August

Manzau, Lothar, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 26. August

Mauritz, Robert, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. August

Mischnat, Elisabeth, geb. **Kalinowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August

Podbielski, Erich, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 25. August

Ramseger, Helga, geb. **Ginnuth**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 26. August

Rippke, Heinz, aus Regehen, Kreis Fischhausen, am 26. August

Sprotte, Inge, geb. **Kaulbach**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 21. August

Thomaschky, Harro, aus Tilsit, Jägerstraße 22, am 22. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bürgermeister, Lore, geb. **Körner**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 21. August

Charpentier, Hildegard, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 25. August

Cziesla, Hans, aus Lötzen, am 26. August

Hug, Elfriede, geb. **Jedamski**, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 22. August

Moese, Liselotte, geb. **Zeranski**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August

Nagel, Inge, geb. **Keller**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. August

Possoch, Irmtraud, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. August

Schudy, Karl-Heinz, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 24. August

Schulz, Heinz, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 22. August

Strauch, Charlotte, geb. **Erlach**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 20. August

Zielenski, Eduard, aus Ommulfofen, Kreis Neidenburg, am 25. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behrends, Frau, geb. **Neumann**, aus Kirschdorf, Kreis Heiligenbeil, am 22. August

Fleischer, Eva, geb. **Kallweit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. August

Giese, Edith, geb. **Ruibat**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 23. August

Glitz, Martha, aus Bludau, Kreis Neidenburg, am 25. August

Grampe, Gerda, geb. **Meiser**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 22. August

Grüning, Charlotte, geb. **Fladda**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 21. August

Kerber, Edith, geb. **Meyer**, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 20. August

Kirchbach, Evelin, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg und aus Allenstein, am 25. August

Profé, Brigitte, geb. **Falkner**, aus Wickbold, Kreis Königsberg, am 26. August

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Seidel, Herta, geb. **Kossack**, aus Schuttchenofen, Kreis Neidenburg, am 24. August

Tarrasch, Friedrich, aus Wilkenhof, Kreis Johannisburg, am 26. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Balon, Dorothea, geb. **Herrmann**, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 23. August

Brechtel, Silke, aus Mohrungen, am 25. August

ANZEIGE

Zur diamantenen Hochzeit!



60 Jahre lang zu zweit,
ein ganzes Leben Seit an Seit.
Ihr tratet vor den Traualter
und sagtet zueinander „Ja“.
Unzertrennlich wie ein Diamant,
geht den Weg Ihr Hand in Hand.
Gott möge Euch in diesem Leben
noch viel Freude und Gesundheit geben.

Helga & Reinhold Jeromin
26.08.1961 Aweyden/Ostpreußen - heute: 25336 Elmshorn, Ollnsstraße 52 a

Noch viele glückliche Jahre wünschen Euch von Herzen
Anita & Ulli • Arno & Birgit • Andreas & Anja
Claudia, Nils & Malu • Christian & Isabel



Buttgereit, Hartmut, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 25. August

Ernst, Brunhilde, geb. **Brinlinger**, aus Neu Sellen, Kreis Elchniederung, am 20. August

Greschkowitz, Ursula, geb. **Koslowski**, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 25. August

Haines, Elisabeth, geb. **Girrlat**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 26. August

Jagielski, Edeltraut, geb. **Piasetzki**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 20. August

Kamp, Erich, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 22. August

Kuphal, Helga, geb. **Werner**, aus Wehlau, am 20. August

Läuter, Irene, geb. **Nowotsch**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 20. August

Lopatenko, Hanna, geb. **Sczepek**, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 20. August

Poschmann, Erika, geb. **Kopitzki**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 23. August

Schafranski, Horst, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 25. August

Schubert, Leonie, geb. **Lask**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. August

Schulz, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beck, Ursula, geb. **Moritz**, aus Ortelsburg, am 20. August

Bogenschuetz, Renate, geb. **Grunenberg**, aus Paulken, Kreis Mohrungen, am 24. August

Dehne, Sigrid, geb. **Breyer**, aus Wehlau, am 21. August

Gimm, Roswitha, geb. **Barra**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 20. August

Krämer, Irmgard, geb. **Schwidrowski**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 21. August

Kraft, Karl Heinz, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 22. August

Meier, Herbert, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 25. August

Neubert, Edmund, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 24. August

Preuß, Gerlinde, geb. **Szyska**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. August

Raudszus, Klaus-Dieter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 20. August

Sachs, Werner, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. August

Salamon, Eckehard, aus Gollen, Kreis Lyck, am 22. August

Tegler, Fryderyk, aus Sensburg/Rhein, Kreis Lötzen, am 21. August

Wollschläger, Ruth, geb. **Piasetzki**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 25. August

ZUM 75. GEBURTSTAG
Marasas, Margitta, geb. **Radig**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. August

Schemmerling, Annelie, geb. **Hecht**, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 21. August

**ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT**

Jeromin, Reinhold, aus Grabenhof, Kreis Sensburg und Ehefrau **Helga**, geb. **Lammek**, aus Neukelbunken, Kreis Sensburg, am 26. August

Zusendungen für die Ausgabe 35/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 35/2021 (Erstverkaufstag 3. September) **bis spätestens Dienstag, den 24. August**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußi-

sche Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Treffen der Frauengruppe

Göppingen – Im „Coronajahr“ 2020/21 ist alles so ganz anders, man will einfach dass „ES“ vorbei ist. Viele Monate, fast ein ganzes Jahr, sind seit der 70-Jahr-Feier unserer Frauengruppe im September vergangen. In dieser Zeit haben keine persönlichen Begegnungen der Frauen aus der Göppinger Landsmannschaft, Ost- & Westpreußen, stattgefunden. Natürlich wurden durch die Leiterin der Gruppe, Vera Pallas, die von ihr selbst angefertigten Geburtstagskarten, versehen mit den besten Wünschen und der Hoffnung auf baldiges Zusammentreffen, an die jeweiligen Geburtstagskinder versandt. Es gab persönliche Gespräche am Telefon und einen, von mir verfassten, aufmunternden Rundbrief zu Weihnachten und nochmals zum Osterfest. So waren unsere Frauen, und auch Frau Pallas und ich, über Veränderungen und das Neueste weitgehend informiert.

Nachdem unsere Gaststätte in Salach wieder geöffnet hatte, und wir uns mit den üblichen 3G-Vorschriften treffen konnten, kam es dann am 4. August zu einem ersten Zusammensein mit unseren Frauen, und es waren sogar zwei Ehemänner mit dabei. Die Freude war groß, sich endlich persönlich gegenüberzusetzen und zu hören, was es alles Neues gibt. Es gab dann auch noch eine ganz besondere Überraschung für uns. Im Eingang stand plötzlich unsere Landesfrauen-Vorsitzende, Uta Lüttich, unangemeldet, extra aus Stuttgart hergekommen, um bei uns hier in Salach dabei zu sein. Nach dem Essen

berichtete uns Uta Lüttich über die Problematik der anderen Frauenkreise in Baden-Württemberg, es sind leider viele in der Auflösung begriffen. Das passiert wegen der Pandemie, aber auch durch die zunehmende Überalterung der Mitglieder und der damit einhergehenden Gebrechlichkeit. Sie staunte deshalb sehr über unsere doch recht stattliche Personenzahl von zehn Personen bei diesem Treffen. Diese Probleme sind jetzt überall greifbar, auch der Hauptverein tut sich sehr schwer mit diesen rückläufigen Zahlen. Diese lange Zeit ohne Zusammenkünfte hat das kulturelle Bewusstsein sehr in den Hintergrund verschoben. Wir hatten großen Nachholbedarf und waren erfreut, Berichte und Gedichte über die Heimat und die noch bestehenden Frauenkreise und Landsmannschaften zu hören. Uta Lüttich bereitet im Herbst ein Delegierten- und Frauentreffen in Stuttgart vor, was uns wieder Hoffnung auf die Zukunft macht. An einem Wochenende im Hotel Wartburg werden die neuen Pläne gemeinsam erarbeitet und vorgestellt, um unsere Ost- & Westpreußische Kultur in den Gruppen zu erhalten und weiterzuführen. Auch unsere Frauenleiterin hatte für diesen Mittag Bilder und Berichte aus der PAZ und aus Heimatbriefen zusammengetragen. Auch konnten wir endlich wieder in unser eigenes Album einschreiben und hoffen, dass es regelmäßig benutzt werden kann.

Ina Meister



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Preussen-Kurier

Landesgruppe – Rainer Claßen hat für die aktuelle Ausgabe des „Preussen-Kuriers“ unter vielen anderen Themen die Schriftstellerin

Freya Klier für ein Grußwort und Sylvia Stierstorfer für einen Gastbeitrag zum 40-jährigen Bestehen des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen gewinnen können.

Keine Sommerpause

Hof – Ausnahmsweise am ersten Sonnabend im Monat, statt wie üblich am zweiten, trafen sich die Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, im Vereinslokal Altdeutsche Bierstube. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Anwesenden und gratulierte den Geburtstagskindern des vergangenen Monats. Danach schlug er als Schwerpunkt für die kommenden Monate eine „Rundfahrt“ durch die Provinzen Ost- und Westpreußen vor. Auch Erntedank, der Tag der Heimat und Weihnachten werden ein Thema sein. Kulturwart Bernd Hüttner stellte als Prominenten den aus Königsberg stammenden Siegfried Passarge (1867–1958) vor. Der Geograph, Geologe und Mediziner gilt als Vater der modernen Landschaftskunde. Zum Schluss gab Christian Joachim noch ein Kapitel aus „So zärtlich war Suleyken“ von Siegfried Lenz zum Besten. Das nächste Treffen findet am Sonnabend, 11. September, um 15 Uhr in der Altdeutschen Bierstube in der Marienstraße statt.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Zeitzeugenbericht

Landesgruppe – Nicht zum ersten Mal kam eine Redakteurin/ein Redakteur von Radio Bremen bei einem zeitgeschichtlichen Thema in Verbindung mit dem Zweiten Weltkrieg auf die Idee, bei der Suche nach Zeitzeugen bei uns anzufragen. Diesmal ging es um die Fra-

ge, ob es wohl in Bremen noch Menschen gibt, die aufgrund persönlicher Hungererfahrung Wert darauflegt, Vorräte für schlechte Zeiten anzulegen.

Der Kontakt zur Leiterin unserer Frauengruppe, Barbara Richter, konnte vermittelt werden. Das Ergebnis der Begegnung waren ausführliche Gespräche und Erinnerungsberichte, aus denen ein knapp vierminütiger „buten-unbinnen“-Beitrag entstanden ist.

Es ist in unserem Sinne, dass anlässlich solcher Berichte auch immer wieder an die Flucht und das Schicksal der Vertriebenen erinnert wird. Sie haben die Möglichkeit, den Bericht in der Radio-Bremen-Mediathek mit folgendem Link aufzurufen. Er ist dort ein Jahr lang verfügbar. www.butenunbinnen.de/videos/lebensmittel-wertschaetzung-100.html



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Treffpunkt Landhaus Meister

Kassel – Donnerstag, 2. September, 15 Uhr, (neuer) Treffpunkt Landhaus Meister, Fuldatastraße 140: „Wenn die Liebe roset“, Autor Jürgen Pasche liest aus seinen Kurzgeschichten.

Mit dem Titel „Welches Tier gehört zu dir“ gestalteten die Vorsitzenden Gerhard Landau und Gertraud Nitschky im August das zweite Heimattreffen in diesem Jahr. Dabei stellten die Mitglieder und Gäste ihre Lieblingstiere vor, begründeten ihre Wahl und gaben dann den Moderatoren Gelegenheit, Wissenswertes zu den genannten Arten beizusteuern. Vorbereitetes Informationsmaterial über herausragende Tiergestalten lag bereit, nämlich Fachbücher, Tierfabeln und Vogelgedichte aus älteren Schullesebüchern. Eine er-

giebige und köstliche Quelle sei namentlich genannt: Eugen Roths „Tierleben“. Wo es sich anbot, fand auch Ostpreußen gehörige Erwähnung, denn Material lag vor über Hirsch, Elch, Wolf, Adler, Storch, Kranich, Pirol. Heimatgruppen, die Naturfreunde in ihren Reihen haben, sei eine „tierische“ Gesprächsrunde oben beschriebener Art sehr empfohlen, denn die Tierwelt spricht doch fast jeden an.

Gerhard Landau



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen verschoben

Landesgruppe – Das 25. Landestreffen der Ostpreußen am 25. September in Schwerin muss leider um ein weiteres Jahr verschoben werden. Nach der Corona-Impfkampagne hatten wir berechnete Hoffnung und warteten daher auf weitere Lockerungen. Doch leider erlaubt das aktuelle Landesinfektionsschutzgesetz MV auch für Geimpfte nur einen Sicherheitsabstand von 1,50 Metern. Somit könnten nur 300 bis 400 Personen teilnehmen: Das hat überhaupt keinen Sinn. Ehe die hohen Stornogebühren für die Halle und die Hotels fällig werden, mussten wir uns entscheiden. All die viele Arbeit und Kosten der Vorbereitungen und Organisation sind nun wieder umsonst. Wir hatten die große Sport- und Kongresshalle Schwerin für 1800 Besucher sowie über 120 Hotelplätze für die Chöre aus der Heimat schon über ein Jahr zuvor fest reserviert. Nun hoffen wir, dass wir 2022 wieder unsere Heimattreffen veranstalten können und Corona dann vorbei ist. Als neuen Termin für unser Landestreffen haben wir bereits jetzt den 24. September 2022 in Schwerin reserviert und laden alle herzlich dazu ein. Bitte vormerken.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Trauer um Alfred Kolletzki

Die Landsmannschaften Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Bielefeld, trauert um Herrn Alfred Kolletzki aus Pertelnicken (Gemeinde Pobethen) im Samland, der am 21. Mai unerwartet verstorben ist, wenige Tage vor seinem 87. Geburtstag.

Herr Kolletzki gehörte zu unseren aktivsten Mitgliedern. Nach seiner Kindheit im Samland, erster Flucht im Januar 1945, Rückkehr ins Samland und 1947 endgültiger Vertreibung durch die sowjetische Besatzungsmacht, gelangte er über den Umweg Thüringen (Saalfeld und Sonneberg) mit seiner Mutter und seinen beiden Schwestern – der Vater war aus dem Kriege nicht mehr heimgekehrt – nach Bielefeld, wo er zunächst in beengten Verhältnissen bei seiner Mutter wohnte. 1961 heiratete er seine Frau Elfriede, die Ehe dauerte somit fast 60 Jahre.

Schon bald wandte er sich den Landsmannschaften Ost- und Westpreußen zu, für die er aktiv



Alfred Kolletzki Foto: LO Bielefeld

[Weiter auf Seite 16](#)

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

tätig wurde und sie auch wesentlich mitprägte. Von 1993 bis 2000 war er Vorsitzender als Nachfolger von Arthur Tietz, der dieses Amt rund 20 Jahre lang innegehabt hatte. Auch nach seinem Rücktritt als Vorsitzender war Kolletzki weiter mit verschiedenen Aufgaben für den Vorstand tätig, zum Beispiel einige Male als Kassenprüfer. Anlässlich der Feier zum 65. Bestehen der Landsmannschaft wurde er 2013 mit der Ehrennadel ausgezeichnet. 2020 wurde er als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Seine große Sorge galt zuletzt der Pflege und der Sicherung des Fortbestehens des Vertriebenen-Mahnmales auf dem Bielefelder Sennefriedhof, da sich nach Auflösung der Bielefelder Gruppe des BdV zahlreiche Probleme aufgetan hatten.

Wir vermissen unser treues Mitglied sehr und werden Herrn Alfred Kolletzki in großer Dankbarkeit stets ein ehrendes Andenken bewahren. *Rainer Kolletzki*



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Jahreshauptversammlung Landesgruppe – Nachdem die öffentliche Hand Versammlungen wieder mit begrenzter Teilnehmerzahl zulässt, plant die LO Landesgruppe Schleswig-Holstein ihre

Jahreshauptversammlung – Vertreterversammlung – am 12. September in Kiel im Haus der Heimat durchzuführen.

Da sich in der Zwischenzeit viel ereignet hat, sind wichtige Beschlüsse zu fassen. Es wird um eine rege Beteiligung der Vorsitzenden der Ortsgruppen gebeten. Eine gesonderte Einladung wird noch an die Ortsgruppen ergehen und auch an dieser Stelle in der PAZ veröffentlicht werden. *Hans-A. Eckloff*

Treuemedaille und Urkunde Landesgruppe – Auf die einleitenden Worte soll hier nach den ersten Berichten zur Überreichung einer Treuemedaille und Urkunde für die Verdienste der Vorsitzenden der Ortsgruppen (OG) und Vorstandsmitglieder der Landesgruppe Schleswig-Holstein (S-H) verzichtet werden, nachdem in den vorangegangenen Ausgaben der PAZ an dieser Stelle dazu ausführlich berichtet wurde.

Für den Schriftführer und Unterzeichnenden Hans-Albert Eckloff, dem jüngsten Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, übernahm der Landesvorsitzende

zende Edmund Ferner die Übergabe der Treuemedaille und Urkunde und führte dazu Folgendes aus:

Hans-Albert Eckloff

Hans-Albert Eckloff, geboren 1941 in Kerpen/Kreis Mohrungen in Ostpreußen, wird im kommenden Jahr 2022 dreißig Jahre Mitglied in der LO sein. In seinen Beruf als Diplomingenieur für Wasserwirtschaft nimmt er auch heute noch ehrenamtliche Tätigkeiten wahr. Er ist verheiratet und die drei Söhne haben ihm sieben Enkel und einen Urenkel beschert, die sein ganzer Stolz sind. Seit 2017 ist Eckloff stellvertretender Vorsitzender der OG Bad Schwartau und wurde auch 2017 als Schriftführer in den Landesvorstand gewählt. Für seine lange und aktive Mitgliedschaft in den OG Mölln und Bad Schwartau wurde ihm bereits die Silberne Ehrennadel der LO verliehen. Es ist ein außerordentlicher Glücksfall, dass Eckloff für das wichtige Vorstandsamt gewonnen werden konnte, denn er nimmt sein Amt mit viel Engagement und Herzblut wahr, auch wenn seine Zeit stets kurz bemessen ist. Der Laudator ging auf die Mutter von

Eckloff ein, die lange Jahre die LO, OG Mölln im Kreis Herzogtum Lauenburg, vorbildlich geführt hat und somit die Tugenden der Mutter dem Sohn in die Wiege gelegt worden sind.

Edwin Falk

Sodann würdigte der Landesvorsitzende Edwin Falk mit Treuemedaille und Urkunde, der 22 Jahre Mitglied in der LO ist und seit acht Jahren die OG Eutin im Kreis Ostholstein führt sowie dem Landesvorstand seit zehn Jahren als Beisitzer angehört. Von 2006 – 2015 war Falk auch Vorsitzender der Kreisgruppe Ostholstein, die zu der Zeit noch mehrere OG umfasste, aber dann aufgelöst wurde.

Edwin Falk hat mit seiner Aufgabe mehr als seine Pflicht getan und seine preußischen Tugenden sind prägend für seinen Charakter, sodass ihm auch dafür bereits die Silberne Ehrennadel der LO verliehen wurde. Der Laudator erinnerte an die gemeinsamen Fahrten nach Ostpreußen und das gemeinsame „Klopsessen“. Bei Telefonaten spürt er stets, wie Falk für Ostpreußen schwärmt und das insbesondere für Memel. Alle Informa-

tionen über Ostpreußen aus der PAZ oder den Heimatbriefen verschlingt Falk mit größtem Interesse. Für seine fleißige Mitarbeit im Vorstand spricht ihm der Laudator seinen besonderen persönlichen Dank aus und lässt nicht unerwähnt, dass Edwins Frau Margret ihm stets dabei zur Seite steht.

Heiko Wermke

Als weiteren Beisitzer im Landesvorstand würdigt Edmund Ferner Heiko Wermke für seine Bereitschaft im Landesvorstand seine Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, auch wenn er nicht zur Erlebnisgeneration gehört. Durch seine Teilnahme an Kulturseminaren in Bad Helmstedt beweist er sein hohes Interesse an der Kultur und Geschichte Ostpreußens. Auch die Ahnenforschung über seine Vorfahren aus Ostpreußen hat seine Leidenschaft zur Heimat geweckt, die er sehr intensiv betreibt. Er ist das jüngste Mitglied im erweiterten Landesvorstand und als Einzelmitglied in der Landsmannschaft, da in seinem Lebensraum in Quickborn keine Ortsgruppe existiert. Der Landesvorsitzende ist sehr erfreut darüber, im Landesvorstand ein junges Mitglied zu haben, dass die Liebe und Treue zur Heimat Ostpreußen gefunden hat. *Hans-A. Eckloff*

Die Vorsitzende war in Marienwerder im „Ordensviertel“ aufgewachsen und interessierte sich schon als Kind für die Bedeutung von Straßennamen. Bei der Salza- und der Kniprodestraße handelte es sich um Hochmeister, die in der Marienburg residierten. Die Balkstraße erinnerte an Landmeister Hermann Balk, Gründer der Stadt Marienwerder. Sein Denkmal stand auf dem Fischmarkt am Niedertor. Im heutigen Marienwerder wurde die Großkomturstraße zur ul. Grunwaldska zum Gedenken an den Sieg über den Orden 1410 bei Grunwald (Dannenberg). Die Damaskstraße wurde zur ul. Staszica nach einem berühmten polnischen Schriftsteller benannt.

In Elbing fiel mir die Trusostraße auf, in der mein Vater als Schulanfänger wohnte. Truso war die berühmte Handelsstadt am Elbingfluß, Vorgängerin der 1237 gegründeten Ordensstadt Elbing.

In Bad Oldesloe haben wir die Bangertstraße, benannt nach dem Historiker Bangert; Salinenstraße, Sülzberg und Kurparkallee erinnern an die frühere Salzstadt Oldesloe. Die Königsberger, Stettiner und Breslauer Straße und der Masurener erinnern an unsere Heimat; Theodor-Storm-Straße, Timm-Kröger-Weg, Fritz-Reuter-Straße und Klaus-Groth-Straße an Dichter und Schriftsteller.

Auch alte Flurbezeichnungen treten als Straßennamen bei uns auf. In der Aussprache wurden weitere Straßennamen genannt, über deren Bedeutung auch gesprochen wurde. Erwähnt wurden auch die häufigen Umbenennungen von Straßen und Plätzen mit Namen aus der Geschichte. *Gisela Brauer*



Hans-Albert Eckloff Foto: Eckloff



Edwin Falk Foto: Eckloff



Heiko Wermke Foto: Eckloff

Straßennamen

Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Im August konnten sich die Ostpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel bei Erika Hösel in Tremsbüttel an einer schönen Kaffeetafel treffen. Thema des Nachmittags waren „Straßennamen.“

Rätsel

verbraucht Schmiermittel	Papstname	Kopfschmuck	Vorrichtung zum Kochen, Backen	störend	Walzmetall	Prachtstraße	Schubstange (Maschine)	Stromspeicher (Kurzwort)	gälischer Name Irlands	mexikanischer Indianer	Meeresbucht	Himmelswesen	Mutterboden
Goldbrasse; Goldmakrele	Teilzahlung		Niveau, Rang, Stufe (engl.)	dunkler Tagesabschnitt	Kante, Winkel (süddeutsch)	Bezirk von Berlin	in einem Absteigequartier Wohnender	wertloses Zeug					Verkaufslager
kräftig, stabil	Stadt im Sauerland (NRW)	Vorname d. Schauspielers Connery	Werkzeug, Schippe	US-Nachrichtensender (Abk.)	Pflanzenwelt	Teil eines Zeitmessers	Hohlmaß	kalte ital. Würzpaste	brasil. Währungseinheit	Hauptstadt von Thüringen			
Gelehrtensprache			Brutstätte	Streichmusiker	deutsche Biathletin (Magdalena)	Galerie in Florenz	Papier- oder Plastikbeutel	schäumen, sprudeln	Probe, Stichprobe	Reinfall; Bankrott			
sich äußern, sprechen	Nachrichtsbüro		lockeres Gestein	zerstreut, unruhig	U-Bahn (bes. in Paris, Moskau)	griechische Kykladeninsel	aus einer Gefahr befreien	taumeln					
			Flüssigkeit zum Färben von Holz	Schnellrestaurant	Spielmarke beim Roulette	südamerikanisches Gebirge	Zwist, heftiger Wortwechsel	Handelnder, Schauspieler	äußerste Armut	Bootsrunder			
			Ausdehnungsbegriff	Staat in Südeuropa	Ausgleich, Entschädigung	früherer türkischer Titel	stilisiertes Rankenornament	norddt. kleines Küstenschiff	Bruder d. Mutter oder des Vaters	Kostbar; menschlich vornehm	Kletterpflanze	dt. Comedian (Dieter)	
			Klavier	literarisches Erzeugnis	ein Erdteil	Hafenstadt in Jemen	eine Zahl	fächeln, schwenken	offenes Kulturland	chem. Zeichen für Helium			
			Weigerung; Verzicht	angeweißte Mineralkörnerchen	Einheitenzeichen für Kilogramm	Auerochse	Schilf, Röhricht	Weinstock	Museum in Paris				
			Wildgericht	Ansporn, Motivation									

Sudoku

5	3			4	7		
				7		3	
			3	6			1
6	7			1			4
			9	6			
4	5			8			2
2				7	9		
	6		5				
		3	6				1
							4

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

1							
2							
3							
4							
5							
6							

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Rassehunde.

- 1 französischer Autor
- 2 Adelstitel
- 3 Horngebilde an Tierzehen
- 4 Wallfahrer
- 5 Nebenbuhler
- 6 Übungsstück (Musik)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Heilgetränk.

Aus den Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Altenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Altenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131, StadtAltenstein@t-online.de

65. Jahrestreffen verschoben

In Verantwortung für die Gesundheit unserer Mitglieder und Gäste und in Anbetracht der wieder verschärften Auflagen, die unser Jahrestreffen erheblich beeinträchtigen würden, hat der Vorstand schweren Herzens beschlossen, das für den 11. September geplante Treffen der Stadtgemeinschaft auf 2022 zu verschieben. Damit entfällt auch die diesjährige Stadtversammlung. Die für den Verein erforderlichen Beschlüsse werden per E-Mail gefasst. Das 65. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Altenstein wird am 17. September 2022 wie gewohnt im Schloss Horst in Gelsenkirchen stattfinden.



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** J. Schulz, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage fallen aus

Rothenburg (W.) – Die steigenden Infektionszahlen und die sich regelmäßig ändernden Corona-Verordnungen erschweren zurzeit die Planungen von Heimatkreistreffen. Der Kreis Ausschuss hat daher entschieden, die diesjährigen Angerburger Tage am 17./18. September in Rotenburg (Wümme) abzusagen. Auch die im Rahmen dessen vorgesehene Kreistagssitzung (Mitgliederversammlung) wird nicht stattfinden.

Da turnusgemäß Wahlen auf der Tagesordnung gestanden hätten, wird von der Regelung des § 5

Abs. 1 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht Gebrauch gemacht, wonach die gewählten Vorstände bis zur Durchführung von Neuwahlen im Amt bleiben. Die ordentlichen Mitglieder werden mit gesondertem Schreiben informiert. Bitte geben Sie diese Informationen auch an Freunde und Bekannte weiter. Vielen Dank!
Michael Meyer



Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Kirchspieltreffen

Zell – Freitag, 27., bis Sonntag, 29. August, Hotel zum grünen Kranz, Zell a.d. Mosel: Kirchspieltreffen Rodebach, Noreitscher Dorf- und Nachbarschaftstreffen. Anmeldungen bei Daniela Wiemer, E-Mail: d-wiemer@t-online.de, Telefon (0160) 6313415.



Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Kreistreffen und Mitgliederversammlung

Bad Nenndorf – Freitag, 10., bis Sonntag, 12. September, Hotel Espalanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung unter Einhaltung der Corona-Bestimmungen.

Freitag, 10. September, ab 14 Uhr: Delegiertenversammlung, ab 15 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer, ab 16 bis 18 Uhr: Film- und/oder Dia-Vorträge im Vortragsraum (UG).

Sonnabend, 11. September, 9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer, ab 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant, ab 10 Uhr: unser Bildarchiv/unsere Homepage und Diavorträge von W. Nienke sowie Vortrag: B. Polte, ab 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant, ab 14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung, Grußworte: Landrat Fietzek – Grafschaft Bentheim, Bürgermeisterin Matthias – Stadt Bad Nenndorf, Berichte der Kirchspiel-Vertreter und Wahlen, Rechenschaftsbericht Versammlungsleiter, 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, Plachandern, 16 bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern (UG), ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung.

Sonntag, 12. September, ab 10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude und Ausklang im Hotel.



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **Erster stellv. Kreisvertreter:** Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052, perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite stellv. Kreisvertreterin/Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dokom.net, www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistagssitzung und -Treffen

Burgdorf – Sonnabend, 11. September, bis Sonntag, 12. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Kreistreffen. Bereits am Freitag, 10. September, ab 13.30 Uhr: Kreistagssitzung. Die Kreistagsmitglieder wurden schriftlich eingeladen. Während der Sitzung erfolgen turnusmäßige Vorstandswahlen.

Folgende Kandidaten wurden vorgeschlagen:

Für das Amt der **Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, geb. Schlenger, wohnhaft: Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, geb. am 25. September 1961 in Lauchhammer. Für das Amt des **1. stellvertretenden Kreisvertreeters:** Christian Perbandt, wohnhaft: Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, geb. am 26. Oktober 1960 in Berlin. Für das Amt der **2. stellvertretenden Kreisvertreterin:** Brunhilde Schulz, geb. Kammler, wohnhaft: Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, geb. am 2. April 1946 in Lüdenscheid.

Für das Amt des **Kassenwartes und Kreiskarteiwartes:** Arnold Hesse, wohnhaft: Amselstraße 6, 26847 Detern, geb. am 18. Mai 1951 in Stickhausen/Leer. Als **Beisitzerin/ Kreis-Fotoarchiv:** Heidi Pomowski, wohnhaft: Heinegras 42, 31840 Hessisch Oldendorf, geb. am 18. Februar 1960 in Krefeld.

Unser langjähriges Vorstandsmitglied Ilse Thomann, geb. Kewitz, kandidiert aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr. Um weitere Wahlvorschläge wird gebeten.

Während der Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 11. September, Beginn: 11.30 Uhr, werden die Kirchspielvertreter gewählt. Die Mitglieder wurden bereits schriftlich eingeladen.

Folgende Kirchspielvertreter-Kandidaten wurden vorgeschlagen:

Bladiau: Wolfgang Milewski, wohnhaft Carmannstraße 11, 53897 Euskirchen, geb. am 11. September 1939 in Schölen.

Brandenburg: Hans-Hartwig von Platen, wohnhaft: Streesower Dorfstr. 15, 19357 Karstädt/GT Streesow, geb. am 2. April 1953 in Rehren.

Heiligenbeil-Stadt Nord: Brunhilde Schulz, geb. Kammler, wohnhaft: Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, geb. am 2. April 1946 in Lüdenscheid.

Hohenfürst: Elke Ruhnke, geb. Schweitzer, wohnhaft: Im Böckel 76, 42369 Wuppertal, geb. am 15. April 1966 in Wuppertal.

Pörschken: Christian Perbandt, wohnhaft: Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, geb. am 26. Oktober 1960 in Berlin.

Tiefensee: Kurt Woike, wohnhaft: Fahrenheitstr. 8, 12207 Berlin, geb. am 23. Juli 1940 in Arnstein.

Zinten-Land: Irmgard Lenz, geb. Wengel, wohnhaft: Karl-Fränkling 11, 88074 Meckenbeuren, geb. am 17. Juli 1936 in Maggen.

Zinten-Stadt: Viola Reyentanz, geb. Schlenger, wohnhaft: Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, geb. am 25. September 1961 in Lauchhammer.

Zinten-Stadt: Siegfried Dreher, wohnhaft: Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, geb. am 11. Mai 1937 in Königsberg.

Wir bitten um weitere Wahlvorschläge.

Matjessessen

Burgdorf – Freitag, 10. September, 19 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjessessen. Alle Besucher des Kreistreffens sind dazu herzlich eingeladen. Um Anmeldung bei Christian Perbandt unter E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de oder Telefon (05132) 57052 wird gebeten.



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Treffen der Kreisgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 4. September, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 1. September, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmenstraße 123-125, 22459 Hamburg: Videovortrag oder Autorenlesung. Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

Erfurt – Sonntag, 5. September, 14 Uhr, Erfurt Buga 2021 egapark/Petersberg: Mitgliedertreffen und Besuch der Buga. Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com

ANZEIGEN

Mal Nordsee?

Fewo frei für kurzentschlossene Naturfreunde, Nähe St. Peter Ording, ab 40 € p. T., NR, Ki. u Hund willk. T.: 04862-8052

Waldemar 66 Jahre alt

178 cm groß, 105 kg schwer. Ich suche eine Frau mit PKW zum gemeinsamen Urlaub in Masuren. Ich übernehme die Kosten für Unterkunft und Verpflegung.

Waldemar Struck
Kampstraße 29
42781 Haan
Tel: 02129/7497
Bitte rufen Sie mich an!



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Kreistagssitzung

Dortmund – Sonnabend, 4. September, Kongresszentrum Westfalenhalle: Kreistagssitzung. Einladung und Tagesordnung wurden satzungsgemäß schriftlich zugestellt.

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 5. September, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkreistreffen. Einladung und Tagesordnung wurde satzungsgemäß schriftlich zugestellt.

Tagesordnungspunkte: Begrüßung, Bericht Vorstand, Bericht Kassenprüfer, Entlastung, Wahl eines Wahlleiters, Wahlen des Vorstands, des Beirats und Kassenprüferwahl, Änderungsbeschluss Satzung, Grußworte, Ehrungen, Bericht Rosch, geistliches Wort / Totenehrung. Form- und fristgerecht gemäß Satzung.

Klaus Downar, Kreisvertreter



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Treffen ist abgesagt

Neumünster – Das am 5. September geplante Treffen, mit Feierstunde in Neumünster kann aus Gründen der Pandemie nicht stattfinden.

Museum

Neumünster – Das Museum in der Sudetenlandstraße 18 h ist für Besucher mit der Sonderausstellung „Bier und Brauereien zwischen Weichsel und Memel“ vom 3. bis 5. September geöffnet.

Damit wir die Besucherfolge planen können und die Vorgaben der Stadt erfüllen, ist eine telefonische Anmeldung empfohlen.

Über Ihren Besuch freuen wir uns.

Dieter Milewski



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Jahrestreffen ist abgesagt

Bochum – Das Jahrestreffen, geplant für den 5. September, wurde abgesagt.

www.paz.de



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen abgesagt

Leider müssen wir Ihnen an dieser Stelle mitteilen, dass trotz einer Lageberuhigung bei der aktuellen Corona-Pandemie es nicht möglich ist, in diesem Jahr das Hauptkreistreffen (19. September) durchzuführen.

Da gerade die Inzidenzzahlen aufgrund der sich ausbreitenden Delta-Variante ansteigen, werden auch noch im September erhebliche Auflagen der Gesundheitsämter zu berücksichtigen sein, da selbst ein vollständiger Impfschutz keine Garantie für eine Nichtansteckung mit dieser Delta-Variante ist.

Zusätzlich sind die Vorschriften zum Abstand und feste Sitzplätze für ein Heimattreffen, wie wir es kennen, unmöglich umzusetzen.

Daher haben wir uns seitens des erweiterten Vorstandes schweren Herzens zu einer Absage entscheiden müssen.

Bitte beachten Sie, dass das Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg in diesem Jahr nicht stattfindet.

Wir hoffen, dass die Auflagen im nächsten Jahr zurückgenommen werden, sodass wir uns nach zwei langen Jahren alle wieder im gewohnten Rahmen in unserer Patenstadt Herne treffen können.

Es grüßt Sie in landsmannschaftlicher Verbundenheit

*Marc Plessa, Kreisvorsitzender
Karola Kalinski, Geschäftsführerin*

Agnes-Miegel-Gesellschaft

Rodenberg – Sonnabend, 25. September, ab 9.30, Backhaus Aktiv, Deisterstraße 17, 31552 Rodenberg: Agnes-Miegel-Tagung.

9.30 Uhr: Mitgliederversammlung (Einlass ab 9 Uhr), 11 Uhr: Uwe Wolff stellt das Buch „Agnes Miegel und das Leben in Quarantäne“ vor, 14.15 Uhr, nach einem gemeinsamen Mittagessen: Gedenken an Agnes Miegels Grab auf dem Bergfriedhof Bad Nenndorf, (Fahrgemeinschaften),



Agnes Miegel

Foto: LO

15 Uhr: Arthur Schulz zum Thema: „Agnes Miegels erster Gedichtband“

16 Uhr: Marianne Kopp zum Thema: „Die Salzburger Exulanten – Agnes Miegels Vorfahren“, anschließend Lesung: „Salzburger Geschichten“ von Agnes Miegel, 19.30 Uhr, nach einem Abendimbiss: „Landschaft in der Dichtung“ – Gedichte verschiedener Autoren, gesprochen von Annemete von Vogel

Kosten und weitere Informationen unter Telefon (05723) 917317 oder per E-Mail: info@agnes-miegel-gesellschaft.de. Anmeldung bis 1. September per E-Mail an Annemete.v.Vogel@gmx.de unter Angabe von Name, Adresse, E-Mail, Telefon und für welche Teile der Veranstaltung die Anmeldung erfolgt. Nach den momentan gültigen Hygiene-Bestimmungen können nur 24 Personen eingelassen werden. Eine Warteliste ist möglich.

BERNSTEIN

Vom Hausierer zum Millionär

Die Firma Stantien & Becker verhalf ihrem späteren alleinigen Eigentümer Moritz Becker zu Anerkennung und Vermögen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der industrielle Abbau von Bernstein in Ostpreußen ist untrennbar mit dem Namen des Unternehmers Moritz Becker verbunden. Der Sohn armer jüdischer Eltern, der am 1. Mai 1830 in Danzig geboren worden war, schlug sich zunächst als Hausierer und Kaufmann durchs Leben, bis er auf den Memeler Gastwirt Wilhelm Stantien traf, der damals die Bernsteinvorkommen bei Prökuls ausbeutete. Die beiden gründeten 1858 die Firma Stantien & Becker, welche die Bernsteinförderung revolutionieren sollte. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das „Gold Ostpreußens“ mit höchst primitiven Methoden gewonnen: Durch Auflesen am Strand, Schöpfen aus der Brandung, Stechen vom Meeresgrund oder kleinere oberflächliche Grabungen am Ufer. Daher betrug die jährliche Ausbeute entlang der Bernsteinküste auch nur fünf bis 30 Tonnen pro Jahr.

Die Begegnung mit Wilhelm Stantien ist für Moritz Becker ein wahres Glück

1861 verpachtete der preußische Staat sein Monopol auf die kommerzielle Bernsteinengewinnung an die Firma Stantien & Becker. Diese begann daraufhin 1862 mit der Bernsteinbaggerei im Kurischen Haff bei Schwarzort, welche sich als sehr lukrativ erweisen sollte, sodass bald eine ganze Flotte von 22 Baggern und 45 Lastkähnen zum Einsatz kam. Bis 1883 stieg die Fördermenge hier von 17 auf 75 Tonnen.

Ab 1868 beschäftigten Stantien und Becker zusätzlich auch noch Bernsteintaucher. Zwei Jahrzehnte lang wurden 50 Tauchboote mit insgesamt 300 Mann Besatzung ausgesandt, um das fossile Harz vom Meeresgrund zu bergen. Der Ertrag dieser Art der Bernsteinengewinnung war allerdings weniger hoch: Er sank



FOTO: HEINRICH BECKERSTIFTUNG



Hat Moritz Becker (kleines Bild) reich gemacht: Anna-Grube in Palmnicken. Als die Aufnahme 1907 entstand, war Becker lange nicht Eigentümer des Bernsteinbergwerkes. Die hart an den Seebergen gelegene Grube Anna mit einem weitverzweigten Netz von Stollen war noch bis 1922 in Betrieb

Foto: Sammlung Hans-Georg Klemm/Ostpreußisches Bildarchiv

schnell von 14 Tonnen auf nur mehr zwei Tonnen pro Jahr. Deshalb wurde das Bernsteintauchen 1891 komplett eingestellt.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die bergmännische Förderung des damals sehr begehrten Rohstoffs bereits als lukrativste Methode erwiesen. Deren Geschichte begann 1870 mit der Einrichtung eines Tagebaus am Strand von Warnicken, dem 1873 ein zweiter in der Nähe des Rittergutes Palmnicken folgte. Hier, wo der Bernstein teilweise 15 Meter unter Normalnull in der Blauen Erde lagert, entstand 1875 mit der Grube Henriette auch der erste Tiefbau zur Bernsteinengewinnung. Dessen Ausbeute lag sogleich bei

85 Tonnen pro Jahr. Aufgrund dessen ließen Stantien und Becker 1883 zusätzlich auch die Grube Anna nördlich des Kraxteller Fließes anlegen, die sich als noch ertragreicher erweisen sollte.

Becker wird alleiniger Inhaber

Die Firma Stantien & Becker, welche ihren Sitz um 1875 von Memel nach Königsberg verlegte, avancierte bis 1890 zum größten Industrieunternehmen in Ostpreußen und beschäftigte rund 2000 Arbeiter. Stantien kümmerte sich dabei um die technischen Aspekte, während Becker die kaufmännische Leitung innehatte. Später verkaufte der ehemalige Gastwirt dann seine Unternehmensanteile für

wahrscheinlich zwei Millionen Mark an Becker, der so zum alleinigen Inhaber der Firma aufstieg. Dem folgte der Aufbau eines weltweiten Vertriebsnetzes für den Bernstein mit Niederlassungen beziehungsweise auch Verkaufsläden in ganz Europa sowie Bombay, Hongkong, Schanghai, Tokio, Kairo und New York.

Der preußische Staat profitierte vom unternehmerischen Erfolg der Firma Stantien & Becker durch die kontinuierlich wachsenden Zahlungen für die Verpachtung seines Bernsteinregals. Wobei der Anstieg aus den zunehmenden Fördermengen resultierte. In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts betrugen diese nun manchmal schon 500 Tonnen – so

beispielsweise 1894. Während Stantien und Becker 1862 noch 27.000 Mark an den Fiskus zu überweisen hatten, lag die Pachtsumme 1898 dann bereits bei 827.000 Mark. Daher war Becker beim preußischen König überaus gut angesehen und avancierte nach und nach bis zum Geheimen Kommerzienrat.

Das Monopol zieht Neider an

Allerdings hatte er auch Feinde, denen sein faktisches Monopol ein Dorn im Auge war. Und diese sorgten schließlich dafür, dass 1896 ein Monopolprozess gegen Becker eröffnet wurde. Nicht zuletzt deshalb entschloss sich der Unternehmer 1899 dazu, alle seine industriellen Anlagen und Grundstücke in Ostpreußen mit samt den firmeneigenen Bernsteinmuseums an den preußischen Staat zu verkaufen. Der Landtag bewilligte hierfür eine Summe von 9,75 Millionen Reichsmark. Ob diese zur Gänze floss, ist unbekannt. Auf jeden Fall war Becker 1900 einer der reichsten Männer Deutschlands: Sein Vermögen belief sich auf geschätzte 14,5 Millionen Mark.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts steckte er alle Energie in den Ausbau des ebenfalls ihm gehörenden Goldbergwerkes im böhmischen Roudný, wo seit 1896 fast 112 Kilogramm Feingold gewonnen worden waren. Moritz Becker starb am 25. August 1901 während eines Kuraufenthaltes im Ostseebad Heringsdorf auf Usedom.

Der preußische Staat betrieb die ehemalige Firma Stantien & Becker bis 1919 unter dem Namen „Königliche Bernsteinwerke Königsberg“ fort. Danach lautete die Bezeichnung „Staatliche Bernsteinwerke“ und ab 1924 „Preußische Bergwerks- und Hütten AG, Zweigniederlassung Bernsteinwerke Königsberg i. Pr.“ Dieses Unternehmen existierte bis 1945 und wurde im Anschluss an die sowjetische Annexion des nördlichen Ostpreußen in das „Bernsteinkombinat Nr. 9“ umgewandelt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Aus Leidenschaft provinziell

Eine Arche im Riesengebirge versammelt Schlesier „der ersten Generation“

Sie reisen durch Niederschlesien und sammeln Eindrücke, suchen nach Menschen, die ihre Geschichten erzählen und dokumentieren sie in Filmen, Internetblogs oder auf Papier. Die Gruppe nennt sich Arka Karkonoszy (Arche des Riesengebirges) und ihr Rück- und Auszugsort ist das Kulturzentrum Schmiedeburg im Riesengebirge [Kowary].

„Je mehr Menschen ich interviewe, desto bewusster ist mir geworden, wie stark sich das Riesengebirge, seitdem sich Polen 1945 dort angesiedelt haben, gewandelt hat“, sagt Arche-Mitglied Wojciech Miatkowski, Fotograf und Filmemacher. Beim Recherchieren deutscher Geschichte hilft ihm seine Ehefrau Marta, die Dolmetscherin ist. Der Vater von vier Kindern unternimmt seine Reisen gerne mit der ganzen Familie. Der Hirschberger [Jelenia Góra] sagt von sich, er wäre Schlesier in erster Generation, und führt oft Dispute mit seinen Kattowitzer Kollegen, die ihm sein „Schlesiersein“ aberkennen wollen. „Sie sagen: ‚Du bist doch kein Schlesier, Du sprichst ja nicht einmal Dialekt!‘“, schmunzelt er. Miatkowski muss dann erklären, dass Schlesien größer als Oberschlesien ist und dass Niederschlesien seine deutsche Mundart zwar fast



Festgehalten auf Fotografien: Ausstellung des Fotografen Jacek Jaśko ist noch bis Ende Oktober in Görlitz zu sehen

Foto: C.W. Wagner

verloren hat, jedoch nicht sein kulturelles Erbe, das er in seinen Filmen zum Thema macht. „Endlich fühlen sich die Menschen hier nicht mehr vorübergehend zu Hause, sondern heimisch, und ich bin das beste Beispiel dafür“, sagte er.

Miatkowski ist stets auf der Suche nach Seinesgleichen, die Schlesien für sich erschlossen haben und als Heimat bezeichnen. In einem seiner letzten Bei-

träge, den er auf Youtube veröffentlicht hat, porträtiert er den Glaskünstler Marcin Zieliński in seinem Atelier in Altenberg [Radzimowice] bei Hirschberg. Zieliński arbeitet mit historischem Werkzeug, wie einst die schlesischen Glaschleifer.

In Krummhübel [Karpacz] stieß er auf Mirosław Rzepisko, der sein Leben lang am Ski-Hang verbrachte. Seine Eltern leb-

ten dort noch von der Landwirtschaft, Rzepisko hat hingegen mit einem deutschen Investor eine Sommerrodelbahn auf seinem Grundstück errichtet. Das ist seine Einnahmequelle, geistig tobt er sich in seinem Ski-Museum aus, in dem er die Geschichte des Skisports im Riesengebirge dokumentiert. „Provinziell sein ist ein Geisteszustand. Wir sind nicht einverstanden mit den Klagen, dass bei uns nichts los wäre“, so Leszek Kosiorowski von der Gruppe „Arche des Riesengebirges“. „Das Gegenteil ist der Fall“, sagt er, und dieses sei das Werk vieler Lokalpatrioten. „Niemand außer uns selbst kann sich am besten um das eigene Umfeld kümmern. Und Menschen mit Liebe zur Region gibt es bei uns immer mehr“, ist sich Kosiorowski sicher.

Einer, der seit Jahren mit seiner Kamera die Welt des Riesengebirges festhält ist Jacek Jaśko, Kollege und Freund von Wojciech Miatkowski. „Fotografieren erinnern uns an die Unabhängigkeit des Gedächtnisses. Selbst dieselben Fotografien, wenn sie nach einer Zeit betrachtet werden, rufen in uns neue und andere Erkenntnisse hervor“, sagte der Künstler, der Seiferschau [Kopaniec] zu seiner Heimat gemacht hat und Schöpfer des Foto-

zyklus „Riesengebirge 20./21. Jahrhundert“ ist. Seine fotografischen Streifzüge kann man derzeit im schlesischen Görlitz in der Bundesrepublik Deutschland bis 31. Oktober im Fotomuseum sehen.

Die Gruppe „Arche des Riesengebirges“ schaut in vielen Facetten über den Tellerrand – auch nach Tschechien. Dort gibt es eine Entsprechung der Arche. Beide sind Teil eines von der EU geförderten Projektes zur Rettung des Gedächtnisses des Riesengebirges. Das Projekt will Historikern bei ihren Studien über die Region helfen, Amateurforschern will es ein Umfeld zur Präsentation ihrer Untersuchungen geben und Filmemachern soll es Inspirationsquelle sein. Alle anderen Nutzer der Internetseite möchten die Macher zum Besuch des Riesengebirges ermutigen. Die Betreiber der Seite archakrkonos.cz ermuntern die Besucher der Internetseite, die in Tschechisch, Polnisch, Englisch und Deutsch informiert, bei der Erschließung der verschwundenen Orte mitzuwirken.

Durch die Geschichten und Fotos will die Arche-Gruppe der Erinnerung auf die Sprünge helfen. „Nicht die Zeit fließt davon, sondern wir mit der Zeit“, sagt Jaśko zum Wandel der Region. *Chris W. Wagner*

NEUES BERNSTEINMUSEUM

Danzig – Der Geist der Mühle bleibt

Spektakuläre Darstellungen des „Gold der Ostsee“ in der Großen Mühle, einem der imposantesten Gebäude der Stadt



Beeindruckend – die Große Mühle aus der Ordenszeit am Tage der Einweihung



Feierliche Einweihung



v.l.: Die Leiterin des Bernsteinmuseums, Renata Adamowicz; der Direktor des Danziger Museums, Waldemar Ossowski; die Stadtpräsidentin Danzigs, Aleksandra Dulciewicz Foto: A. Grabowska/A. Ogronnik

VON KRZYSZTOF JACHIMOWICZ

Am 23. Juli dieses Jahres fand die festliche Eröffnung des neuen Bernsteinmuseums in Danzig in Anwesenheit wichtiger Persönlichkeiten der Region statt. Der neue Sitz in der historischen Großen Mühle ist in vielerlei Hinsicht spektakulär. Es handelt sich dabei um den einst größten Wirtschaftsbetrieb des Mittelalters – erbaut in der Mitte des 15. Jahrhunderts vom Deutschen Orden. Betrieben wurde sie mit dem Wasser der ebenfalls vom Orden kanalisierten Radaune.

Die Mühle wurde anfangs durch zwölf, später durch 18 große Mühlräder angetrieben. Sie liegt am Rande der Altstadt Danzigs, wurde im Zweiten Weltkrieg beschädigt, aber nicht zerstört, wie große Teile der Altstadt.

Umfangreiche Planungen

Der einstige Sitz des Bernsteinmuseums, im Stockturm mit der Peinkammer, also in der mittelalterlichen Barbakane, wurde für die immer umfangreichere Bernsteinsammlung einfach zu klein. Man suchte nach einem passenden Gebäude und die Wahl der Museums- und der Stadtverwaltung fiel auf die Große Mühle. Diese musste aber saniert und umgebaut werden, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

In der kommunistischen Zeit war hier ein Handelszentrum mit einer Reihe von Geschäften untergebracht worden, zuletzt des einmaligen mittelalterlichen Gebäudes, das immer mehr verfiel.

Im Jahr 2016 Übernahme durch das Danziger Museum, es wurde beschlossen, das historische Gebäude zu sanieren und umzubauen. Ein großes Stück Arbeit lag vor den Verantwortlichen. Alte Unterlagen sichten, Sünden der Vergangenheit beseitigen und alle Erkenntnisse in die zukünftige Nutzung einbeziehen. Mit den Arbeiten wurde im Jahr 2018 begonnen.

2020 begann die Endphase

Am 25. Juni 2020 wurde in der Großen Mühle ein Vertrag über die Umsetzung der zweiten Stufe der Modernisierung sowie der Bau- und Konservierungsarbeiten

des historischen Gebäudes unterzeichnet und die Fertigstellung für Juni 2021 geplant. Das Ergebnis sieht man jetzt, es hat alle Erwartungen übertroffen.

Drinnen ist die Ausstellungsfläche so modern, dass man sich in die Zukunft oder in ein Alienschiff hineinversetzt fühlt. Der Eindruck ist mehr als spektakulär, ja sogar berauschend.

Die Sammlungen, welche die Naturgeschichte des Bernsteins und die Geschichte der Bernsteinkunst und der Bernsteindreher von einst erzählen, mit den unschätzbaren historischen Bernsteinkunstwerken sind auf den oberen Etagen untergebracht.

Im Parterre dagegen ist das Reich der modernen Kunst. Danzig ist ja zur Welthauptstadt des Bernsteins ernannt worden und die Bernsteinkunst erlebt heute ihre zweite Blütezeit. Die erste fiel in das 17. und 18. Jahrhundert.

Eindrucksvolle moderne Kunstobjekte

Was man zu sehen bekommt ist einzigartig. Besonderen Eindruck macht die Ausstellung der modernen Kunst. Die Werke die dort ausgestellt werden, geben die Emotionen der heutigen Danziger wieder, unverblümt, sie scheinen zu schreien, nicht nur eine Dialektik mit der heutigen Situation zu führen.

Überreich an vielfältiger Symbolik, und zwar in vielen Dimensionen, sind diese Werke oft die reinste Philosophie, die jeden anspricht. Manche Übermittlungen werden nur für die Eingeweihten verständlich, manche für alle, aber so ist die Kunst auch immer gewesen. Sowohl elitär, als auch für jeden mit der Seele zu erfahren.

Vielfalt an Farben und Formen

Worte können die Farben und den Reichtum an Formen kaum wiedergeben. Es bleibt nur das Eine – alles selbst anzusehen. Eine faszinierende Ausstellung, die die Vielseitigkeit des Jahrmillionen alten Bernsteins und seine vielfältige Verwendung im Handwerk und in der Kunst zeigt.

Anzumerken wäre noch, dass es allen, die an der Restaurierung des Gebäudes maßgeblich beteiligt waren auch darum



Ein Bernsteinaltar

Foto: Henryk Janusch

ging, dass „Der Geist der Mühle bleibt“. Dieses kann der aufmerksame Besucher anhand vieler Details erkennen. Dazu gehörte auch die sorgfältige und besonnene Auswahl der Baumaterialien. Der Besucher darf sich auf ein historisches Gebäude freuen, das ihn auch gleichzeitig in eine spannende Welt der Zukunft leitet.

● Die Autoren Krzysztof Jachimowicz und Henryk Janusch gehören zum Vorstand der Danziger Deutschen Minderheit. Kontakt: d-d-m@wp.pl



Mitglieder der Deutschen Danziger Minderheit im Foyer des neuen Bernsteinmuseums Foto: Henryk Janusch

KULTUR- UND WEGEKIRCHE

Die Landower Kirche auf Rügen

Eine der ältesten Fachwerkkirchen in Norddeutschland mit neuer Funktion

Das Dorf Landow liegt etwa zehn Kilometer westlich von Bergen auf der Insel Rügen, entstand Anfang des 12. Jahrhunderts an der einst wichtigen Salz- und Heringstraße mitten durch Rügen und gehört heute als Ortsteil zur Gemeinde Dreschwitz nahe dem Kubitzer Bodden im Landkreis Vorpommern-Rügen. Der Ort mit seiner idyllischen Umgebung ist eher etwas für Naturliebhaber, die die lauten Touristenzentren meiden.

Doch die Landower Dorfkirche zieht inzwischen nach ihrer Sanierung auch viele Architektur- und Musikfreunde an. Sie gilt als die älteste Fachwerkkirche in ganz Norddeutschland, besitzt mit dem offenen Dachstuhl eine zusätzliche Besonderheit, die sie wegen ihrer Akustik zur bevorzugten Konzertkirche werden ließ und hat jetzt den Status einer „Kultur- und Wegekirche“. Damit verfügt die Insel Rügen mit ihren vielen Attraktionen über ein weiteres Kleinod, das sich eines wachsenden Zuspruchs erfreut.

Landow erlangte an der Salz- und Heringstraße frühe Bedeutung, war sogar ein Stützpunkt der Kalandbruderschaft, einer geistlichen Vereinigung, und erhielt um 1312 eine Kirche. Das Baudatum ergab sich aus den 2004 durchgeführten dendrochronologischen Untersuchungen der verbauten Eichenhölzer. Damals entstand auf einem Unterbau aus Feldsteinen eine Saalkirche, deren Fachwerk später mit Mauersteinen verkleidet wurde.

Zunächst existierten das rechteckige Kirchenschiff, die rechteckige Sakristei und der halbrunde Chor. Die Kirche hatte im Westen ein gedrückt-segmentbogenförmiges Portal, mehrere spitzbogenförmige Fenster und einen mit Blenden geschmückten Giebel. Erst 1733 wurde der Fachwerkkirchturm über dem Portal aufgesetzt.

Die frühe Ausstattung wurde im 18. Jahrhundert weitgehend ergänzt. Dafür gewann die Gemeinde einst mit Elias Keßler einen der damals bekanntesten Bild-

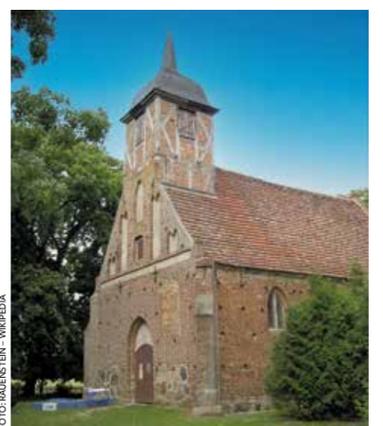
hauer Pommerns. Er schuf eine barocke Ausstattung mit Kanzel, Altar, Patronatsgestühl und Fünte, wie das Taufbecken in Norddeutschland bezeichnet wird. Dazu gesellten sich im Inneren Wandmalereien, die heute noch als Fragmente erhalten sind, und ein Weikekreuz.

Doch nach einer Blütezeit kam eine Zeit der Stagnation. Nach 1900 und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg fehlte die Pflege. Die Landower Dorfkirche teilte das Schicksal vieler Dorfkirchen. In der DDR gab es kaum noch eine Nutzung. Der Verfall nahm gravierende Formen an. Deshalb wurde die Ausstattung in ein Kirchengutdepot in Stralsund verbracht.

Dann aber rafften sich Einheimische noch vor 1989 zu einer ersten Grundversicherung auf. Nach der Wende gründete sich ein Verein, der schrittweise die Sanierung in Angriff nahm, den Kirchenkreis sowie die Denkmalpflege einbezog, Spenden sammelte und schließlich auch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz für die

Erhaltung der Landower Kirche gewann. Dazu gesellten sich Zustifter und der Dorfkirchenfond. Gemeinsam brachten sie die Erneuerung des Sakralbaus auf den Weg. Nach der Sanierung des Gebäudes wurden Studenten der Hochschule für Bildende Kunst in Dresden für die Restaurierung der zurückgeholten Teile der Ausstattung gewonnen. Dazu entdeckte man bald die besondere Akustik der Kirche.

Auferstanden aus einer Ruine begann die Landower Dorfkirche einen neuen Höhenflug. Die Kirche bekam den Status einer Kultur- und Wegekirche und wurde für die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern als Konzertstandort ausgewählt. Mit Erfolg. Das zeigt sich auch in diesem Sommer. Inzwischen steuern den heute eher abgelegenen Ort abseits der Urlauber-Hochburgen immer wieder Kultur- und Musikfreunde an, die sich dann oft auch an der Aktion der DSD (Deutsche Stiftung Denkmalschutz) „Rettet unsere Kirchen!“ beteiligen. Martin Stolzenau



● Die evangelische Kirchgemeinde gehört seit 2012 zur Propstei Stralsund im Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland. Interessante Dokumentation auf YouTube: Die Kirche zu Landow – ein lebendiges Kleinod

„Frechheit führt nicht zu Freundschaft“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ein bestens recherchiertes Artikel! Jeder Satz stimmt. Leider!“

Dr. Gudrun Eussner, Perpignan/Frankreich
zum Thema: Auf dem Weg in eine neue Apartheid (Nr. 31)



Ausgabe Nr. 31

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

FEHLENDE HILFEN

ZU: SOMMERTAGE AN DER AHR (NR. 31)

Der Artikel beschreibt sehr gut die Hilfsbereitschaft der Deutschen bei dieser Katastrophe. Leider gibt es aber auch Vorgänge in diesem Zusammenhang, die einen nur tief erschüttern. So wie im sozialen Netzwerk des Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes zu sehen waren, in dem Bauern mit schwerem Gerät die einzigen waren, die als erst kamen, um aufzuräumen, aber dabei schwer behindert wurden.

Es herrschten unmögliche Zustände in der Koordination. Für Politiker waren Hubschrauber da, aber für manche Dörfer gab es auch nach mehreren Tagen noch kein Wasser. Ein Anbieter von mobilen Toiletten musste mit 300 dieser Klos wieder abreisen wegen Bestandschutzes der anderen.

In einer Schule in Ahrweiler wurde ein Zentrum errichtet mit Ärzten, Psychologen, Hilfspersonal, Lebensmitteln und vielen Geld- und Sachspenden (Spaten, Schaufeln, Besen, Gummistiefeln) aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik. Dieses Zentrum wurde dann vom Bürgermeister und der Polizei gesperrt und musste geräumt werden (alles in Containern, die dann vernichtet oder geplündert wurden).

Das Geld wurde von PayPal gesperrt, sodass man nicht mehr es benutzen konnte. Hilfskonvois mit schwerem Gerät wurden wieder nach Hause geschickt, Einsatzkräfte von THW und Feuerwehren mussten oft Tage auf irgendwelchen Plätzen ausharren und konnten nichts tun oder wurden von der Polizei wieder nach Hause geschickt. Dafür aber wurden Impfkolonnen in das Chaosgebiet geschickt, als ob die Menschen keine anderen Sorgen hätten.

Deswegen wurden dann auch Laschet und andere Politiker, die im Sonntag-Outfit sich einfanden, mit Pfiffen begrüßt, aber hinterher konnte man sie im Fernsehen mit einem Spaten oder Sandsack bewundern.

Noch heute sind einige Regionen fast nicht zugänglich, und die Todeszahlen sollte man auch einmal hinterfragen. Ein ehemaliger kompetenter Berufskollege hat mir alleine für die Stadt Ahrweiler die Zahl von 169 Toten mitgeteilt.

Dr. Volker Daum, Bayreuth

AB NACH UNGARN!

ZU: BUNDESWEHR LÄSST SOLDATEN SCHIKANIEREN (NR. 31)

Die Bundesrepublik ist nach 16 Jahren Merkel zu einem „failed state“ geworden. Nicht der Adler, sondern der Pleitegeier wäre das passende Staatswappen. Soldaten, Polizisten und Schüler mit ihren Eltern sollten schnellstens mit der Bundesrepublik abschließen und im christlichen Ungarn einen Neuanfang in den dortigen jeweiligen Institutionen machen. Viele Ungarn sprechen sehr gut Deutsch und im Laufe der Jahre werden die deutschen Heimatvertriebenen in ihrem neuen Vaterland die ungarische Sprache mit Sicherheit beherrschen.

Carsten Zöllner, Berlin

KURZE GESCHICHTE VON NRW

ZU: VON BRITEN ERSCHAFFEN, ABER AUF DEUTSCHEN ENTWÜRFEN BERUHEND (NR. 30)

Nordrhein-Westfalen ist das Ergebnis einer Entscheidung der damals britischen Besatzungsmacht. Westliche Alliierte brauchten einige Zeit, um zu merken, welches Spiel Stalin vorhatte. Wäre es nach dem sowjetischen Diktator gegangen, dann wäre das Ruhrgebiet unter den Siegermächten aufgeteilt worden. Und Frankreich forderte einen Ruhrstaat.

Auch der Widerstand der deutschen Arbeiter gegen die totale Demontage aller Werke im Ruhrgebiet ließ die Briten zu einer pragmatischen Lösung kommen. Sie legten den Nordteil der vor 1945 bereits bestehenden preußischen Rheinprovinz und Westfalen sowie den Freistaat Lippe zusammen.

Ökonomisch hat das funktioniert. Gleichwohl gibt es mehr oder weniger große Mentalitäts- sowie Sprachunterschiede zwischen den Westfalen und Rheinländern. Auch ist die Distanz von der (rheinischen) Hauptstadt Düsseldorf bis zum nördlichen Westfalen sehr lang, was die Ausgabe von Steuergeldern betrifft.

Heinz-Jürgen Bringewatt, Bielefeld

EIN GEWISSER DRUCK

ZU: KNUSPER, KNUSPER, KNÄUSCHEN ... (NR. 30)

Vielen Dank für den – leider – so treffenden Wochenrückblick von Klaus Groth!

„Leider“ vor allen Dingen deshalb, weil der Autor einen schlimmen Ausblick auf das ankündigt, was man den steuerzahlenden, deutschen Bürgern in der nahen und fernen Zukunft noch alles zumuten wird. Die sogenannten etablierten Parteien und ihre Politiker werden dafür sorgen, dass von den ehemals so vorbildlichen Bereichen der Wirtschaft und der Politik Deutschlands nichts mehr übrig bleiben wird.

Und was das „zwischenmenschliche Miteinander“ angeht, so vergiftet die regierende Clique schon seit längerer Zeit – vor allem aber mit dem „Corona“-Alibi im Hintergrund – jene Beziehungen, die durch Denunzieren, Beobachten und Verleumdungen ersetzt werden sollen. In dürren Worten verhüllt wagt es dann auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble Ende Juli zu drohen: „Das (Thema der sogenannten „Impfverweigerung“, d. V.) sollte durchaus Thema im Freundes- und Bekanntenkreis sein, dass diejenigen, die nicht mitmachen, obwohl sie es könnten, ein schlechtes Gewissen bekommen. Ein gewisser gesellschaftlicher Druck wäre aus meiner Sicht nicht verkehrt.“

Das erinnert fatal an primitive Drohungen eines Erich Mielke. Der Trott in eine Diktatur kann und wird also weitergehen, auch wenn das viele Zeitgenossen leider nicht so sehen. Wie heißt es so schön bei Erich-Maria Remarque (anderen profunden Autoren wird der Spruch

sinngemäß ja auch nachgesagt): „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.“

Manfred Kristen, Freital

INFLATIONÄRE PHRASE

ZU: LEBEN UND STERBEN IN DAVOS (NR. 30)

In der Ausstellungskritik ist zu lesen: „Beim größten Schiffsunfall aller Zeiten starben mehr als 9000 Menschen ...“ Der Untergang der „Wilhelm Gustloff“ ist fraglos nach der Zahl der Opfer die schlimmste Katastrophe dieser Art vergangener Zeiten. Doch woher nimmt der Verfasser die Weisheit, dass in einer endlosen Zukunft so etwas nie wieder vorkommen wird? Vielleicht gibt es eines Tages Kreuzfahrtschiffe mit 10.000 oder gar 20.000 Passagieren – den Rest will man sich nicht ausmalen.

Die Phrase „aller Zeiten“ wird gegenwärtig wahrhaft inflationär gebraucht, obwohl keiner derer, die das plappern, die göttliche prophetische Gabe haben wird, Vorhersagen für alle Ewigkeit zu machen.

Henrik Schulze, Jüterbog

LÄSTIGES „DU“

ZU: ALLES PER „DU“ – DISTANZ UND RESPEKT BLEIBEN AUF DER STRECKE (NR. 30)

Vor vielen Jahren war die Antwort auf ein unerwartetes „Du“ von einem ungefähr Gleichaltrigen: „Haben wir jemals zusammen Schweine gehütet?“

Der Übergang vom „Sie“ auf „Du“ war ein beinahe feierlicher Akt zwischen Freunden und die Bestätigung der Freundschaft. Wenn jetzt Fremde, Läden oder Firmen, die mich gar nicht kennen, das „Du“ verwenden, führt es nicht zur Annäherung, sondern einer Befestigung des Abstands. Frechheit führt nicht zu Freundschaft. Und das elende „Du“ zwischen Mitgliedern einer Partei bestätigt weder verlässliche Freundschaft noch Übereinstimmung politischer Ansichten.

Dedo Schwerin Krosigk, Köln

Ein Mysterium wird gelüftet

■ Die Zirbeldrüse als oberstes Steuerungsorgan, Ursprungsort wichtiger Botenstoffe und Quelle mächtiger Selbstheilungskräfte.

Die Zirbeldrüse ist ein winzig kleines, kiefernzapfenförmiges Organ in der Mitte unseres Gehirns. Sie wurde lange Zeit einfach übersehen. Inzwischen weiß man jedoch, wie wichtig diese unscheinbare, nur wenige Millimeter große Drüse für unsere körperliche und geistige Gesundheit ist. Denn die Zirbeldrüse produziert wichtige Botenstoffe wie das Schlafhormon Melatonin, das Glückshormon Serotonin und das spirituelle Molekül DMT.

Mittlerweile ist klar, dass unser moderner Lebensstil wesentlich zur Beeinträchtigung der Zirbeldrüse beiträgt. Künstliche Lichtquellen statt Sonnenlicht, mangelnde Nachtruhe und die hohe Belastung unseres Körpers mit Toxinen, all das hat erhebliche Auswirkungen, denn die Zirbeldrüse beginnt zu verkalken – mit gravierenden Folgen. **Eine gesunde Zirbeldrüse:**

- steuert unseren Schlaf-Wach-Rhythmus und trägt zu einem erholsamen Schlaf bei;
- hilft bei der Regeneration von Zellschäden und fördert unsere Herz-Kreislauf-Gesundheit;
- hat Einfluss auf unseren Alterungsprozess;
- hebt unsere Stimmung;

- erhöht unsere Intuition und ermöglicht außersinnliche Wahrnehmungen.

Weit über das Medizinische hinaus ist die Zirbeldrüse unser Tor zu anderen Welten und höheren Bewusstseinszuständen. Die »Öffnung des Dritten Auges« ist nicht einfach eine esoterische Fantasie. Ein geöffnetes Drittes Auge bedeutet eine aktive Zirbeldrüse, die frei schwingen und ihre Botenstoffe herstellen und verteilen kann.

Wie Sie Ihre Zirbeldrüse entkalken, entgiften und aktivieren

Auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Studien und Erkenntnisse erläutert die renommierte Wissenschaftsautorin Brigitte Hamann die vielfältigen Themen rund um die Zirbeldrüse. Verständlich und mit vielen praktischen Tipps erfahren Sie, wie Sie Ihre Zirbeldrüse schützen, entgiften und aktivieren können. Denn diese ist ein wesentlicher Schlüssel auf dem Weg zu einer besseren Lebensqualität, zu wahrer Gesundheit und zu spiritueller Entwicklung.

Wir brauchen eine gesunde Zirbeldrüse, um ein gesundes, lebendiges und bewusstes Leben führen und uns für die Geheimnisse des Lebens öffnen zu können.

Erlangen Sie wahre Gesundheit und setzen Sie Ihre spirituellen Kräfte frei!

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Brigitte Hamann
Geheimnisvolle Zirbeldrüse

- mächtige Selbstheilungskräfte aktivieren
- das Bewusstsein erweitern
- und das Dritte Auge öffnen

KOPP

Brigitte Hamann: Geheimnisvolle Zirbeldrüse
Paperback • 239 Seiten • durchg. farbig illustriert
Best.-Nr. 983 900 • 12,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

INDUSTRIEDESIGN

Der Klang aus dem Schneewittchensarg

Hochtechnologie Made in Germany – Bis in die 1970er Jahre hinein beherrschte deutsches Elektronikdesign noch den Weltmarkt

VON NILS ASCHENBECK

Schneewittchensärge – Unterhaltungselektronik unter einem transparenten Deckel – standen in den 1970er Jahren in zahlreichen Wohnzimmern. Das Unternehmen Wega aus Fellbach bei Stuttgart produzierte Hi-Fi-Komponenten und Fernseher, die heute als Designklassiker gelten – darunter auch die sogenannten Schneewittchensärge, einem vom Unternehmen Braun schon Jahre vorher eingeführten Typus. Wega war ein Jahrzehnt berühmt, die Produkte wurden gefeiert und bewundert. Doch mit der Übernahme durch den Sony-Konzern begann ab 1975 der rasche Niedergang. Heute ist Wega weder als Unternehmen noch als Marke aktiv.

Die 1960er und 1970er Jahre waren die große Zeit der deutschen Unterhaltungselektronik. Fernseher und Radios „Made in Germany“ waren weltweit gefragt, die Unternehmen Nordmende, Telefunken oder Grundig bedienten eine riesige Nachfrage. Doch neben den Massenherstellern gab es im Nachkriegs-Deutschland vor allem zwei Unternehmen, die neben technisch hochstehenden Produkten auch ein innovatives Design boten. Die Firma Braun aus Kronberg im Taunus hatte 1956 den ersten „Schneewittchensarg“ auf den Markt gebracht, eine Hi-Fi-Anlage mit Plexiglas-Deckel, ein Entwurf des bekannten Designers Dieter Rahms.

Fast noch klarer und konsequenter erscheinen heute die Objekte des Unternehmens Wega, das bereits 1923 in Fellbach gegründet worden war. Aber erst nach 1965 wurde Wega einer breiteren Öffentlichkeit bekannt – das Unternehmen hatte Designer damit beauftragt, Hi-Fi-Anlagen zu gestalten. Damals entstanden schwarz-weiße Objekte, die wie aus einer anderen, klareren Welt zu uns gekommen sind. Alles hat bei Wega seine Ordnung – und aus der Klarheit und Einfachheit erwächst wie selbstverständlich Schönheit.



Mit solchen Kompaktanlagen zum Welterfolg: Ein Dual 300 Plattenspieler eingebaut in Wega-Radiogerät Foto: BlueBreezeWiki

Nicht zufällig hat das Museum of Modern Art Wega-Objekte angekauft, so das „Concept 51 K“, eine futuristische Hi-Fi-Kompaktanlage ganz in schwarzem Thermoplast-Kunststoff. Die Fernseher des Unternehmens, neben den Produkten von des italienischen Konkurrenten Brionvega vielleicht die besten Design-Fernseher, die je auf den Markt kamen, erscheinen mehr wie eine stimmige Ausstattung von Weltraum-Filmen denn als deutsche Unterhaltungselektronik, vor allem die Exemplare, die auf einem filigranen Standfuß geliefert wurden.

Wer damals Musikanlagen und Fernseher von Wega erwarb, der setzte damit

ein Ausrufezeichen: Er lebte vermutlich im modernen Bungalow, fuhr einen Porsche oder Saab, und hörte auf seiner Anlage John Lennon oder gar die deutsche Musikgruppe Kraftwerk.

Vorbild für Apple-Computer

Dabei sollte das Design durchaus nicht elitär sein. Die Gestalter von Braun (Rahms) und Wega (Hartmut Esslingers „Frog Design“ und Verner Panton) standen in der Nachfolge der Ulmer Schule, die selbst auf dem Bauhaus aufbaute. In Ulm war die absolute Klarheit gelehrt worden, das Primat der Funktion. Alle Albernheiten und Dekorationen wurden

nicht toleriert, Gestaltung entstand allein aus der Anordnung der Knöpfe und Hebel. Damit sollte ein Gerät die besten Gebrauchseigenschaften haben – und durchaus der Masse dienen.

Dieser der Technik alles unterordnende und damit vielleicht auch typisch deutsche Ansatz führte im Fall von Wega zu atemberaubender, ja zeitloser Schönheit. Gegen das Wega-Design wirken alle Radios und Fernseher von Grundig oder Telefunken bieder und gestrig.

Selbst das Computer-Design des US-Herstellers Apple wurde maßgeblich von der Ulmer Schule und deren Weiterungen beeinflusst. Nach den Erfolgen mit Wega

bekam Esslingers Frog-Design Aufträge von Apple, so für die Gestaltung des Apple-Computers IIc von 1984. Die Einfachheit der Braun- und Wega-Objekte faszinierte auch den späteren Apple-Designer Jonathan Ive, der sich ausdrücklich auf Braun-Objekte berief.

Niedergang einer Industrie

Ausgerechnet Sony, der japanische Elektronikkonzern, durchaus vergleichbar mit Wega, beliebt bei jungen Leuten und Designern, übernahm 1975 den älteren Konkurrenten aus Fellbach. Das japanische Unternehmen war damals gesünder, agiler und strebte nach vorne, während sich Wega bereits in seiner Nische auszuruhen begann. Das deutsche Unternehmen hat die Übernahme nicht überstanden, eine Zeit lang wurde der Markenname Wega noch auf Sony-Fernseher gesetzt – bis er bald ganz verschwand.

Mit Wega hat Deutschland ein Unternehmen verloren, das in der Tradition von Bauhaus und Ulmer Schule stand, das beispielhafte Objekte des 20. Jahrhunderts gestaltete. Der Verlust dieses Unternehmens mag aus wirtschaftlicher Hinsicht marginal sein. Doch nach Wega konnte kein deutsches Unternehmen mehr die Lücke an Lockerheit und Modernität, die Wega hinterlassen hat, füllen.

Welches deutsche Unternehmen baut heute noch im großen Stil Designobjekte? Welche Produkte deutscher Hersteller finden heute junge Leute noch bewundernswert? Antwort: Fehlanzeige. Die Technologie- und auch die Design-Führerschaft liegen längst beim Elektro-Autohersteller Tesla und dem Technologieriesen Apple, beide mit Sitz in Kalifornien. So gesehen markiert das Ende von Wega das traurige Ende einer Ära, in der Innovationen und in der auch modernes Design noch aus Deutschland kamen. Frog Design, dank Wega groß geworden, hat die Zeiten überlebt, sitzt aber heute, wie kann es anders sein, in Kalifornien.

UNESCO-WELTERBE

Weltpolitik auf der Kurpromenade

Wo Wilhelm I. einst kurte – Auch wegen seiner historischen Bedeutung wurde Bad Ems jüngst zum Welterbe erklärt

Quelle scandale! Da hat der Kaiser tatsächlich Flecken auf seiner Kleidung. Erhaben wirkt er trotzdem, wie er da so im Bad Emser Kurpark auf einem Eichen-Baumstumpf lehnt und wohlwollend auf „seinen“ Kurort blickt. Das von Paul Otto im Jahre 1892 geschaffene Denkmal ist einzigartig in Deutschland, zeigt es doch Kaiser Wilhelm I. in Zivil und nicht in militärischem Ornat. Der Regent wacht über die rheinland-pfälzische Stadt, die am 24. Juli von der UNESCO mit dem Titel „Welterbe“ bedacht wurde und die nun auch zu den elf „Großen Bädern Europas“ gehört (siehe auch PAZ vom 13. August).

Reist man von Koblenz aus mit dem Auto an und parkt am Ortseingang, so ist zunächst von Glanz und Glorie nicht viel zu spüren. Lediglich der Straßennamen „Römerstraße“ zeugt von den altherwürdigen Spuren der Vergangenheit. Zügig arbeitet sich der Flanierwillige in Richtung Kurviertel vor, und hat derweil einen Geistesblitz. Beim UNESCO-Welterbetitel geht es nicht immer nur um das Aussehen im Hier und Jetzt. Keine Stadt kann an allen Ecken 100-prozentig aufgeräumt und mondän sein, auch nicht Bad Ems.

Es geht vielmehr um das große Ganze, um die historische Bedeutung des Ortes,

die lange Tradition des europäischen Kurphänomens. Und es geht auch um die visuelle Verflechtung von Medizin, Kurleben, Sozialleben und Unterhaltung, die sich in Bad Ems äußerst kompakt und somit modellhaft darbot und so zum Vorbild für andere europäische Städte wurde, die nicht genau wussten, wohin genau die Reise gehen sollte.

Detailreich spiegelt sich die Bäderkultur und -Architektur in den Innen- und Außenräumen des kleinen Kurviertels wider. Und da ist es endlich, das weitläufige Kursaalgebäude, das architektonische Glanzlicht, mit seiner Kolonnade, dem Kurcafé, dem legendären Marmorsaal, dem Kurtheater und natürlich dem Casino. Kein seriöser Kurort ohne Spiel-

bank – auch das ist Tradition in Bad Ems, wo sich ganz Übermütige bereits seit 1720 in den Ruin stürzten.

Schweigen über Emser Depesche

Ihr Mütchen kühlen konnten sich die Spielsüchtigen in der Römerquelle jedoch nicht, denn die ist seit jeher 40 Grad heiß. Stattdessen weinten sie vielleicht in ihr kühles Kissen im Hotel, und dabei hatten sie die Qual der Wahl unter den opulenten Prachtbauten wie zum Beispiel dem „Russischen Hof“, dem „Englischen Hof“ oder unter den Villen entlang der Wilhelmsallee auf der anderen Seite der Lahn mit Luxusausblick auf die Stadt Ems und die pittoreske Natur dahinter.

Für Letztere muss man noch heute gut zu Fuß sein, es geht unvermittelt steil bergauf. Sänften gibt es nun mal nicht mehr, alternativ kann einen die Kurwaldbahn in das Kurgebiet auf der Bismarckhöhe zum Bismarckturm befördern.

Der 880 erstmals urkundlich erwähnte Ort, der einmal „Dorf Ems“ hieß und in dem schon im 14. Jahrhundert nachweislich ein Kurbetrieb stattfand, prosperierte im 17. und 18. Jahrhundert und erreichte im 19. Jahrhundert den Zenit seiner Popularität. Ems wurde zu einem der berühm-

testen Badeorte Deutschlands mit internationalem Flair. Zu einem mondänen Welt- und Staatsbad, in das im Laufe der Zeit nicht nur der europäische Adel, sondern auch Künstler wie Jacques Offenbach oder Fjodor Dostojewskij strömten, aber auch Politiker.

Vor Skandalen und Tragödien gefeiert war man dort durch die vielfältigen politischen Verflechtungen der Zeit jedoch nicht. Über die „Emser Depesche“ hüllt man an dieser Stelle besser den Mantel des Schweigens, gilt sie doch als Vorwand des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71. Stoisch kurte Preußens König Wilhelm I. danach weiterhin in Ems – „Bad Ems“ sollte es erst 1913 werden –, flanierte wie immer mit seinem Tross durch den kleinen Kurpark und labte sich dann am Heilwasser.

Die Fertigstellung der nach dem deutschen Kaiser benannten und 1899 vollendeten Kirche in der Malbergstraße, die ihm den weiteren Weg zur alten Dorfkirche erspart hätte, sollte er nicht mehr erleben, er starb ein Jahr zuvor. Sicher wäre seine Majestät stolz auf Ems gewesen, auf den Ort, wo er nicht immer nur der Staatsmann sein musste, sondern auch Mensch sein durfte. Bettina Müller



Kur von der Spielsucht: Spielbank und Staatsbad von Bad Ems direkt an der Lahn

● FÜR SIE GELESEN

Kainsmal
Anbiederung

Über den Zusammenbruch der SED-Diktatur gibt es viele Bücher, jedoch kaum eins über das Verhalten der Bundesrepublik in jenen Jahrzehnten der Trennung. Verständlicherweise, denn es war kein Ruhmesblatt.

Umso mehr ist Uwe Lehmann-Brauns Buch „Wandel durch Anbiederung“ zu begrüßen, das in seltener Offenheit den Westdeutschen fehlende Kraft und auch mangelnde Moral vorwirft, die Spaltung ihres Landes zu ihrem Hauptproblem gemacht zu haben – kein anderes Volk hätte sich wohl so verhalten. Selbst die Erschossenen der Berliner Mauer waren kein Thema mehr, der Ruf nach Wiedervereinigung wurde als utopisch disqualifiziert.

Ein leidenschaftlicher Verfechter der Spaltung ähnlich wie Oskar Lafontaine war Hans-Joachim Vogel. Vergeblich sucht der Leser auch bei Richard v. Weizsäcker nach Worten gegen das DDR-System. Harte Worte gegen die deutsche Einheit kamen auch von Johannes Rau, Walter Momper, Horst Ehmke und sogar von Klaus Bölling, der die in der Grundgesetz-Präambel festgeschriebene freie Selbstbestimmung aller Deutschen verneinte.

Völlig zu Recht fordert der Autor von der SPD die Aufarbeitung ihrer Geschichte in dieser Zeit. Oft muss das Wort Brandts vom „Zusammenwachsen“ herhalten. Er meinte damit indes nicht unser Land, er sprach sich noch im Dezember 1989 in Rostock gegen die deutsche Einheit aus.

Ausführlich analysiert der Verfasser Egon Bahrs dynamische Worte vom „Wandel durch Annäherung“, die tatsächlich aber keine der beiden Verheißungen brachten und in Wahrheit auch keine Einheit Deutschlands anstrebten. Aus Bahrs „Wandel“ wurde allzu oft und mehr und mehr ein Sich-anbiedern an die Forderungen Honeckers.

Ein Franz-Josef Strauß erreichte zwar das bekannte Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass der Vereinigungsanspruch des Grundgesetzes nicht aufgegeben werden dürfe, doch über Maueropter und die deutsche Einheit zu sprechen, fehlte ihm bei sonst so oft harten Worten der Mut. Einem Graf Lambsdorff war die Forderung vorbehalten, die bundesdeutschen Medien sollten Berichte über „Zwischenfälle“ an der Mauer unterlassen – ein Kainsmal westdeutscher Anbiederung an die Mächtigen der SED-Diktatur.

Der einzige wichtige Politiker, der in all den Jahrzehnten am Verfassungsauftrag der Einheit Deutschlands festhielt und die Freiheit als Kern der deutschen Frage ansah, war der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl. Seine Worte beim Empfang Honeckers in Bonn sind unvergessen. Dass er indes die Zeichen der Zeit nicht früh genug erkannte und sie erst bei seinem Dresden-Besuch im Dezember 1989 sah, verschweigt der Autor allerdings.

Nach seiner Ansicht haben wir zwar die Vereinigung, doch die innere deutsche Einheit ist immer noch nicht vollzogen. Voraussetzung dafür wäre eine offene Aufarbeitung und Selbstreflexion.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Uwe Lehmann-Brauns: „Wandel durch Anbiederung“, Lukas-Verlag, Berlin 2020, broschiert, 192 Seiten, 19,80 Euro

ZEITGESCHICHTE



FOTO: CHURCHILL GEDENKSTÄTTE, FULTON MAURITIUS

Begegnungen mit der Berliner Mauer

Die Bundesstiftung Aufarbeitung hat 240 tonnenschwere Mauersegmente in aller Welt aufgespürt

Facettenreiche Erinnerung Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 wurden ungezählte Teile als Symbol für den Freiheitswillen der DDR-Bürger in die Welt hinausgetragen. Anna Kaminsky, Chef der Bundesstiftung

Aufarbeitung, hat mit ihrem Team mehr als 240 dieser Elemente mit den sie begleitenden spannenden, kuriosen und auch tragischen Geschichten an 140 Orten aufgespürt und dokumentiert. MRK

Bundesstiftung Aufarbeitung (Hg.): „Die Berliner Mauer in der Welt“, Berlin Story Verlag, 3. Auflage 2021, gebunden, 348 Seiten, 19,95 Euro

DIE „WENDE“

Die Rolle der Kirche
am Ende der DDR

Andreas Stegmann erzählt die Geschichte der Glaubensgemeinschaften im sozialistischen deutschen Staat bis zum Jahr 1989

VON DIRK KLOSE

Nach den letzten Wahlen in der DDR am 18. März 1990 waren Regierung und Parlament ungewohnt „christlich“. In der Regierung saßen mit Markus Meckel (Außen) und Rainer Eppelmann (Verteidigung) zwei Pfarrer, der Synodale Lothar de Maizière wurde Ministerpräsident, der Theologe Richard Schröder SPD-Fraktionsvorsitzender. Es zeigte die starke Position der Kirchen, welche die Wende in der DDR wesentlich mitbewirkt hatten.

Die Geschichte der Kirchen in der DDR ist gleichermaßen eine Leidens- und Erfolgsgeschichte, woran der Berliner Kirchenhistoriker Andreas Stegmann jetzt in einem aufschlussreichen Bändchen erinnert. Es war eine ständige Balance zwischen Konfrontation und Anpassung; Die SED hatte ihre kirchenfeindlichen Ziele nie aufgegeben. Stegmann verfolgt die Geschichte beider Konfessionen, vor allem der protestantischen Kirche, vom Kriegsende bis 1989/90, berichtet von den kulturkämpferischen Kampagnen der SED gegen die Kirchen Anfang der 1950er Jahre, beschreibt die unumgänglich gewordene Gründung eines eigenständigen protestantischen Kirchenbundes in Abgrenzung zu den Kirchen im Westen und die von Probst Heino Falcke begründete Position einer „Kirche im Sozialismus“. Er geht dann auf die in den 1980er Jahren selbstbewusster werdende Haltung der Kirchen gegenüber dem Staat mit ihren wirksamen Kampagnen wie „Bewahrung der Schöpfung“ ein.

Die Kirchen hatten oppositionellen Gruppen Raum gegeben, um über Reformen des starren staatlichen Systems nachzudenken. Die „Wende“, so sagt Stegmann zu Recht, kam vor allem von den Protesten auf der Straße, die stark von kirchlichen Aktionen wie Mahnwachen oder Friedensgebeten angeregt wurden. Bald nach der friedlichen Revolution ließ der kirchliche Einfluss rapide nach. Heute registrieren manche Kirchenvertreter mit Bitterkeit den anhaltenden „Erfolg“ der SED. Die Mitgliederzahl der Kirchen im Osten liegt nur noch zwischen acht und 20 Prozent.

Das schmale Bändchen erzählt vor allem die politischen Ereignisse. Man hätte sich mehr vorstellen können, etwa die Rolle der vom Staat unabhängigen kirchlichen Hochschulen und auch einiger markanter Kirchenvertreter. Die nur kurz gestreiften Beschlussdokumente der Ökumenischen Versammlungen von 1988 und 1989 wirken noch heute wie revolutionäre Schriften. Aber wie alle informativen Bände von „Beck-Wissen“ ist auch dieser strikt auf 128 Seiten limitiert. Da lassen sich einfach nicht alle Wünsche erfüllen.

Andreas Stegmann: „Die Kirchen in der DDR. Von der sowjetischen Besatzung bis zur Friedlichen Revolution“, C.H. Beck Verlag, München 2021, broschiert, 128 Seiten, 9,95 Euro



MUSEUM FÜR ZUHAUSE

Eine Reihe voller
Wunder

Eine goldene Eintrittskarte in die Welt vom Plankton bis zum großen Weltmeer, voller Möglichkeiten zum eigenen Entdecken

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Eintritt frei! heißt die Buchreihe des Prestel-Verlages, die in großformatigen, stabilen Bänden mit detaillierten Zeichnungen erscheint. Wenn man eines dieser Bücher aufschlägt, formt das offene Buch einen eigenen Raum, da die Bände 37 Zentimeter Höhe bieten und aufgeschlagen eine Breite von 54 Zentimetern. Auf der jeweils rechten Seite sind zumeist Illustrationen und links ein beschreibender und erklärender Text abgedruckt. Die Texte sind sehr gut verständlich geschrieben, ohne dabei langweilig zu wirken. Sie enthalten viele Informationen und beschreiben in wenigen Zeilen die nummerierten Abbildungen auf der nebenstehenden Seite. Empfohlen werden die Bücher dieser Reihe ab acht Jahren, aber auch jüngere Kinder haben ihre wahre Freude an den großen Bildern.

Der erste Band dieser Reihe „Das Museum der Tiere“ ist bereits im Jahr 2014 erschienen. Es folgten elf weitere Bände. In diesem August erscheint der 13. Band „Das Museum der Pilze“.

Zu ausgewählten Bänden hat der Verlag Mitmachbücher herausgegeben, die zwar nicht so groß sind wie die „Museums-Bücher“, aber doch noch etwas größer als DIN A4. Diese Mitmachbücher zum „Museum der Tiere“ und der „Pflanzen“ bieten die Möglichkeit, auf festem Karton Tiere und Pflanzen auf ganz andere Weise näher kennenzulernen: mal sucht man den Weg durch ein Labyrinth,

mal vervollständigt der „Besucher“ eine Zeichnung. Auf der Rückseite steht immer die Lösung mit Informationen zum Betrachtungsobjekt. Eine feste Pappe verhindert dabei ein Verknicken der Seiten.

Die Museums-Bücher führen durch Säle. Eine Doppelseite am Anfang des Kapitels informiert den Betrachter, was ihn im kommenden Saal erwartet. Im „Museum des Meeres“ durchläuft der Leser neun Säle, beginnend beim kleinsten Plankton und endend mit dem großen Weltmeer. Eine Begrüßung und kurze Einführung stimmen den Betrachter ein, ein Stichwortverzeichnis, Hinweise zum Weiterlesen und Informationen zu den Autoren und Illustrationen, die hier Kuratoren heißen, bilden den Abschluss.

Die Bücher dieser Reihe sind nicht sehr günstig, aber sie sind auch sehr hochwertig. Doch als Geschenk, oder wenn wieder die Museen schließen, begeistern sie Jung und Alt.

In diesem Jahr ist „Das Museum des Meeres“ der Meeresbiologin Loveday Trinick und Illustratorin Teagan White erschienen und im August veröffentlicht der Verlag „Das Museum der Pilze“ von Katie Scott und Ester Gaya.



Loveday Trinick: „Das Museum des Meeres. Eintritt frei!“, Prestel junior, München 2021, gebunden, 112 Seiten, 25 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

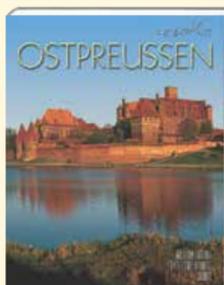
Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



Kaffeebecher Ostpreußen
 Steingutbecher mit Randverzierung
 Nr. P A0652 12,95 €



Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Wolfgang Korall
 Ernst-Otto Luthardt
Ostpreußen
 160 Seiten im Großformat.
 Format 24 x 30 cm.
 Gebunden
 Nr. P 531700 24,95 €

Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder, kristallinen Seen und der weiten Küste, ist wieder zu einem erreichbaren und einzigartigen Reiseziel geworden. Ebenso wie der Zauber seiner Landschaften locken die Städte und Dörfer der Region, deren Kirchen, Burgen, Schlösser und Herrenhäuser von der wechselvollen Geschichte erzählen. Über 260 Fotografien geben ein umfassendes Bild Ostpreußens, von Elbing im Westen bis nach Memel und mit Königsberg im Zentrum. Sechs Specials informieren über den Astronom und Mathematiker Nikolaus Copernikus, den Deutschen Orden, den Oberländischen Kanal, die Wolfsschanze, die Schlacht von Tannenberg und das Gold Ostpreußens, den Bernstein.



Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
 Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Liedern und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
 Nr. P 5893 CD 9,95 €



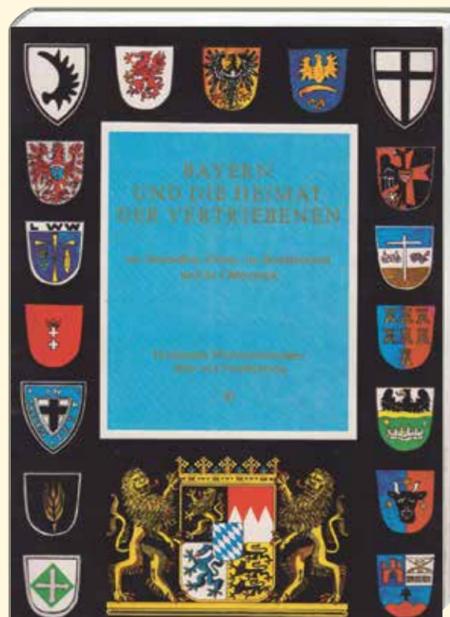
Kaffeebecher Schlesien
 Steingutbecher mit Goldrandverzierung
 Nr. P A0804 12,95 €



Landmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit Elchschaufelmotiv der Landmannschaft Ostpreußen
 Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
 Nr. P A1274 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €



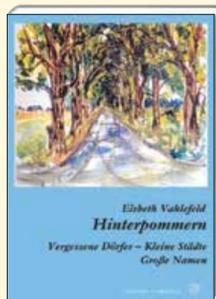
Bayern und die Heimat der Vertriebenen
 Im deutschen Osten, im Sudetenland und in Osteuropa
 Geschichtliche und kulturelle Beziehungen Bayerns zu Schlesien, Aus der Frühzeit des Buchdrucks, Reise nach Rohr: Eine schlesische Musikstadt im Bayernland, Zwei bayerische Barockmaler in Schlesien, Holzspielzeug aus dem Erzgebirge im Spielzeugmuseum Nürnberg, Puppenmutter Käthe Kruse, Die Beziehung des Deutschen Ordens zu Böhmen, Mähren + Schlesien, Karl IV. und die politische Landbrücke von Prag nach Frankfurt am Main, Mit Menzel in Bayern und Österreich, Adalbert Stifter und der Böhmischo-bayerische Wald, Die Buchenlanddeutschen, Lovis Corinth - ein ostpreußischer Wahlmünchner, sowie viele andere interessante Themen...
 7 zahlreiche SW Abbildungen, Karten und Wappenabb. 22,4 x 30 cm
 Nr. P A1627 Kartonierte 4,95 €



Christoph von Allmayer-Beck
Die Geschichte der 21. (ostpr./westpr.) Infanterie-Division
 Dem Verfasser ist es in überaus anschaulicher Weise gelungen, die Geschichte der 21. Infanterie-Division (ehemaliges Artillerie-Regiment 21) von der Friedenszeit bis zum Kriegsende 1945 darzustellen. Er konnte bei der Bearbeitung auf die Kriegstagebücher der Division zurückgreifen und die vorhandenen Akten aus dem Bundesarchiv / Militärarchiv einsehen.
 716 Seiten
 165 Fotos, 70 Karten-Skizzen, 59 Anlagen Format: 15,8 x 24,2 cm.
 Nr. P A1654 Kunstleinenband 39,95 €



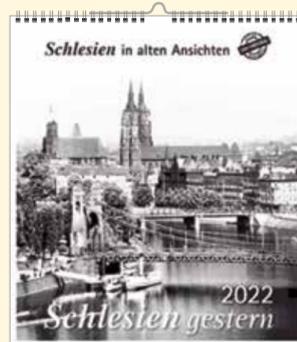
Fahne Pommern
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9955 Fahne 12,50 €



Elsbeth Vahlefeld
Hinterpommern
 Vergessene Dörfer – Kleine Städte – Große Namen
 Elsbeth Vahlefeld erinnert an unbekannt, heute halbwegs vergessene hinterpommersche Dörfer und Städte, die einst die Heimat bedeutender, über die Grenzen Pommerns hinaus geachteter Persönlichkeiten waren. Mit Begebenheiten aus dem Leben. 254 Seiten.
 Nr. P A1301 Kartonierte 19,95 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterwiesing
Die Schönheit alter Bauerdörfer
 Es ist gut, dass es das noch gibt
 Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt der bäuerlichen Kultur und Tradition. 123 Abbildungen. 120 Seiten
 Nr. P 575274 Gebunden 7,95 €



Kalender Schlesien in alten Ansichten 2022
 Mit 12 historischen SW-Motiven aus Schlesien. Spiralbindung.
 Wandkalender. Format 29 x 32 cm
 Nr. P A1709 Kalender 15,90 €



Fahne Niederschlesien
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P A0018 Fahne 12,50 €



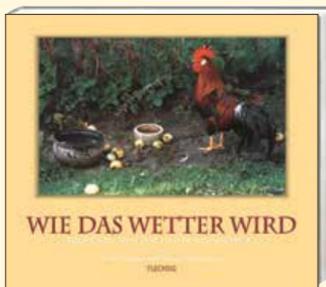
Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2022
 Mit 12 historischen SW-Motiven aus Ostpreußen. Spiralbindung.
 Wandkalender. Format 29 x 32 cm
 Nr. P A1708 Kalender 15,90 €



Fahne Königreich Preußen
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



Kalender Pommern in alten Ansichten 2022
 Mit 12 historischen SW-Motiven aus Pommern. Spiralbindung.
 Wandkalender. Format 29 x 32 cm
 Nr. P A1710 Kalender 15,90 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterwiesing
Wie das Wetter wird
 Bauernregeln für Heute neu entdeckt
 Wolf-Dietmar und Ursula Unterwiesings Sammlung alter Bauernregeln sind einzigartig schöne Bilder vom Leben auf dem Lande beigegeben, die Ausdruck eines alt-neuen Naturverständnisses sind. 33 Abb. 96 S.
 Nr. P 575273 Gebunden 7,95 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Vor wenigen Tagen hieß es, dass sich 23.000 Ärzte aus der Corona-„Impfkampagne“ zurückziehen wollen. Dafür mag es verschiedenen Gründe geben. Bereits seit Juli war auf der Internetpräsenz eines Hausarztes in Stuttgart-Möhringen zu lesen, warum er ausgestiegen ist. Bei alten oder schwer kranken Menschen sei der Nutzen der Impfung wahrscheinlich höher als das Risiko, so der Mediziner. Diese seien inzwischen auch geimpft. Bei anderen Personen sei „das Verhältnis von Nutzen zu Risiko anhand der aktuellen Daten nicht mehr so klar zu benennen“. Auch die Sicherheit der Impfstoffe sei nicht unbedingt gegeben, alle „haben nur eine bedingte Zulassung“. Die aktuelle „Impfkampagne“ sei „eine riesige Studie, an der alle Impfwilligen als Probanden teilnehmen“. Das „Nebenwirkungsprofil“ hätten Ärzte früher „nicht toleriert“. Der Stuttgarter Arzt könne es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, weiter zu impfen. Am Montag dieser Woche war die Darlegung auf der Webseite der Praxis plötzlich nicht mehr abrufbar. **E.L.**



Neue Zeitrechnung

● STIMMEN ZUR ZEIT

Matthias Heine spricht in der „Welt“ (17. August) ein vernichtendes Urteil über Angela Merkel:

„Wenn es in dieser düsteren Zeit irgend etwas Tröstliches gibt, dann dies: Erst durch die absurde Coronakratie und jetzt durch die Hilflosigkeit deutscher Politik angesichts von Afghanistan sind kurz vor dem Ende von Merkels Amtszeit ihre Inkompetenz, ihr Opportunismus und ihr Desinteresse für jeden offensichtlich geworden, der nicht die Augen zukneift. Seit Längerem spricht einiges dafür, dass Merkel später einmal als die verhängnisvollste Kanzlerin der Bundesrepublik beurteilt wird.“

Der Afghanistan-Veteran der Bundeswehr Johannes Clair erklärt gegenüber der Deutschen Welle (12. August) seine Erschütterung über die Katastrophe von Kabul:

„Wir haben dort Blut, Schweiß und Tränen hinterlassen; unsere Kameraden wurden dort getötet. Es war vorhersehbar. Spätestens nach 2014, als die Kampftruppen abgezogen worden sind, hat sich herausgestellt, dass die afghanischen Sicherheitskräfte nicht in der Lage sind, die Lage selbstständig in den Griff zu bekommen.“

Florian Harms nennt es ein „politisches Verbrechen“, die Afghanen einfach im Stich gelassen und die vielen, auch deutschen Opfer des Afghanistan-Kriegs damit verraten zu haben. Auf „t-online“ (16. August) fragt er sich hinsichtlich der bizarren politischen Streitthemen in Deutschland:

„Wie kann man seine Interessen verteidigen, Terroristen ausschalten und Diktatoren isolieren, ohne dabei militärisch, finanziell und moralisch vollkommen zu versagen: Wäre das nicht ein dringenderes Thema für den Bundestagswahlkampf als die Pipifaxdebatten über dumme Plakate, Gendersternchen und peinliche Lacher?“

„Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt fragt nach der Verantwortung der Kanzlerin für das Evakuierungs-Desaster (17. August):

„Die Briten, die Schweden und die Tschechen landeten am Montagmorgen mit ihrem ausgeflogenen Botschaftspersonal in der Heimat, bevor das Flugzeug der Bundeswehr überhaupt in Kabul gelandet war. Ein Symbol lebensgefährlicher Bräsigkeit im Kanzleramt. Lebensgefährlich auch für unsere Soldaten, die unter deutlich dramatischeren Umständen in Kabul landen müssen, als nötig gewesen wäre.“

In der „Berliner Zeitung“ (17. August) rückt Philippe Debionne unter der Überschrift „Schämen Sie sich, Herr Außenminister!“ das Agieren von Außenminister Heiko Maas in den Fokus:

„Wenn Heiko Maas wirklich so blind war, dass er die von Menschenrechtlern wie Militärs prophezeite humanitäre Katastrophe nicht sah, nicht sehen wollte, dann hat er versagt. Als Politiker, als deutscher Außenminister, als Verantwortungsträger, als Mensch ... Herr Außenminister, zeigen Sie einen Funken Verantwortungsbewusstsein – und treten Sie zurück.“

● WORT DER WOCHE

„Es hat nicht so funktioniert, wie wir uns das gedacht haben.“

Angela Merkel laut Medienberichten auf der Sitzung des CDU-Präsidiums am Montag, dem 16. August, zum Afghanistan-Einsatz

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Verantwortlichen

Was Merkel interessiert, und wieso Maas ihr so ähnlich ist

VON HANS HECKEL

Wenn Bilder mehr sagen als Worte: Haben Sie die Verteidigungsministerin gesehen, als sie am Montag zum afghanischen Albtraum befragt wurde? Anngret Kramp-Karrenbauer sah aus, als sei sie gerade beim Ladendiebstahl erwischt worden. Der Kopf schwankte unsicher herum, die Stimme lau und säuselig, während ihr Blick unet umherschweifte, als wolle sie nur schnell dieser peinlichen Situation entkommen.

„Wie bin ich nur hier reingeraten?“, schien sich die arme Frau zu fragen. In ihrer Überforderung konnte sie einem fast leidtun. Ja, aber die Frage ist trotzdem gar nicht so schlecht: Wie ist „AKK“ da nur reingeraten? In ein Amt, dem sie in keiner Weise gewachsen ist, was in der ernstesten Stunde ihrer Amtszeit offensichtlich wurde denn je.

Das kam so: Angela Merkel war nach dem Einbruch der CDU bei der Bundestagswahl 2017 ein bisschen unter Druck geraten und wollte Ballast abwerfen. Also sollte den CDU-Vorsitz jemand anderes übernehmen. Aber nur jemand, so hatte sich die Kanzlerin das ausgedacht, der dermaßen weich und unfähig ist, dass sie, Merkel, das Heft in der Partei trotzdem in der Hand behält.

Die Wahl traf auf Kramp-Karrenbauer. Um ganz sicher zu gehen, holte Merkel die Nachfolgerin im Parteivorsitz einige Monate später sogar noch in ihr Kabinett. Da durfte es aber nur ein Posten sein, der keinen großen Einfluss auf die Bundespolitik verspricht und zudem regelmäßig Probleme aufwirft, mit denen Merkel die neue CDU-Chefin bei Bedarf in die Enge drücken könnte. Das Verteidigungsministerium schien da ideal.

Bald stellte sich indes heraus, dass Merkel übers Ziel hinausgeschossen war bei der Auswahl des neuen CDU-Chefs. „AKK“ war nicht nur handzahn, sie war dermaßen unfähig, dass sie dem Posten gar nicht standhielt. Aber Verteidigungsministerin durfte sie ruhig bleiben. Für die Bundeswehr interessiert sich die Kanzlerin ohnehin einen feuchten Kehr. Dafür war die gescheiterte Parteichefin allemal gut genug.

In diesen Tagen verband sich das politische Geschick von Kramp-Karrenbauer auf tragische Weise mit ihrem kongenialen Kabinettskollegen Heiko Maas vom Auswärtigen Amt. Die Bräsigkeit der einen und die schnö-

selige Inkompetenz des anderen bildeten die Führung bei der desaströsen Evakuierungsaktion in Kabul. Und so lief es dann auch – soll heißen: schief. Da sich Angela Merkel wie bei fast jeder politischen Frage nur dafür interessierte, wie sie selbst dabei wegkommt, ließ die Kanzlerin die beiden Stümper stümpern, bis es zu spät war.

Im Unterschied zu „AKK“ sind Maas und Merkel aber zumindest echte Profis auf ihrem eigenen Gebiet, nämlich: Wie man dafür sorgt, für nichts verantwortlich gemacht zu werden, das man selbst verbaselt hat. Die Geistesverwandten hatten ihre Ausreden aus dem Afghanistan-Desaster offenbar eng abgesprochen, weshalb sie vergangenen Montag im Abstand von kaum zwei Stunden beide genau das Gleiche vorschützten, um sich moralisch und politisch davonzuschleichen: Ja, ja, das sei schon bitter gelaufen in dem Land am Hindukusch. Aber die Fehler hätten wir ja „alle“ gemacht – die westlichen Regierungen, die Geheimdienste und so weiter. Guter Winkelzug, denn merke: Wo „alle“ verantwortlich sind, da ist es keiner. Also sind die beiden fein raus.

Und am Abend ein breites Lachen

Schwer erleichtert durch ihre gelungene Flucht aus der Verantwortung gönnte sich Merkel im direkten Anschluss an ihre montagabendliche Ansprache einen heiteren Kinobesuch. Wie sehr die Kanzlerin mit den Menschen in Afghanistan oder mit den Hinterbliebenen der gefallenen deutschen Soldaten mitfühlt (ein Gefühl, das sie in ihrer Rede noch einmal ausdrücklich hervorhob), konnte ganz Deutschland dann am Dienstagmorgen in den Medien bestaunen. Dort sahen wir die breit lachende Merkel bei einer Film Premiere.

Zur gleichen Zeit bangten Tausende zurückgelassene afghanische Ortskräfte um ihr Leben und das ihrer Familien. Ist das eine gute Zeit, um als deutsche Regierungschefin ein fröhliches Lachen in die Welt zu schicken? Ach was, ihre Erklärung für die Medien hatte sie ja abgegeben – aus dem Gesabbel, aus dem Sinn mit diesen Leuten da hinten irgendwo in Asien.

Ironischerweise ging es in dem Film „Die Unbeugsamen“ um den Kampf bundesdeutscher Politikerinnen um ihre Stellung in der männerdominierten Frühphase der Bundesrepublik. Die afghanischen Frauen, die nun in die Hölle des „Kalifats“ zurückfallen, wird das sicher Verständnis abringen für das Lä-

Die Fehler hätten ja „alle“ gemacht, sagen sie. Guter Winkelzug: Denn wo „alle“ verantwortlich sind, ist es keiner



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de